

Sabine Pfeiffer

**Homosexuelle im Freistaat Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der Landeshauptstadt Dresden -
Situation und erreichter Stand der Gleichbehandlung im Jahr 2009**

Diplomarbeit

HOCHSCHULE MITTWEIDA (FH)

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fachbereich Soziale Arbeit

Roßwein, 2009

Sabine Pfeiffer

**Homosexuelle im Freistaat Sachsen unter besonderer Berücksichtigung der Landeshauptstadt Dresden -
Situation und erreichter Stand der Gleichbehandlung im Jahr 2009**

eingereicht als

Diplomarbeit

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA (FH)

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fachbereich Soziale Arbeit

Erstprüferin: Prof. Gudrun Ehlert

Zweitprüfer: Prof. Wolfgang Scherer

Vorgelegte Arbeit wurde verteidigt am: 24. August 2009

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Personen bedanken, die mich bei der Erstellung dieser Arbeit und während meines Studiums unterstützt haben.

Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei der Begleiterin meiner Diplomarbeit, Frau Prof. Dr. Gudrun Ehlert, die stets für mich ansprechbar war und mir die Freiheit gelassen hat, die Arbeit nach eigenen Vorstellungen zu entwickeln und immer Zeit fand, mir Rede und Antwort zu stehen sowie bei meinem Arbeitgeber, der mir das Studium erst ermöglicht hat, bei der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Kristina Winkler, und meinen Arbeitskolleginnen.

Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle meinem Mann Peter für seine geleisteten „Hand- und Spanndienste“ bei der Anfertigung der Arbeit und vor allem seiner unendlichen Geduld beim Zuhören.

Referat

Vorliegende Diplomarbeit befasst sich aus Sicht der drei Grundaspekte des Geschlechtlichen - biologisches Geschlecht, Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung - mit dem erreichten Stand im Juni 2009 bei der rechtlichen Gleichstellung und der Situation in der gesellschaftlichen Reflexion bei der Gleichbehandlung homosexuell orientierter Menschen im Freistaat Sachsen.

Danksagung	
Referat	
Einleitung	2
1. Ergebnisse zur Lebenssituation homosexuell orientierter Menschen und anderer sexueller Minderheiten aus Sicht der Forschung	3
1.1 Zur Geschichte der Homosexualität.....	3
1.2 Homosexuell orientierte Jugendliche	8
1.3 Homosexuell orientierte Frauen (Lesben)	12
1.4 Homosexuell orientierte Männer (Schwule)	13
2. Die Grundaspekte des Geschlechtlichen	16
2.1 Das biologische Geschlecht - das körperliche Geschlecht	17
2.2 Das gefühlte Geschlecht - die Geschlechtsidentität oder die Geschlechtsrolle	18
2.3 Die sexuelle Orientierung	19
2.4 Das Geschlechtsbild des Menschen.....	21
3. Entwicklung der rechtlichen Gleichstellung sexueller Minderheiten	23
3.1 Allgemeine Menschenrechte und Grundfreiheiten mit Bezug zur.....	
Geschlechtlichkeit des Menschen.....	23
3.1.1 Die Internationale Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen – VN (UN)	23
3.1.2 Die europäische Völkergemeinschaft	27
3.1.3 Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassungen der Bundesländer.....	31
3.2 Das deutsche Recht mit Bezug zu den Grundaspekten der Geschlechtlichkeit	32
3.2.1 Geschlechtszuweisung nach der Geburt (biologisches Geschlecht).....	32
3.2.2 Gefühltes Geschlecht versus biologisches Geschlecht	35
3.2.3 Die Eingetragene Lebenspartnerschaft als Alternative zur Homo-Ehe	37
3.2.4 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz - Schutz vor Diskriminierung auch für sexuelle Minderheiten	42
4. Gesellschaftliche Reflexionen bei der Gleichbehandlung sexueller Minderheiten in Sachsen	45
4.1 Aspekte zur Einordnung Sachsens gegenüber den anderen Bundesländern	45
4.2 Zur Situation sexueller Minderheiten in Sachsen aus Sicht der Staatsregierung.....	48
4.3 Auswertung der Studie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)	
für Sachsen	51
4.4 Ansprechpartnerschaften für sexuelle Minderheiten in Sachsen.....	54
4.4.1 Staatliche Ansprechpartnerschaften.....	54
4.4.2 Ansprechpartner in gesellschaftlichen Organisationen	58
4.4.3 Kirchliche Ansprechpartnerschaften.....	59
4.4.4 Spezifische Situation in der Landeshauptstadt Dresden (LHD)	60
5. Zusammenfassung	65
Literaturverzeichnis	67
Anlagen	
Selbständigkeitserklärung	

„Eine Lehrerin oder ein Lehrer, die einem Kind beibringt, dass es nur eine sexuelle Orientierung gibt und dass alles andere schlecht ist, verweigert dem Kind unsere Menschlichkeit sowie sich selbst als Erwachsenen.“

Desmond Mpilo Tutu, em. Erzbischof, Südafrika, 2008

Einleitung

Das berufsbegleitende Studium im Zeitraum 2006 bis 2009 an der Hochschule Mittweida, Standort Roßwein, im Fachbereich Soziale Arbeit wurde mir durch die Landeshauptstadt Dresden, Gleichstellungsbeauftragte, ermöglicht. Die Wahl des Themas der Diplomarbeit erfolgte zwar aus der Sicht der unmittelbaren Nichtbetroffenheit meiner Person, jedoch wurde vor allem aus Gesprächen mit homosexuell orientierten Menschen, auch aus meinem Gerechtigkeitsgefühl heraus, der Wunsch verstärkt, sich dieser Thematik zu nähern. In dieser Diplomarbeit wird der Versuch unternommen, die Lebenssituation sexueller Minderheiten, insbesondere homosexuell orientierter Menschen in Sachsen, anhand des erreichten Standes der rechtlichen Gleichstellung und der Gleichbehandlung in der gesellschaftlichen Reflexion darzustellen. Dabei bildet der Ausgangspunkt die Frage nach dem Geschlecht des Menschen, das keine eindimensionale Antwort erfahren kann, sondern als Ergebnis aus den drei Grundaspekten des Geschlechtlichen, dem biologischen Geschlecht, der Geschlechtsidentität und der sexuellen Orientierung zusammenfassend als die wesentlichen Komponenten des Geschlechtsbildes des Menschen bewertet wird. Vor diesem wesentlichen Hintergrund werden die Ergebnisse zur Lebenssituation homosexuell orientierter Menschen und anderer sexueller Minderheiten aus Sicht der Forschung und die drei Grundaspekte des Geschlechtlichen bei der Entwicklung der rechtlichen Gleichstellung sexueller Minderheiten im Menschenrecht der internationalen Völkergemeinschaft, in Europa und im Grundgesetz Deutschlands sowie der Verfassungen der Bundesländer bewertet. Die Anwendung des deutschen Rechts unter Berücksichtigung der föderativen Strukturen wird anhand der Geschlechtszuweisung nach der Geburt, dem Transsexuellengesetz, dem Lebenspartnerschaftsgesetz sowie des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (Antidiskriminierungsgesetz) untersucht. Die Situation sexueller Minderheiten in Sachsen, insbesondere von homosexuell orientierten Menschen, wird aus Sicht der Staatsregierung insbesondere durch die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen festgemacht und die gesellschaftliche Reflexion durch Auswertung der Studie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen (2002 – 2005)“ vorgenommen. Staatliche Ansprechpartnerschaften für sexuelle Minderheiten in Sachsen werden im Ergebnis von mir durchgeführter Anfragen in ausgewählten Behörden der öffentlichen Verwaltung ermittelt und Ansprechpartnerschaften in gesellschaftlichen Interessenvertretun-

gen sowie in den großen kirchlichen Religionsgemeinschaften recherchiert und die spezifische Situation in der Landeshauptstadt Dresden dargestellt.

Zur Bezeichnung homosexuell orientierter Menschen wird in dieser Arbeit auf die Begriffe Lesben und Schwule aus der Umgangssprache zurückgegriffen, obwohl dadurch die Lebenswirklichkeit in ihrer Vielschichtigkeit der Betroffenen nicht abgebildet werden kann und diese Begriffe von Nichtbetroffenen nicht immer wertfrei verwendet werden.

Auf unterschiedliche sexuelle Neigungen und Praktiken homosexuell orientierter Menschen sowie auf die Problematik von HIV-Infektionen (Aids) und den damit im Zusammenhang stehenden Problemen, wird im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen.

Sacherläuterungen, Detailbezüge ergänzende Literaturverweise, Rechtsquellenbezüge in Gesetzblättern des Bundes und der Länder und Bezüge auf Bundestags- und Landtagsdrucksachen bzw. Amtsblättern der EG/EU wurden in 122 Fußnoten verwiesen oder in Anhängen zusammengestellt, damit ein unmittelbares Nachvollziehen des Textes in der Arbeit gewährleistet werden kann.

Mein Wunsch nach Beendigung des Studiums ist es, dass ich vor allem im beruflichen Umfeld die Ergebnisse der Diplomarbeit so kommuniziere, dass das komplizierte System der Grundaspekte des Geschlechtlichen des Menschen transparenter wird, um dadurch ein toleranteres Miteinander gegenüber homosexuell orientierten Menschen zu ermöglichen.

1. Ergebnisse zur Lebenssituation homosexuell orientierter Menschen und anderer sexueller Minderheiten aus Sicht der Forschung

In diesem Kapitel werden historische Hintergründe und Ergebnisse aktueller Studien dargestellt. Eine Vielzahl von Buchveröffentlichungen zum Thema Homosexualität sind aus dem letzten Jahrhundert bekannt¹. Die ausgewählten Studien, die sich selbst als repräsentativ bezeichnen, werden für die Lebensweise sexueller Minderheiten auch in Sachsen genutzt.

1.1 Zur Geschichte der Homosexualität

„Der Mensch ist in Richtung eines der beiden Geschlechter, Mann oder Weib bestimmt.

¹ Im Ergebnis meiner Literaturrecherche wurde eine Auswahl der veröffentlichten Bücher zum Thema Homosexualität seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts aus dem deutschen und englischen Schrifttum nach dem Erscheinungsjahr des Buches (Fettdruck) und innerhalb des Jahres alphabetisch nach dem Buchautor, bei mehreren Autoren nach dem genannten Erstautor, in der Anlage 1 aufgelistet.

Dies schließt nicht aus, daß in jedem Wesen auch die gegenteilige Seite in gewissem Maße angelegt ist“ (Hirschfeld, 1929, 51). Die Geschichte der Homosexuellen ist so alt wie die Geschichte der Menschheit. Bereits im alten Testament wird vorgeschrieben: „Du sollst nicht bei einem Mann liegen wie bei einer Frau; es ist ein Greuel (3. Mose 18, 22)“ und ergänzend an anderer Stelle: „... und sollen beide des Todes sterben; Blutschuld lastet auf ihnen (3. Mose 20, 13)“ Die Spannbreite des Begriffes der Homosexualität ist weit und indiziert Verschiedenes, beispielsweise eine Begehrensform zur gleichgeschlechtlichen Person oder aber auch nur das rein Sexuelle daran. Ist Homosexualität männlich? Sind es nur schwule Männer oder auch lesbische Frauen, die unter diesem Begriff oft in der Alltagssprache subsumiert werden? Wird von Homosexuellen gesprochen, so werden meistens nur Männer gemeint (auch in der Bibel ist nur von männlicher Homosexualität die Rede). „Gleichgeschlechtliches Begehren ereignet sich (damit) unabhängig davon“ (Lautmann, 1993, 16), ob das Wort „homosexuell“ existiert oder nicht. Foucault beschreibt, dass der Begriff der Homosexualität wenig geeignet ist, „eine Erfahrung, Bewertung und Grenzziehung zu bezeichnen“ (Foucault, 1993, 237). Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts existierte im christlichen Abendland keine gesellschaftlich anerkannte Ausdrucksmöglichkeit für Homosexualität.

In der griechischen Antike (5. Jahrhundert vor Christi Geburt) setzten die Menschen die Liebe zum anderen und zum eigenen Geschlecht „nicht als zwei einander ausschließende“ (Foucault, 1993, 237), vollständig unterschiedene Verhaltensweisen gegenüber. So frönten sie der Päderastie, der Knabenliebe, die als natürlich und als Bestandteil ihrer Lebenslage galt, einfach „weil die Natur ins Herz des Menschen eine Neigung für diejenigen gepflanzt hat, die >schön< sind (dto, 239)“. Dabei galt es, die notwendige Polarisierung des aktiven Älteren und des passiven Jüngeren einzuhalten und somit den gesellschaftlichen Sittenkodex anzuerkennen (vgl. Schedler, o. J.). Ähnlich verhielt es sich wohl „um die Beziehungen der Frauen und Mädchen“ (Lautmann, 1993, 19), wie sich aus den fragmentarischen Überlieferungen der Sappho² auf Lesbos schließen lässt. Hier bestand ebenfalls ein Generationsunterschied. Die Bezeichnungen sapphische Liebe oder Sapphismus beziehen sich auf die altgriechische Dichterin Sappho. Weitere Begriffe für weibliche Gleichgeschlechtlichkeit werden mit dem Wort >tribas< benannt und in den unterschiedlichen Formen wie Tribadismus, Tribadie, Tribadin oder Tribade genutzt. Die Bezeichnung der Lesbierin, später Lesbe, taucht 1870 erstmalig auf, wird 1890 mit dem da-

² „Griechische Dichterin aus Mytilene ... auf Lesbos um 600 v. u. Z., vermählt mit einem reichen Andrier. Infolge politischer Unruhen flüchtete sie nach Sizilien, lebte dann als Lehrerin junger Mädchen, unter denen auch die Dichterin Erinna war, in Mytilene.“ (Pierers, 1892, 296), „Ihr Dichterruhm war so groß, dass sich frühzeitig die Legende ihres Lebens bemächtigte. Besonders ihre Verbindung zu den Mädchen, die wahrscheinlich eine kultische Grundlage hatte, war im Laufe der Jh. wohl nicht ganz unbegründet manchen Verdächtigungen ausgesetzt.“ (Löwe, 1976, 324)

zugehörigen Adjektiv lesbisch ergänzt und bis in das 21. Jahrhundert verwendet, wobei die gesellschaftliche Unsichtbarkeit der lesbischen oder bisexuellen Frau als Umschreibung für männlich auftretende Frau oder Freundin verwandt wurde (vgl. wikipedia, lesbe).

Die Männerliebe stellt zum ersten Mal der Schweizer Heinrich Hösli in seinem zweibändigen Werk *„Eros. Die Männerliebe der Griechen, ihre Beziehungen zur Geschichte, Erziehung, Literatur und Gesetzgebung aller Zeiten (1836 - 1848)“* (Herzer, 1997 b, 19), einschließlich ihrer Verfolgung und Sanktionierung, zusammen. Die unendlich erscheinende Unrechtsgeschichte der abendländischen Urnings- oder Sodomiterverfolgungen³ ist bei seinem Nachfolger Karl Heinrich Ulrichs (Jurist, 1825 - 1895) zu finden, der mit seinen zwölf veröffentlichten Schriften zu >Forschungen über das Räthsel der mann-männlichen Liebe< schreibt. Ulrichs bezeichnet die gleichgeschlechtliche Liebe als Uranismus und versucht mit seiner Theorie des „Dritten Geschlechts“ (vgl. Hofsäss, 1995, 32) um die Gleichbehandlung der Urninge mit Frau und Mann zu werben. Er bekennt sich öffentlich als Urning, geht von einer natürlichen, nicht pathologischen Veranlagung aus und fordert die Straflosigkeit homosexueller Handlungen (wikipedia, K. H. Ulrichs). In seiner Typologie sah er für die homosexuelle Frau den Begriff der Urninde vor und den heterosexuellen Mann bezeichnete er als Dioning. Ulrichs erhofft durch seine Darstellung die Abschaffung der Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Handlungen und versucht darüber hinaus die Übernahme des „unreformierte(n) preußische(n) Strafgesetz(es) gegen >widernatürliche Unzucht< zwischen Männern“ (Haeberle, 2005, 195) bei einer deutschen Reichsgründung zu verhindern.

Der Begriff der Homosexualität wird erst 1869 (Lautmann, 1993, 15) durch den Schriftsteller Karl Maria Kertbeny geprägt. 1897 gründet der Arzt Magnus Hirschfeld „das Wissenschaftlich-humanitäre Komitee, die erste >Schwulen-Organisation< der Welt“ (Haeberle, 2005, 97) mit dem Ziel der Abschaffung des Paragraphen 175⁴ und gibt für dieses Komitee von 1899 bis 1923 das >Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen< heraus. Den Ansatz des >Dritten Geschlechts< von Ulrichs greift Hirschfeld auf und versucht zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit statistischen Erhebungen die Verbreitung der Homosexualität zu rechtfertigen. Sein Vorhaben wird jedoch sehr schnell auf juristischem Wege unterbunden. Kurz darauf entwickelt Sigmund Freud >Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie<, deren

³ Unter Sodomiterverfolgung versteht man die strafrechtliche Verfolgung und Hinrichtung von Männern, denen man im christlichen Mittelalter und der frühen Neuzeit vorwarf, das „sodomitische Laster“ (vitium sodomiticum) praktiziert zu haben. Da der Begriff der Homosexualität erst im 19. Jahrhundert aufkam, ist es irreführend, die Sodomiterverfolgung als Homosexuellen- oder gar als Schwulenverfolgung zu bezeichnen. Gleichwohl verstand man unter „Sodomit“ vorwiegend einen Mann, der mit einem anderen Mann den Analverkehr praktizierte. Heute versteht man unter Sodomie nur noch den sexuellen Verkehr mit Tieren (Zoophilie). (wikipedia, 2009)

⁴ § 175 seit 1872: Die widernatürliche Unzucht, welche zwischen Personen männlichen Geschlechts oder von Menschen mit Tieren begangen wird, ist mit dem Gefängnis zu bestrafen; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Grundlage die >Psychoanalyse< ist (vgl. Haeberle, 2005) und behauptet, dass „der Mensch von Natur aus ein bisexuelles Wesen sei“ (Hofsäss, 1995, 37). Der Arzt Iwan Bloch veröffentlicht 1907 die Studie >Das Sexualleben unserer Zeit< und fordert darin, dass die biologischen und kulturellen Aspekte sexueller Handlungen berücksichtigt werden. Seitdem wird bei Bloch, Freud und anderen in der Wissenschaft Liebe zur Sexualität erklärt. Zeitgleich tritt auch Erich Mühsam mit seinen Schriften und damit zusammenhängenden Aktivitäten der sozialen Bewegung der Sozialdemokratie sowie des Anarchismus der relativ breiten Bewegung gegen die Unterdrückung und Verfolgung Homosexueller ein (vgl. Fähnders, 1996, 15). Hirschfeld führt 1910 den Terminus >Transvestiten<⁵ ein und unterscheidet diese zum ersten Mal von den Homosexuellen. Vier Jahre später veröffentlicht er seine Monumentalstudie >Die Homosexualität des Mannes und des Weibes< und gründet 1919 das Institut für Sexualwissenschaft. Die Ärzte Iwan Bloch und Albert Eulenberg gründen 1914 die heute noch existierende >Zeitschrift für Sexualwissenschaft<, deren Initiator Hirschfeld war. Eine Vielzahl von Veröffentlichungen zum Thema folgt, um gesellschaftliche Rechtfertigung und Gleichwertigkeit einzufordern. Andererseits „erklärten Psychiater Homosexuelle für krank“ (Haeberle, 1985, 478) und versuchten sie mit Schocktherapien, Psychochirurgie und Kastration zu behandeln. 1925 stellte Karl Günther Heimsoth die Homosexualität als nichtpathologisches Phänomen dar und erlangte trotz damaliger Pönalisierung (Kriminalisierung) mit „Hetero- und Homophilie“⁶ den medizinischen Dokortitel (Herzer, 1997, 91).

Diese Entwicklungen wurden mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 brutal zerschlagen. Hirschfelds Institut der Sexualwissenschaft wurde als eine der ersten Kultureinrichtungen von rechtsradikalen Studenten vollständig zerstört, damit auch eine reiche Bibliothek und unersetzliches Archivmaterial. Eine allgemeine Verfolgung Homosexueller und der Versuch ihrer systematischen Erfassung begannen (vgl. Sternweiler, 1997, 170). Schwule wurden nach dem sogenannten gesunden Volksempfinden verfolgt, sexuell denunziert und in Konzentrationslager interniert, nur Wenige überlebten. Schwule wurden analog zum Judenstern mit einem rosa Dreieck „(Rosa Winkel)⁷ auf der Anstaltskleidung“ (Haeberle, 1985, 478) gekennzeichnet. Die Verfolgungen wurden stets mit parallelen Hetzartikeln vorbereitet. Entsprechend der nazistischen erbbiologischen Doktrin und anknüpfenden eugenischen Theorien suchte die Gestapo im Kampf gegen Homosexualität Kastrationen durchzuführen. Die Willkür der Gestapo ließ kein Verfahren aus, um den Hass auf Juden und Homosexuelle zu schüren. Besonders deutlich zeigt sich das im Ver-

⁵ Transvestiten sind Anhänger des Transvestismus. Darunter „versteht man das wiederholte, episodische oder dauernde innere Bedürfnis, teilweise oder vollständig die Kleidung des anderen Geschlechts zu tragen, und zwar im vollen Bewusstsein, ihm nicht anzugehören“ (Haeberle, 2005, 67).

⁶ = Homosexualität (grch.)

⁷ die heutige Schwulenbewegung hat das Symbol aufgegriffen und positiv umgewertet

fahren gegen den Rechtsanwalt Dr. Leopold Obermayer (1934 bis 1936), der an den Oberstaatsanwalt schrieb: „In der Wahrung meiner Rechte und in der Ablehnung jeder Dif- famierung als Jude bin ich unnachgiebig, auch auf die Gefahr hin, mir dadurch in der Jetztzeit zu schaden. In puncto Recht und Gleichheit vor dem Gesetz lehne ich jetzt und künftig jeden Kompromiß ab. Ich weise auch die Unterstellung, dass ich irgendwie ein Rechtsgut verletzt hätte, zurück. Ich hoffe, dass auch für Deutschland der Tag kommen wird, wo man die Bestrafung der Homosexualität auf die gleiche Stufe wie die letzte He- xenverbrennung in Oberzell stellen wird. Vielleicht ist Ihnen bekannt, dass bis ca. 1862 in Bayern jede homosexuelle Betätigung straffrei war“⁸ (Sternweiler, 1997, 166). Frauen fie- len nicht unter den Homosexuellenparagrafen und wurden daher nicht verfolgt.

Der französische Richter René Guyon beginnt 1928 mit seinen fundamentalen >Studien der Sexualethik< (neun Bände) und fordert darin „für alle Menschen das Recht auf freie sexuelle Entfaltung, solange nicht die Rechte anderer verletzt werden“ (Haeberle, 2005, 197). In seiner verfassten Auseinandersetzung in den vierziger Jahren gegen die repres- sive Sexualpolitik des Völkerbundes bekundet er 1951 erneut seine Kritik gegenüber den Vereinten Nationen, die sexuellen Rechte nicht als Menschenrechte anzuerkennen (wird in Kapitel 3.1.1 näher untersetzt).

Der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems führte nach Kriegsende zur Wiederbelebung der homosexuellen Kultur und auf Hoffnung zur Liberalisierung des Pa- ragrafen 175. Für eine Reform des Paragrafen setzten sich vor allem die Ärzte Hans Gie- se aus Frankfurt am Main und Rudolf Klimmer aus Dresden (Steinle, 1997, 195) ein. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe entschied „Gegen die Fortgeltung des § 175 StGB (...) bestehen keine Bedenken. Das Gesetz, v. 28.6.35 durch das § 175 StGB seine neue Fas- sung erhielt, ist in ordnungsgemäßer Form zustande gekommen“ (Kraushaar, 1997, 82). „Die Aufrechterhaltung des § 175 stand in erster Linie mit der Nichtanerkennung und Nichtentschädigung der homosexuellen KZ-Opfer“ (Steinle, 1997, 196) in Verbindung. Nach Gründung der DDR 1950 urteilt das Ostberliner Kammergericht, dass die Paragra- fen 175 (in der weniger verschärften Fassung von vor 1935) und 175 a anzuwenden sind. 1968 erfolgte die Streichung des § 175 mit der Verabschiedung des neuen Strafgesetzbu- ches der DDR (Steinle, 1997, 203). Der § 175 des Strafgesetzbuches gegen schwule Männer wurde erst 1994 in der Bundesrepublik gestrichen (dejure.org).

Einen Höhepunkt in der Erreichung ihrer Gleichbehandlung errang die moderne Schwu- lenbewegung mit dem 27. Juni 1969. „An diesem Tag führte eine von der New Yorker Po- lizei durchgeführte Razzia in der Stonewall Bar an der Christopher Street zu einem Auf-

⁸ Bayrisches Staatsarchiv Würzburg, Gestapostelle Würzburg, Akte Obermeyer 8873

stand der Tunten. Die Straßenschlacht dauerte zwei Tage, und es gab auf beiden Seiten Verletzte. Im Anschluss an dieses Ereignis bildeten sich in allen großen Städten der USA schwule und lesbische Bürgerrechtsorganisationen“ (Schedler, o. J., 2). Zur Erinnerung an dieses Ereignis blieb in New York neben der Christopher Street auch die >Gay Street< namentlich erhalten. In Deutschland wurde mit Bezug auf dieses Ereignis der Christopher Street Day (CSD) von den Betroffenen als Feier-, Gedenk- und Demonstrationstag für die Rechte sexueller Minderheiten gegen Diskriminierung und Ausgrenzung begangen (wikipedia, Christopher Street Day).

Die angestrebte Akzeptanz der Homosexualität durch die deutsche Bevölkerung scheint in einer gesellschaftlichen Ausnahmesituation zu verbleiben (vgl. Oppermann, 1999), obwohl sich Politik und Gesetzgebung um rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen bemühen. Die Gleichstellung homosexueller Lebensformen und die Verbreitung ihrer politischen und kulturellen Netzwerke, insbesondere für den ländlichen Raum, ist noch nicht erreicht. An Stelle der Selbstverständlichkeit und Anerkennung der Vielfalt oder Diversity homosexueller Lebensformen findet sich in unserer gesellschaftlichen Struktur die Aufrechterhaltung der heterosexuellen Normativität in Verbindung mit Geschlechterhierarchie, sozialer Ungleichheit und ethnischer Diskriminierung. Die gleichgeschlechtliche Sexualität und Liebesbeziehungen verbleiben meist in der Unsichtbarkeit, werden stigmatisiert und sozial geächtet. Daher lebt der größte Anteil der Lesben und Schwulen, insbesondere die Bisexuellen (sowohl hetero- als auch homosexuell Orientierte), aus Angst vor Diskriminierungen im Dunkel der Anonymität (Unsichtbarkeit).

1.2 Homosexuell orientierte Jugendliche

Homosexuelle Frauen und Männer, Mädchen und Jungen fühlen sich in der Arbeitswelt, Ausbildung, Schule und besonders in ihrer Herkunftsfamilie diskriminiert; sie werden ausgegrenzt und nicht anerkannt. Lesben, Schwule und Bisexuelle unterscheiden sich, unabhängig von ihrer sexuellen „Orientierung auf Menschen des gleichen Geschlechts, in nichts von anderen Menschen“ (Rauchfleisch, 1994, 13). Jugendliche, d. h. Mädchen und Jungen, befinden sich in einer besonderen spannungsgeladenen Phase. Sie ist einerseits geprägt durch das Ausprobieren auf der Suche nach individueller einschließlich sexueller Identität und wird bestimmt von der Loslösung der Herkunftsfamilie, der Berufs- und Bildungsorientierung sowie von der Orientierung an Peers (Gleichaltrige). Andererseits ist diese Zeit geprägt durch individuelles und gruppenspezifisches Risikohandeln, einer „Gefährdung und des abweichenden Verhaltens“ (Stecklina, 2005, 197). Während dieser Zeit haben Mädchen und Jungen im Prozess der Auseinandersetzung mit kulturellen Traditionen und der Aneignung sexueller Neigungen zum anderen oder eigenen Geschlecht unter Nutzung subjektiver Kompetenzen, Unsicherheiten und Probleme in Bezug auf die

eigene Sexualität zu bewältigen; die individuelle Veränderung erfolgt grundlegend. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich das Sexualverhalten Heranwachsender geändert, ebenso auch ihre Einstellung zur Homosexualität. Homosexuelle haben wie heterosexuell orientierte Jugendliche Schwierigkeiten mit der Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen. „Junge Lesben, Schwule und Bisexuelle müssen in ihrer Entwicklung vor allem eine Aufgabe bewältigen: Sie müssen ein positives Selbstbild aus einer Position der sozialen Verwerfung und gesellschaftlicher Abwertung heraus entwickeln“ (Timmermanns, 2006, 2). Sozialisationsinstanzen wie Familie, Schule, Gesellschaft (vgl. Höfsäss, 1995) und Peers sind dabei von erheblicher Bedeutung, die jedoch gleichzeitig einen Grundkonflikt darstellen. Nämlich, dass in diesem Spannungsfeld von Erziehung und Homosexualität fast ausschließlich heterosexuelle Erziehungsmuster realisiert werden. Die familiäre oder institutionalisierte Erziehung ist in ihrem Wesen nach heterosexuell und damit rollenspezifisch ausgerichtet. Eine autonome Geschlechtsrollenwahl (als welches Geschlecht fühle ich mich) und die Wahl der sexuellen Orientierung scheint fast unmöglich. Der Erziehungsvorgang mit seiner heterosexuellen Zielrichtung versucht ein eindeutiges sexuelles Orientierungsbild von Junge - Mädchen oder Mädchen - Junge zu vermitteln und übt damit strukturelle Gewalt gegenüber Homosexuellen aus. Stecklina verweist dabei „auf die Problematik der Zählebigkeit traditioneller Geschlechtsrollenstereotype, die Jungen und männlichen Jugendlichen andere Verhaltensweisen zuweisen als Mädchen und weiblichen Jugendlichen“ (Stecklina, 2002, 328). Ein gesellschaftliches Interesse an Veränderung scheint nicht in Sicht. Homosexuell veranlagte Jugendliche haben eine besonders schwierige Ausgangslage als Minderheit in ihrer sexuellen Orientierung. Im Prozess ihres Coming-Outs⁹, der eingebettet ist „in den Übergang vom Jugendlichen zum Heranwachsenden“ (Höfsäss, 1998, 11) im engeren und dem Coming-Out als lebenslanger Begleitprozess im weiteren Sinn, haben sie stets ihre gleichgeschlechtlich orientierte Lebensform zu begründen und möglicherweise ebenso zu verteidigen. Homosexuelle Jugendliche erkennen sich oft überraschend und sind sich daher ihrer Selbsterkennung nicht immer sicher (clipfish video, 2009), da sie die Heteronormativität als das sogenannte Normale internalisiert und damit die Kenntnis über entsprechende Stigmatisierungen haben. Sie kollidieren gleichzeitig mit gesellschaftlichen Normen sowie der individuell verinnerlichten heterosexuellen Sozialisation. In dieser Zeit des Experimentierens nehmen sie sich vorrangig fehlerhaft wahr. Diese Wahrnehmung wird von ihrer homosexuell feindlichen Umwelt maßgeblich bestätigt. „Mit der Entdeckung der gleichgeschlechtlichen Orientierung werden deshalb erhebliche soziale Ambivalenzen offenbar, die erst durch einen langwierigen Prozess in der Persönlichkeit und deren Gestaltungsmöglichkeiten integriert werden können“ (Höfsäss, 1998, 11). Homosexualität „als verinnerlichter Teil des Individuums“

⁹ Feststehender Begriff in der Sexualwissenschaft - „Herauskommen“ bzw. „sich öffentlich zeigen“ - „der den Prozeß beschreibt, in dem sich ein Homosexueller seiner Homosexualität bewusst wird und sich somit selbst als nicht der heterosexuellen Norm entsprechend erlebt“ (Schledt, 1997, 40)

(Schledt, 1997, 44) wird nicht vor dem 13. Lebensjahr als vorkommend angesehen. Es ist den Jugendlichen oft nicht bewusst, dass es durchaus lange dauern kann, bis es zu einer eindeutigen sexuellen Orientierung kommt, sei sie bi-, hetero- oder homosexuell. Die Gewissheit bzw. Vereinheitlichung von Trieb und Bewusstsein offenbart sich im Durchschnitt mit 19 Jahren. Mit anderen Worten leben homosexuell orientierte Mädchen und Jungen während dieser Zeit im Alltag unter der ständigen Angst einerseits sich selbst anzunehmen und andererseits mit ihrem Coming-Out die Reaktion ihrer Umwelt nicht zu kennen. Um psychischen und gesellschaftlichen Verletzungen vorzubeugen, verschweigen viele Jugendliche mit meist geringem Selbstbild ihre tatsächliche sexuelle Orientierung.

1999 erfasste eine erste im deutschsprachigen Raum durchgeführte empirische Studie die Erfahrungen und Einstellungen junger (bis 27 Jahren) Lesben, Bisexueller und Schwulen im Auftrag der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Berlin, unter dem Thema „Sie liebt sie, er liebt ihn“. Im Ergebnis wurde Einsamkeit als häufigstes Problem genannt. Erschreckend viele Jugendliche reagierten mit destruktiven Strategien auf ihre Probleme und hatten Suizidgedanken; die Mädchen und Frauen häufiger als die Jungen und Männer. Die meisten der Befragten bestätigten einen Bedarf an Beratungsangeboten. Nur jede dritte weibliche und jeder vierte männliche Befragte hat ausschließlich positive Reaktionen von beiden Elternteilen. Eine besonders ablehnende Haltung zur Homosexualität nahmen Väter ein, drei Viertel der weiblichen und sechs von zehn männlichen Befragten haben negative Reaktionen von ihrem sozialen Umfeld oder von Fremden erfahren. Alkohol- und Drogenprobleme sind die häufigsten Reaktionen auf Probleme, wobei sie bei den Mädchen deutlich stärker als bei den Jungen auftreten (vgl. Schupp, 1999, 24 ff.).

In einer Internet-Befragung untersuchte Heike Watzlawik (2004) unter dem Titel „Uferlos. Jugendliche erleben sexuelle Orientierungen“ rund 800 Jugendliche jeglicher sexueller Orientierung zwischen 12 und 16 Jahren mit dem Ergebnis, „dass weit über die Hälfte der Jugendlichen das Bewusstwerden der eigenen homosexuellen Orientierung als negativ erlebt. Etwa ein Viertel gibt an, Panik oder Verzweiflung zu empfinden“ und „rund ein Fünftel verdrängt die eigene Sexualität oder will sie nicht wahrhaben. 16 Prozent bedrückt die Unklarheit ihrer sexuellen Gefühle, und die Frage, ob sie diese ausleben können. Fünf Prozent lehnen sich selbst sogar ab“ (Timmermanns, 2006, 2). Positive Empfindungen treten deutlich seltener auf. Watzlawik deutet die Möglichkeit traumatischer Erfahrungen, resultierend aus negativen Empfindungen, unter anderem auf klischeehafte oder fehlende Informationen über sexuelle Orientierung. Sie stellt weiterhin fest, dass die Identitätsentwicklung dieser Jugendlichen herabgesetzt ist. Der Aufbau eines positiven Selbstwertgefühls und das Sammeln von Beziehungserfahrungen sind davon betroffen ebenso wie die wichtige Phase des Sichausprobierens mit der Geschlechterrolle, die massiv erschwert

bzw. oftmals ganz verhindert wird. Eine hochgradige Verunsicherung tritt besonders bei den bisexuell orientierten Jugendlichen auf, die sich nicht in das System von Hetero- oder Homosexualität einordnen lassen.

Die bemerkenswerten Ergebnisse der Internet-Umfrage „Lambda will’s wissen“ vom Jugendnetzwerk Nordrhein Westfalen (Lambda NRW, 2005; Timmermanns, 2006, 2) mit rund 3.800 insbesondere männlichen Befragten (bis 27 Jahren) erbrachte, dass sich junge Lesben scheinbar eher outen als Schwule. „In der Altersgruppe der bis 17jährigen gingen bereits 54 Prozent der Mädchen aber nur 39 Prozent der Jungen offen mit Homosexualität um“ (Timmermanns, 2006, 3). Die Offenheit des Umgangs junger Lesben hängt weniger von der Toleranz als mit der unterschiedlichen Bewertung von männlicher und weiblicher Sexualität in der Gesellschaft ab. Weibliche Homosexualität wird weniger ernst genommen als männliche und stellt daher eine geringere Bedrohung gegenüber den Betroffenen dar. Jungen werden meist von ihren Geschlechtsgenossen zum Außenseiter stigmatisiert und isoliert, denn 37 Prozent gaben an, durch Coming-out Freundinnen oder Freunde verloren zu haben. Die 18- bis 21-jährigen mit 41 Prozent waren davon besonders stark betroffen. Wegen ihrer sexuellen Orientierung mussten 4 Prozent von zu Hause ausziehen und fast ebenso viele einen Schul- oder Lehrstellenwechsel vornehmen. Besorgniserregend ist die überdurchschnittliche Angabe der Diskriminierungen Jugendlicher unter 18 Jahren ebenso wie die Angabe der seltenen Unterstützung durch die Familie. Unterstützung beim Coming-out erhielten die jungen Lesben, Schwulen und Bisexuellen vorrangig von Freunden und Freundinnen mit 82 Prozent; die Familie folgte mit weitem Abstand (37 Prozent), danach wurde das Internet, das Jugendamt, Beratungseinrichtungen und zuletzt mit zehn Prozent die Schule benannt (vgl. Timmermanns, 2006).

Homosexuelle Orientierung als eine der sexuellen Orientierungsarten und besonders strittiges Thema der Sexualerziehung fristet ein Nischendasein, so auch ausgewiesen in der 2005 durchgeführten Wiederholungsbefragung von 14- bis 17-jährigen und ihren Eltern (BZgA, 2006, 84/85, Kapitel 3.1.5), indem lediglich nach körperlichen Kontakten zum gleichen Geschlecht gefragt wurde.

Eine weitere Studie durch Pascoe (vorgestellt 2006), an einer kalifornischen High School durchgeführt, beschäftigt sich mit den Bedeutungen, die das Verhöhnern als „schwul“ oder „Schwuchtel“ unter adoleszenten Jugendlichen hat. Das Ergebnis verweist darauf, dass die Spottrituale nicht so sehr auf eine sexuelle „sondern auf eine geschlechtliche Besonderheit zielen, den adressierten Jungen vor allem als „unmännlich“ kennzeichnen sollen“ (Pascoe, 2006, 5) und dass keineswegs nur oder nur vorrangig auf wirklich homosexuelle Jugendliche diese Zuschreibung erfolgte. Als „Schwuchtel“ benannt zu werden heißt mit

anderen Worten kein richtiger Mann jedoch nicht tatsächlich homosexuell zu sein. In den Ritualen Jugendlicher wird das Bild der „Schwuchtel“ „zu einem „verwerflichen Außen“ im Sinne Judith Butlers, zu einem bedrohlichen Gespenst, das Jungen ständig beschwören und vertreiben müssen, um sich ihrer Maskulinität zu versichern“ (ebd.) und betrifft nicht nur homosexuell orientierte Jungen, sondern auch alle anderen Arten sexueller Orientierung.

1.3 Homosexuell orientierte Frauen (Lesben)

Die Vorstellung einer Lesbe wird gern „mit steifem Filzhut, kurzem Haar und Krawatte“ vermutet, schreibt Simone de Beauvoir (2009, 492). Ihre Virilität oder Männlichkeit mit einem Mannweib gleichzusetzen, ist jedoch falsch. Unter den femininen Frauen gibt es zahlreiche Homosexuelle und „umgekehrt ist eine große Anzahl <maskuliner> Frauen heterosexuell“ (ebd.). Das Prinzip seit Aristoteles, eines starken männlichen und damit aktiven sowie eines weichen, schwachen Geschlechts, eines passiven, „hat sich das ganze Mittelalter hindurch bis in die heutige Zeit erhalten“ (ebd., 32). Diese Kategorien männlich und weiblich werden einzig von der gegenwärtigen Gesellschaft definiert.

„Das öffentliche und auch sozialwissenschaftliche Interesse an der weiblichen Homosexualität entstand dann erst zu dem Zeitpunkt, als es für Frauen, die sich ihre Eigenständigkeit erst erkämpfen mussten, möglich wurde, selbst für ihren Lebensunterhalt aufzukommen. Erst mit dieser Alternative zur Versorgung durch Ehemann und Familie und einer von Männern unabhängigen Existenzmöglichkeit konnten Frauen nicht nur heimlich und quasi unbemerkt von jeglicher Aufmerksamkeit, sondern gegen die herrschende Geschlechterordnung gleichgeschlechtliche Lebens- und Liebesbeziehungen eingehen“ (Funk, 2005, 152). Gleichzeitig schuf die Sexualwissenschaft abwertende Bilder lesbischer Frauen als Mannweiber bzw. verführten „pseudohomosexuellen Frauen“ (Funk, 2005, 153). Grundlegend wurde damit die Anerkennung gleichgeschlechtlichen weiblichen Begehrens verweigert und der heterosexuellen Normativität angeglichen. Diese Leugnung lesbischer Sexualität bestand parallel neben der Pathologisierung sowie Hypersexualisierung von Lebens- und Liebesformen unter Frauen (vgl. Funk, 2005). Diskriminierungen in ihrer Vielschichtigkeit behaupten sich in der Bundesrepublik Deutschland und somit auch in Sachsen dennoch in der Öffentlichkeit und im heterosexuellen Freundes- und Bekanntenkreises. Insbesondere hält der Zwang zur Verleugnung bzw. das Schweigen im Familienkontext an. „Denn lesbische Töchter verweigern mit ihrer Lebensweise die übliche Frauenrolle, die Orientierung an Männern und die Übernahme der Mutterrolle, was dem kulturell herrschenden Sozialisationsauftrag von Familie widerspricht, so dass Eltern, besonders aber die für die Erziehung hauptverantwortlichen Mütter, ihre Erziehung für fehlgeschlagen halten, wenn ihre Tochter sich statt in Männer in Frauen verliebt“ (Pagenste-

cher, 1993, 99). Lesben erleben in der Öffentlichkeit körperliche Bedrohung, verbale Angriffe und müssen sich zurückhaltend und unsichtbar geben. Das bestehende Recht auf Selbstverwirklichung und der damit einhergehende Anspruch auf selbstbestimmte Sexualität sind individualisiert und auf sich gestellt. „Außerhalb lesbischer und subkultureller Frauenbewegungszusammenhängen wird lesbische Entwicklung noch immer für ‚unnatürlich‘ oder ‚krankhaft‘, zumindest aber für zweitrangig gehalten, so dass Mädchen und Frauen, die sich besonders oder ausschließlich von Frauen angezogen fühlen, einen ganz eigenen, widerständigen, von der vorgeschriebenen Frauenrolle abweichenden und negativ bewerteten Weg gehen müssen“ (Funk, 2005, 154). Durch ihre allgemeine Unauffälligkeit und beinahe Unsichtbarkeit werden sie von der Gesellschaft nicht beachtet, eher belächelt und tragen durch „diskretes Versteckspiel dazu bei, dass ihre Diskriminierung niemals richtig“ (Hänsch, 2004, 24) gedeutet und daher nur vermutet wird. In dieser heteronormativen Gesellschaft müssen sie demzufolge eigene Beziehungsnetze sowie subkulturelle Räume aufbauen. Diese werden neben ihrer Bedeutung als ermöglichender Handlungsrahmen durchaus ambivalent beurteilt und schaffen, selbst normierend, neue Grenzen (ebd.).

Lesben erleben deutlich häufiger als Männer alltägliche Beeinträchtigungen (SOFOS¹⁰, 2003) aufgrund ihrer Homosexualität, wobei der Grad ihrer Selbstakzeptanz mit zunehmender aktueller Belastung sinkt. Lesben erfahren gegenüber Schwulen weniger emotionale und körperliche Belastungen, was möglicherweise auf ein späteres inneres Coming-Out (Selbsterkennung im Durchschnitt 19 Jahre) und ein schnelleres äußeres Coming-Out (durchschnittlich nach zwei Jahren) erklärbar wird. Ihre Sozialisation wird traditionell „auf zwischenmenschliche Beziehungen sowie Fürsorge und soziale Unterstützung ausgerichtet“ (SOFOS, 2003, 175). Daher scheint eine Verfügbarkeit von Hilfen bzw. ein Unterstützungsnetz bei der Bewältigung von Krisen eher gegeben. Ihr Belastungsausmaß ist insgesamt geringer als bei schwulen Männern, jedoch treffen Einsamkeitssymptome wie Selbstwertprobleme, Selbstverachtung, Depressionen, Misstrauen, Selbstmordgedanken und Einsamkeit ebenso zu. Mehr als drei Viertel geben offen Auskunft über ihre Homosexualität, wenn sie darauf angesprochen werden. Bei neuen Kontakten bevorzugen Frauen (wie auch Männer) mehrheitlich ihre Homosexualität vordergründig nicht zu benennen, „unternehmen aber auch nichts, um diese zu verbergen“ (SOFOS, 2003, 167).

1.4 Homosexuell orientierte Männer (Schwule)

Der überwiegende Teil der homosexuellen Männer scheinen ihr Schwulsein und ihre Sexualität offen auszuleben und daher mit Selbstbewusstsein nach außen zu tragen. Trotz des Bemühens um Akzeptanz und Toleranz erleben Schwule (ebenso auch Lesben) nach

¹⁰ Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

wie vor Benachteiligung und Diskriminierung in vielförmiger Weise (SOFOS, 2003). Auf Grund ihrer männerspezifischen Sozialisation, die ihr individuelles Handeln prägt, kann von einer stärkeren Ausgrenzung und Isolation im Vergleich zu Lesben ausgegangen werden. Die gesellschaftliche Stellung von Schwulen entspricht oft nicht dem traditionellen Rollenverhalten des Mannes, der Krisen sowie Gefahren autonom zu meistern hat; das Bild des sogenannten schwachen Mannes ist verpönt. Allein das Bewusstsein einer Minderheit anzugehören, schafft Angst, die zu „Antizipation von Stigmatisierung und dem Ausschluss aus Sozialbeziehungen in Familie und Gesellschaft“ (SOFOS, 2003, 2) führt. Diese Angst indiziert die Geheimhaltung der eigenen homosexuellen Orientierung und mündet in unwillkürliche Ängste vor Entdeckung. Ein wesentlicher Teil persönlicher Identität wird dabei übergangen. Das Alltagshandeln wird von dem „Geheimnis“ permanent belastet und kann als Form sozialer Ausgrenzung und partieller Isolation interpretiert werden. Soziale Isolation wird dabei als „Ursache von Einsamkeit“ sowie als das „negative individuelle Erleben unzureichender Sozialkontakte“ (SOFOS, 2003, 14 ff) definiert. Diese äußern sich in unterschiedlichen Formen und werden von der auslösenden Situation, der Dauer und Intensität des Gefühls erlebt. Dabei wird unter sozialer und emotionaler Isolation unterschieden. Unter sozialer Isolation wird das Fehlen von Freunden oder mangelnde Geselligkeit gemeint und unter emotionaler Isolation wird das Fehlen einer vertrauten nahe stehenden Person verstanden. Entscheidend beeinflussend sind dabei kritische Lebensereignisse, wie beispielsweise Tod oder Verlust eines Freundes. Ein geringes Selbstwertgefühl, das zu den Verhaltens- und Denkmustern zählt, begünstigt zudem die Einsamkeit. 80 Prozent der befragten Männer (SOFOS, 2003, 50) litten in den ersten Jahren unter emotionalen Schwierigkeiten bzw. subjektiver Einsamkeit. Im Alter geben über 90 Prozent der Befragten (München, 2004, 5) diesem Thema eine hohe Bedeutung. Individuelle Belastungen und aktuelle Einsamkeit stehen in einer wechselseitigen Wirkung mit dem Grad der homosexuellen Selbstakzeptanz. Mit anderen Worten gesagt heißt das, dass Schwule, die einen offenen Umgang mit ihrer Homosexualität leben, weniger Nachteile und bei Bedarf Hilfe und Unterstützung erhalten (ebd. 51), allerdings die Gefahr gewalttätiger Übergriffe ansteigend sehen. Diese Befürchtungen werden intensiv bestätigt durch die Analyse der Münchner Befragung (2004) mit 80 Prozent im Bereich Ausgrenzung und Benachteiligung ebenso wie auch durch die MANEO-Umfrage (2006/2007)¹¹, in der Gewalterfahrungen¹² von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland fokussiert wurden. In letztgenannter wurde die Gewalterfahrung über zwölf Monate untersucht, mit dem Ergebnis, dass homophobe Gewalt mit 60 Prozent überwiegend aus Gruppen heraus begangen wird, wobei die Täter meist männlich und jüngeren

¹¹ 2.512 Personen wurden ausgewertet, von denen 2/3 Männer und 1/3 Frauen waren

¹² Eine diesbezüglicher Antrag wurde am 13.05.2009 unter Drs. 4/15511 durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an den Sächsischen Landtag zum Thema „Sachsen gegen Gewalt und Diskriminierung von Schwulen und Lesben: Für Selbstbestimmung und Anerkennung sexueller Vielfalt“ gestellt, Ergebnisstand am 08.06.2009 offen

Alters sind. Mehr als jeder dritte Befragte gab Gewalterfahrungen an, wobei zwei Drittel der Schwulen und bisexuellen Jugendlichen unter 18 Jahren von Gewalt betroffen sind, dabei tendenziell jedoch jüngere Schwule weniger Anzeigen ausführen. Unter den ausgewählten Ergebnissen wurde die „Nennung eines subjektiv bedeutsamen Vorfalls nach Wohnort“¹³ in den letzten zwölf Monaten nachgefragt. Die überwiegenden Anteile der Vorfälle entfielen auf Formen von Belästigungen und Beleidigungen (75,7 Prozent). Durchschnittlich berichteten 35,5 Prozent aller Befragten (MANEO, 2007, 18) über mindestens einen Vorfall. „Der höchste Anteil eines berichteten Vorfalls hinsichtlich des Bundeslandes findet sich in Berlin (38,9 Prozent), gefolgt vom Saarland (37,4 Prozent), Hamburg (37,2 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (37,1 Prozent). Den niedrigsten Anteil weisen Bremen (34,1 Prozent), Bayern (33,1 Prozent) und Baden-Württemberg (32,8 Prozent) auf“ (ebd.). Sachsen liegt mit 34,1 Prozent in der Nennung eines subjektiv bedeutsamen Vorfalls im niedrigen Bereich. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern sind damit nicht stark ausgeprägt; Schwankungen liegen im Bereich von 32,9 bis 38,9 Prozent. Der Blick auf die Städte zeigt mit Spitzenanteilen Aachen (41,7 Prozent), Bielefeld (40,0 Prozent), Rostock (39,1 Prozent) und Köln (39,0 Prozent). Am Geringsten wird in Magdeburg (29,6 Prozent), Bonn (28,2 Prozent), Karlsruhe (27,8 Prozent) und Duisburg (22,1 Prozent) darüber berichtet. Die ausgewiesenen sächsischen Städte liegen mit Leipzig (34,6 Prozent) und Dresden (35,3 Prozent) im Bereich des Durchschnitts. Aus der MANEO-Umfrage wird deutlich, „dass die große Mehrheit der von Gewalt betroffenen auf bekanntem, scheinbar sicherem Terrain Opfer geworden ist“ (MANEO, 2007, 7). Gewalterfahrungen scheinen mit zunehmendem Alter offensichtlich abzunehmen, von der Größe des Wohnorts sind sie anscheinend auch weniger abhängig und der soziale Status des Opfers wirkt nur geringfügig (beispielsweise Bildungsgrad der Befragten) beeinflussend (ebd., 19). Die Gewalttaten geschehen überwiegend am späten Abend, an gut bekannten Orten und in den meisten Vorfällen den Angaben zufolge auf der Straße. Die überwiegenden Täter sind in 86,8 Prozent nur männlich und überwiegend jung (ebd., 22).

Ein signifikantes Ergebnis einer anderen Studie (SOFOS, 2003, 11), den Lebensraum der weiblichen und männlichen Homosexuellen mit Angaben zum Wohnort betreffend, ergab, dass 43 Prozent in den Großstädten und Großstadtvororten, 45 Prozent in mittleren Großstädten und Mittelstädten sowie nur 12 Prozent verteilt in Kleinstädten, Dörfern und ländlichen Gemeinden leben.

¹³ Tabelle 1: Nennung eines subjektiv bedeutsamen Vorfalls nach Wohnort, Prozentuierungsbasis: alle Fälle (N=23.949); Auswahl der Städte nur bei einer Teilnehmerzahl von N > 100. MANEO, 2007

Alle Befragten insgesamt und je Bundesland oder Stadt sind jeweils 100 Prozent.

Bei der Analyse des Bildungsabschlusses in verschiedenen Studien bei Schwulen (und auch Lesben) scheint dieser insgesamt sehr hoch zu sein und stellt bei den Befragten z. B. in der Gruppe der Angestellten mit einem Drittel bis zur Hälfte einen großen Anteil dar (SOFOS, 2003; München, 2004; gofelix, 2001¹⁴).

Im Zusammenhang mit der Darstellung der Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgenderpersonen (LSBT) im Juni 2004 in Berlin, bedauerte der Soziologieprofessor Rüdiger Lautmann von der Universität Bremen die Nichtexistenz des Schwullesbischen im „akademischen Leben“ gemessen am Gewicht vergleichbarer Bereiche, „wie etwa Sexualpädagogik, Familienforschung“ (Lautmann, 2004, 32) und Geschlechtskrankheiten. Außerhalb von Hochschulen wie in Forschungsvereinen findet „sehr viel statt“ obwohl diskontinuierlich, finanziell ärmer und oft in karriereschädigender Weise. Dabei bemängelte er den Standort Deutschland und befindet eine intellektuelle Subkultur als angemessene Organisationsform, die kaum Anerkennung in den jeweiligen Fachdisziplinen findet. LSBT-Themen sind recht gut erforscht, gelten jedoch als >graue< Literatur und die Resultate sind nur Insidern bekannt.

Die skizzierten Lebenssituationen homosexuell orientierter Menschen und anderer sexueller Minderheiten aus Sicht der Forschung beschreibt eindringlich Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen in unserer Gesellschaft. Homosexuelles Orientierungsverhalten ist kein „sozial erwünschtes, sondern ein diskriminierendes Verhalten“ (Schledt, 1997, 22), das sich im Stigma des gesellschaftlichen Außenseiters, dem weiblichen und männlichen Homosexuellen, begründet. Stigmatisierungsprozesse sind Ausdruck politischer Machtstrukturen (vgl. ebd.), die sich in vielfältigen alltäglichen Feldern von Diskriminierungen bewegen. Die Wertung Morgenthals (1882 bis 1965), die „Annahme, dass eine gleichgeschlechtliche Partnerwahl bereits ein Symptom darstellt, dass Homosexualität an sich ein Individuum psychisch krank macht, ist eine Unterstellung“ (Morgenthaler, wikipedia)¹⁵, sollte endlich der Vergangenheit angehören.

2. Die Grundaspekte des Geschlechtlichen

In diesem Kapitel werden die drei Grundaspekte des Geschlechtlichen - das biologische Geschlecht als körperliches Geschlecht, das gefühlte Geschlecht als Geschlechtsidentität

¹⁴ Gemeinsame Studie von Marketingberatung gofelix, dem europäischen Kondomhersteller condomiAG und der Unternehmensberatung BBDO Consulting. In der Grundlagenstudie „Der schwule Konsument“ 2001 wurden 822 Männer im Alter von 16 bis 49 zum Konsum- und Freizeitverhalten, ihrer Lebenssituation und ihrer gesellschaftspolitischen Einstellungen befragt. Im Ergebnis wurden fünf schwule Typen analysiert.

¹⁵ Wikipedia, Schweizer Arzt, Psychoanalytiker, Autor, Jongleur und Maler. Morgenthaler war neben Georges Devereux einer der Begründer der Ethnopschoanalyse und ein Mitbegründer des Psychoanalytischen Seminars Zürich.

und die Art der sexuellen Orientierung - ausgeführt und zusammenfassend als die wesentlichen Komponenten des Geschlechtsbildes des Menschen vor dem Hintergrund der Homosexualität diskutiert. Die dabei gewählten Begrifflichkeiten sind stark an Haeberle (2005, 8) angelehnt.

2.1 Das biologische Geschlecht - das körperliche Geschlecht

Nach der Geburt eines Menschen steht immer primär die Frage: Was ist es - mit welchem Geschlecht ist das Kind geboren? Durch die Antwort Junge bzw. Mädchen wird wie selbstverständlich angenommen, dass es lediglich zwei biologisch ausgerichtete körperliche Geschlechter gibt. Nach der etymologischen Bedeutung wird das biologische körperliche Geschlecht als die „Gesamtheit der Merkmale, die ein Lebewesen als männlich oder weiblich bestimmen“ (EWD, 1997, 437) beschrieben. Der Mensch wird deshalb in eine dieser Gruppen eingeteilt: in ein weibliches oder männliches Geschlecht. Diese ausschließlichen Kategorien treffen für einige Menschen nicht zu. Die schlichte Trennung der Geschlechter nur anhand augenscheinlicher körperlicher Merkmale, wie „dem Vorhandensein oder dem Fehlen eines Penis“ (Schicklang, 2007, 2) ist nicht zielführend und reicht bei weitem nicht aus, das biologische Geschlecht zuzuordnen. Nach Haeberle (2005, 9) werden fünf Faktoren des biologischen (körperlichen) Geschlechts als einem der drei Grundaspekte des Geschlechtlichen ausgewiesen. Dazu zählen das chromosomale Geschlecht (XX für weiblich, XY für männlich), das gonodale Geschlecht (Eierstöcke bzw. Hoden), das hormonale Geschlecht (weibliche bzw. männliche Sexualhormone) sowie die inneren Geschlechtsorgane (Eileiter, Gebärmutter, Scheide bzw. Samenleiter, Samenbläschen, Prostata) und die äußeren Geschlechtsorgane (Klitoris, Schamlippen bzw. Penis, Hodensack). Bei allen diesen Faktoren können eine Vielzahl von Unregelmäßigkeiten auftreten; z. B. beim chromosomalen Geschlecht Abweichungen von der idealen XX- oder XY-Kombination (Syndrome genannt) oder Übergangsformen und Fehlbildungen zwischen typischen weiblichen und typischen männlichen Geschlechtsorganen, die eine eindeutige Zuordnung zum weiblichen oder männlichen Geschlecht nicht zulassen. Werden sowohl weibliche wie auch männliche Strukturen bei den fünf Faktoren zur Bestimmung des biologischen Geschlechts vorgefunden, wird von Intersexualität - alt: Hermaphrodit¹⁶ (Duden, 2005, 400) oder Zwitter (EWD, 1997, 1633) - gesprochen. Das Erkennen dieser Merkmale bei Intersexuellen ist wegen der „sogenannten uneindeutigen Geschlechtsmerkmale“ (Nachmann, 2006, 3) schwierig, sie weisen auf etwas „Dazwischen-stehendes“ (Werner-Rosen, 2006, 29) hin. Da ihre biologische Eindeutigkeit nicht gegeben ist, werden sie „jedoch einem der zwei Geschlechter juristisch und medizinisch zugeordnet“ (Nachmann, 2006, 3). Die Geschlechtsentwicklung verläuft jedoch im Allgemeinen anders

¹⁶ Hermaphrodit = Mannweibliche Zwittergottheit, ... androgyne Gestalt, die im Athen schon im 5. Jh. v. u. Z. kultisch bezeugt ist. Sohn des Hermes mit Aphrodite, der mit männlichen Genitalien und weiblichen Brüsten dargestellt wurde. (Löwe, 1976, 150)

als zugewiesen; ihre wahre Geschlechtsidentität entdecken diese Menschen während der Pubertät, oft auch nur zufällig im Laufe ihres Lebens. Für die Häufigkeit des Vorkommens von Intersexualität sind keine verlässlichen Untersuchungen bekannt. Abhängig davon, was im Einzelnen unter Intersexualität subsumiert wird, wird davon ausgegangen, dass etwa einer von 2.000 bis etwa 10.000 Menschen deutlich intersexuell veranlagt ist (vgl. Werner-Rosen, 2006, 32). Bei Schönbucher (2008, 27) wird die „Prävalenz von Intersexualität ... auf ungefähr ... 1/5000 geschätzt (Hiort 2005; Hughes et al.2006; Thyen et al.2006)“. Das entspricht bezogen auf Deutschland ca. 16.500, auf Sachsen ca. 840 und auf Dresden ca. 100 intersexuell Geborene.

2.2 Das gefühlte Geschlecht - die Geschlechtsidentität oder die Geschlechtsrolle

Der zweite Grundaspekt des Geschlechtlichen bildet die Geschlechtsidentität oder die Geschlechtsrolle, wobei in dieser Arbeit vordergründig die von innen erlebte geschlechtliche Selbstidentifizierung, nicht das nach außen wirkende anerzogene Geschlecht, betrachtet wird. „Sexualität spielt in der Entwicklung unserer Identität eine wichtige Rolle, weil durch sexuelle Erfahrungen“ (MGFF NW, 2004, 11) die Identität in den Gruppen Frau (Femininität) oder Mann (Maskulinität) und ebenso die Bestätigung des Gegenüber im Gegenzug bestimmt wird. Diese Bestätigung stimmt dann überein, wenn die Ich-Wahrnehmung oder das selbst identifizierte Geschlecht mit den Empfindungen und Bedürfnissen des anderen Menschen übereinstimmt oder „wenn Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung“ (Söderboom, 1996, 414) harmonisieren. Anders ausgedrückt ist die geschlechtliche Identität „das grundlegende Selbstverständnis der Menschen davon, wer sie als geschlechtliche Wesen sind - wie sie sich selbst wahrnehmen und wie sie von anderen wahrgenommen werden. Sie wird auch als Rollenverhalten der Geschlechter oder soziale Rolle bezeichnet, die Auswirkungen auf das Aussehen, auf die Kleidung, die Haartracht und ebenso auf die Körpersprache sowie Handlungsweisen hat, „die von einer bestimmten Kultur als weiblich oder feminin“ (MGFF NW, 2004, 11) bzw. männlich oder maskulin definiert werden. Es gibt jedoch Menschen, die sich im Widerspruch zu ihrem biologischen Geschlecht befinden und sich mit einem anderen Geschlecht identifizieren. In diesem Fall wird von transsexuellen (vgl. Haeberle, 2005, 67)¹⁷ Menschen gesprochen, d. h. dass das Fühlen dieser Menschen nicht mit ihren körperlichen Geschlechtsmerkmalen übereinstimmt. Menschen mit einem männlichen Körper fühlen sich als Frau (Mann-zur-Frau-Transsexuelle) oder solche mit einem weiblichen Körper erleben sich als Mann (Frau-zu-Mann-Transsexueller). Transsexualität wird als Geschlechtsidentitätsstörung¹⁸ eingestuft, besser gesagt ist es eine gestörte und konfliktbeladene Geschlechtsidentität;

¹⁷ Begriff 1953 von dem Arzt Harry Benjamin geprägt

¹⁸ ICD-10 (Internationale Klassifikation der Krankheiten) zugeordnet dem Kapitel „Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen“ (F 6) unter „Störungen der Geschlechtsidentität“ (F 64)

häufig mit dem Wunsch nach Geschlechtsumwandlung verbunden. Transsexuelle Menschen fühlen sich oft seit frühester¹⁹ Kindheit, besonders jedoch während der Pubertät mit ihren sekundären Geschlechtsmerkmalen, d. h. Brust und Schambehaarung, sehr unwohl. Ihr Leidensdruck ist so hoch, dass sie zumeist eine operative irreversible Geschlechtsumwandlung anstreben und ihren Körper an das gefühlte Geschlecht anpassen lassen. Nimmt einer dieser Menschen eine solche Genitalangleichung vor, ist er lebenslänglich dazu bestimmt Hormone einzunehmen, da diese vom eigenen Körper nicht produziert werden.

2.3 Die sexuelle Orientierung

Der dritte Grundaspekt ist die Art der sexuellen Orientierung. Damit wird ausgedrückt, zu wem eine Person sich hingezogen fühlt; zu Frauen, zu Männern, zu beiden Geschlechtern (bisexuelle Orientierung) oder zu keinem der genannten Geschlechter (asexuelle Orientierung). Das sexuelle Empfinden wurde in der 1953 veröffentlichten Studie am gründlichsten von Alfred Kinsey (vgl. Werner, 1987, 17) mit persönlichen Interviews zu sexuellen Vorlieben untersucht. In seinem „Report“ erforschte er heterosexuelles und homosexuelles Verhalten von 18.000 Menschen aller Altersstufen (Fiedler, 2004, 41) und überraschte mit der überzeugenden Feststellung, dass ca. 50 Prozent aller Männer und 20 Prozent aller Frauen vor Erreichen des mittleren Lebensalters gleichgeschlechtliche Beziehungen hatten. In seiner Skala (Kinsey-Skala) beschrieb er die unterschiedlichen Verteilungen in bestimmte Untergruppen der sieben Kategorien. Diese Kategorien sind als Kontinuum zu betrachten. Nach seinen Forschungen verhalten sich nur vier Prozent aller Männer und etwa zwei Prozent aller Frauen während ihres ganzen Lebens ausschließlich homosexuell. Kinsey unterschied in der Kategorie null ausschließlich heterosexuelles Verlangen und in der Kategorie sechs ausschließlich homosexuelles Verhalten. In den dazwischen liegenden fünf Kategorien beschrieb er ambivalentes Verhalten; 1 = gelegentlich homosexuelles; 2 = häufiger als gelegentlich homosexuelles Verhalten; 3 = heterosexuelles und homosexuelles Verhalten zu gleichen Teilen; 4 = häufiger als gelegentlich heterosexuelles; 5 = gelegentlich heterosexuelles Verhalten. Seine Statistiken belegen eine erstaunliche Vielfalt bisexueller Zwischenstufen von möglichen sexuellen Orientierungen und Verhaltensformen die „je nach Altersstufe bis zu einem Viertel der Frauen und bis zur Hälfte der Männer“ (Fiedler, 2004, 42) betreffen. Anders ausgedrückt heißt das, dass die Vielfalt bisexuell ausgerichteter Menschen unglaublich hoch ist. Kinseys Kernaussagen behalten bis in das 21. Jahrhundert ihre Gültigkeit, trotz nachfolgender relativierender Forschungen (Fiedler, 2004, 41). Die Zweiteilung der Begriffe in homosexuell oder heterosexuell ist also nicht gegeben und „die Sicht dafür versperrt“ (Fiedler, 2004, 42), dass die Variationsbreite

¹⁹ Im Fallbericht eines 5-jährigen Kindes mit 2,5 Jahre dauernder Kindertherapie bei Geschlechtsidentitätsstörung und depressiver Entwicklung von Sybille Schlich-Dannenberg, 2009, zu lesen.

der sexuellen Orientierung unglaublich hoch ist und graduelle Präferenzen darstellt. Den Homosexuellen oder den Heterosexuellen gibt es folglich nicht. Kinsey formulierte so: „...Die Welt lässt sich nicht in schwarze und weiße Schafe aufteilen; denn nicht alle Dinge sind schwarz oder weiß“ (Lautmann, 1993, 25). „...Die Natur kennt keine scharfen Einteilungen. Nur der Mensch erfindet Kategorien und versucht, die Wirklichkeit in Schubfächer zu zwingen. Alles Leben ist in jeder Hinsicht ein Kontinuum. Je früher wir dies in Hinblick auf das menschliche Sexualverhalten lernen, um so eher werden wir die Wahrheit über Sexualität begreifen“ (Haeberle, 1985, 238).

Die Spannbreite der benannten sexuellen Orientierungen ist von ihrem Auftreten her abhängig von ihrer Intensität, der Lebenszeit sowie ihrer vorgegebenen Geschlechtsrolle und kann sich heute bei manchen Menschen innerhalb der Gesellschaft und der Lebenszeit erheblich wandeln, „wenn auch niemals durch Therapie oder äußeren Druck“ (Haeberle, 2005, 11). Es handelt sich um ein breites Spektrum mit unzähligen Übergängen, bei denen ein Trennstrich schwer zu ziehen ist (Kontinuum). Es wurde deutlich, dass Kriterien für ein homosexuelles Verhalten aufzustellen, sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich sind. Menschen besitzen eine „große subjektive Gewissheit von ihrer sexuellen Orientierung“ (Rauchfleisch, 1994, 16). Die sexuelle Orientierung variiert also von ausschließlicher Homosexualität über Bisexualität zu ausschließlicher Heterosexualität; die asexuelle Orientierung wird hier außer Betracht gelassen. Asexuell orientierte Menschen können zwar in Beziehungen leben, jedoch ohne eine interaktive Sexualität ausleben zu wollen.

Zur Anzahl der Lesben und Schwulen in Deutschland gibt es deshalb keine belastbaren statistischen Aussagen. Auf der Homepage des Landesverbandes der Schwulen und Lesben Deutschlands - LSVD (<http://www.lsvd.de/233.0.html>) - wird auf drei zitierte neue sexualwissenschaftliche Studien hingewiesen, wonach wahrscheinlich zwischen 2,7 und 1,1 Prozent der Männer sowie 1,3 und 0,4 Prozent der Frauen ausschließlich homosexuell sind.

Die World Health Organization (WHO) weist in Verbindung mit der sexuellen Entwicklung und Orientierung darauf hin, dass die „Richtung der sexuellen Orientierung selbst nicht als Störung anzusehen“ ist. Betroffene Personen leiden unter einer Unsicherheit hinsichtlich ihrer sexuellen Orientierung, mit Ängsten oder Depressionen. Meist kommt dies bei Heranwachsenden vor, die sich hinsichtlich ihrer homo-, hetero- oder bisexuellen Orientierung nicht sicher sind oder bei Menschen, die nach einer Zeit scheinbar stabiler sexueller Orientierung, oftmals in einer lange dauernden Beziehung, die Erfahrung machen, dass sich ihre sexuelle Orientierung ändert.

2.4 Das Geschlechtsbild des Menschen

Die drei skizzierten Grundaspekte des Geschlechtlichen - also das biologische Geschlecht als körperliches Geschlecht, das gefühlte Geschlecht als Geschlechtsidentität und die Art der sexuellen Orientierung - wirken in ihrer Gesamtheit und werden in dieser Diplomarbeit als Geschlechtsbild des Menschen bezeichnet. Die einzelnen Grundaspekte wirken generell voneinander unabhängig und treten daher in jeder denkbaren Kombination auf. Die prinzipiellen Beziehungen des Geschlechtsbildes sind in nachfolgender Abbildung grob schematisch als Übersicht dargestellt, wobei hier der in der Fachliteratur gebräuchliche Begriff transsexuell gewählt wird, besser jedoch als transident zu bezeichnen wäre. Es ist keine Darstellung der Vollständigkeit, sondern die der relevanten Möglichkeiten.

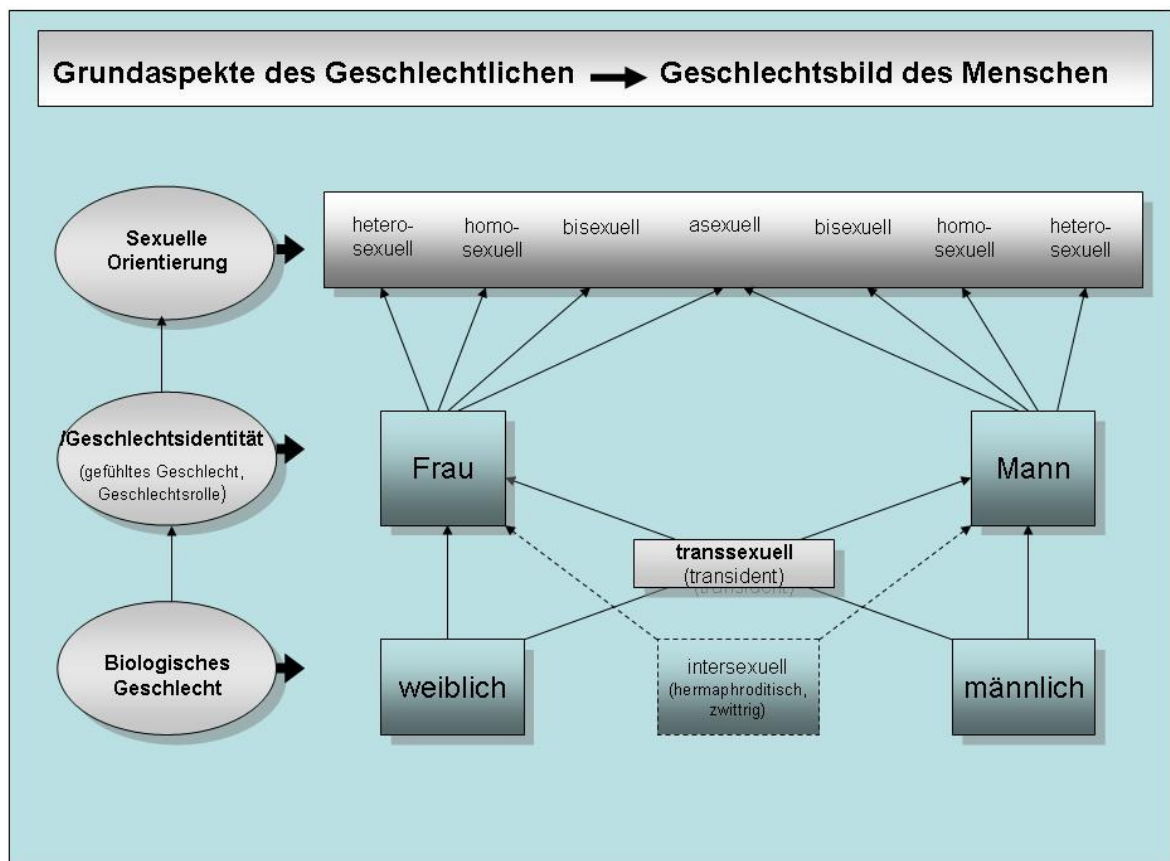


Abb. 1 Sabine Pfeiffer, 2009

Nicht betrachtet werden und in der Übersicht nicht eingeordnet sind die vielfältigen Formen der sexuellen Intensitäten, wie z. B. „Nymphomanie und Don-Juanismus“ (Fiedler, 2004, 48, 47) und automonosexuell veranlagte Menschen (Fiedler, 2004, 47), auch Narzisten genannt, die aufgrund ihres geringen Selbstwertgefühl keine Beziehung eingehen, weil sie sich weder von Mann noch von Frauen angezogen fühlen und nur auf sich selbst

orientiert leben wollen (Spiegelbildmetapher der Antike)²⁰. Ebenfalls nicht betrachtet werden pansexuell orientierte Menschen, die sich ihrem Begehren nach von Hetero-, Homo-, Transsexuellen sowie auch Intersexuellen angezogen fühlen, da dieses eine Erweiterung der bisexuellen Orientierung auch auf die Transsexuellen und Intersexuellen sowie transvestitisch veranlagte Menschen darstellt.

Die Variationsmöglichkeiten nehmen vom biologischen Geschlecht (drei Möglichkeiten: männlich, weiblich, intersexuell) über die Geschlechtsidentität (zwei Möglichkeiten: Frau und Mann) zur sexuellen Orientierung (vier Möglichkeiten: hetero-, bi-, homo-, asexuell) zu. Haeberle (2005, 10) kommt bei eindeutigen Ausprägungen in den drei Grundaspekten biologisches Geschlecht (männlich/weiblich), Geschlechtsidentität (Maskulinität/Femininität) und sexuelle Orientierung (heterosexuell/homosexuell) bereits zu einer Variationsbreite von $2 \times 2 \times 2 = 8$ Möglichkeiten im Geschlechtsbild. Bei den hier in der Arbeit verwendeten Ausprägungen in den drei Grundaspekten wird schon eine Variationsbreite von $3 \times 2 \times 4 = 24$ Möglichkeiten im Geschlechtsbild erreicht. Die Anzahl der Kombinationen wird in dem Maße zunehmen, wie differenzierter die Ausprägungen in den drei Grundaspekten vorgenommen werden.

Die so genannte typische Frau mit weiblichem biologischen Geschlecht schlüpft gewöhnlich in eine feminine Geschlechtsrolle und ist heterosexuell orientiert so wie auch der typische Mann mit männlichem biologischen Geschlecht gewöhnlich in eine maskuline Geschlechtsrolle schlüpft und heterosexuell orientiert ist. So entsprechen beide erwartungsgemäß den tradierten Vorstellungen der Gesellschaft. Möglich wäre aber auch weiblich, feminin und homosexuell (Lesbe) bzw. männlich, maskulin und homosexuell (Schwuler). Ein Mensch mit männlichem Geschlecht, maskuliner Geschlechtsrolle und homosexueller Orientierung unterscheidet sich kaum vom sogenannten typischen Mann, nur in einem: nämlich der Wahl des Sexualpartners; dieser Mann hat eine homosexuelle Orientierung entwickelt.

Eine weitere Möglichkeit besteht bei einem Menschen mit männlichem Geschlecht und der Übernahme der weiblichen Geschlechtsrolle (Transsexuelle); dieser Mensch kann im Extremfall eine Genitalangleichung erreichen, um seinem Selbstbild gerecht zu werden. Würde er sich erotisch zu Männern hingezogen fühlen, muss er als heterosexuell betrachtet werden. Würde er sich jedoch erotisch zu Frauen hingezogen fühlen, muss seine sexuelle Orientierung als homosexuell bezeichnet werden. Die Aufzählung ließe sich um die weiteren Kombinationen unter Berücksichtigung der bisexuellen oder asexuellen Ori-

²⁰ „Das Wort entstammt der altgriechischen Sage vom schönen Jüngling Narkissos, der mit unstillbarer Liebe seinem eigenen Spiegelbild verfallen war.“

entierungen fortsetzen.

Die Menschen nur nach ihren elementaren sexuellen Orientierungen in homo-, hetero- oder bisexuell grob einzuteilen, ist ein Artefakt, ein künstlich gebildetes Konstrukt, das in der jeweilig vorherrschenden Kultur „stets unter gesellschaftlichem Druck geschieht“ (Butler, 1991, 26) und unter der Zwangsordnung der Heterosexualität hierarchisch definiert ist.

3. Entwicklung der rechtlichen Gleichstellung sexueller Minderheiten

Die Berücksichtigung der drei Grundaspekte des Geschlechtlichen im Menschenrecht wird im Rahmen der internationalen Völkergemeinschaft und in Europa in ihrer Entwicklung benannt sowie für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassungen der 16 Bundesländer dargestellt mit einem Vergleich zu Sachsen. Der erreichte Stand der rechtlichen Gleichstellung sexueller Minderheiten in Sachsen wird anhand der Landes- und Bundesbestimmungen für die Geschlechtszuweisung nach der Geburt, dem Transsexuellengesetz, dem Lebenspartnerschaftsgesetz und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ausgewiesen und vergleichend zu Sachsen bewertet.

3.1 Allgemeine Menschenrechte und Grundfreiheiten mit Bezug zur Geschlechtlichkeit des Menschen

3.1.1 Die Internationale Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen - VN (UN)

Nach Beendigung des II. Weltkrieges wird 1945 bereits in mehreren Artikeln in der Charta der Vereinten Nationen²¹ Bezug zur Geschlechtlichkeit des Menschen genommen. Die Vereinten Nationen setzen sich zum Ziele, [...] die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied [...] des Geschlechts, [...] zu fördern und zu festigen (Art. 1, Ziffer 3 bzw. Art. 55, Buchstabe c), die Generalversammlung veranlasst Untersuchungen und gibt Empfehlungen ab [...] zur Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied [...], des Geschlechts, [...] (Art. 13, Absatz 1

²¹ Die Charta der Vereinten Nationen (UN-Charta), zuletzt geändert durch Resolution 49/58 der Generalversammlung vom 9. Dezember 1994, zu der sich inzwischen 192 Mitgliedstaaten bekennen, ist die „Verfassung“ und Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Vereinten Nationen, wurde am 26. Juni 1945 im Theatersaal des Veterans War Memorial Building in San Francisco (USA) unterzeichnet und trat am 24. Oktober 1945 in Kraft, nachdem sie von den damals fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates sowie der Mehrheit der anderen Unterzeichner ratifiziert worden war. Zu den Gründungsmitgliedern der UN-Charta zählten 51 Staaten und sie wurde bisher von 192 Staaten unterzeichnet (Vertragsstaaten). Die UN-Charta ist hinterlegt im UNTS: Bd. XV (1945), S. 143. Die Vertragssammlung der Vereinten Nationen (engl. United Nations Treaty Series - UNTS) ist die von den Vereinten Nationen geführte Sammlung internationaler Abkommen in der Vertragsdatenbank der Vereinten Nationen (United Nations Treaty Collection). Am 18. September 1973 nehmen die Vereinten Nationen die DDR als 133. und die BRD als 134. Mitglied auf (Gesetz zum Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Charta der Vereinten Nationen vom 06.06.1973, Bundesgesetzblatt 1973 II, S. 430). Mit der Deutschen Einheit 1990 schied die DDR aus der UNO aus und die Bundesrepublik vertritt das vereinigte Deutschland (aktuelle Fassung des Textes der UN-Charta vom 28. August 1980, BGBl. II 1980, S. 1252).

Buchstabe b). Art. 62 Abs. 2 autorisiert den Wirtschafts- und Sozialrat „Empfehlungen ab[zu]geben, um die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle zu fördern“; Artikel 68 beauftragt den Rat mit der Einsetzung einer Kommission „für die Förderung der Menschenrechte“, die im Juni 2006 neu unter dem Namen Menschenrechtsrat gegründet wurde²². Ebenfalls vor über 60 Jahren, am 10. Dezember 1948, verkündete die in Paris tagende Generalversammlung der Vereinten Nationen in klaren und einfachen Worten die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR)“²³ „als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung vor diesen Rechten und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende nationale und internationale Maßnahmen ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Einhaltung durch die Bevölkerung der Mitgliedsstaaten [...]“ (Präambelauszug), also jene Grundrechte, auf die jedermann gleichermaßen Anspruch hat. Mit Bezug auf die Geschlechtlichkeit des Menschen sind aufgeführt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“ (Artikel 1) und „Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach [...] Geschlecht, [...], Geburt [...]“ (Artikel 2).

Obwohl die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte nicht rechtsverbindlich ist, gelten die in ihr niedergelegten Rechte heute weitgehend als verbindliche Normen. Völkerverbindliche Verträge sind dagegen die beiden UN-Menschenrechtspakte Zivilpakt (IpbpR) und Sozialpakt (IpwskR) jeweils vom 19.12.1966, die nach 10 Jahren 1976 in Kraft getreten sind und die die in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR)“ proklamierten Rechte präzisieren und mit denen sich die Vertragsstaaten jeweils unter Artikel 2 verpflichten, die in diesen Pakten anerkannten Rechte hinsichtlich [...] des Geschlechts, [...] der Geburt oder des sonstigen Status zu gewährleisten²⁴.

²² Die UN-Generalversammlung vom 15. März 2006 entschied sich mit 170 Zustimmungen, vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen für die Gründung des Menschenrechtsrats. Gegen die Einführung des Rates stimmten Israel, die Marshallinseln, Palau und die USA, weil die zu verhandelten Kriterien zur Aufnahme von Staaten in den Rat nicht hinreichend seien. Der Stimme enthielten sich der Iran, Venezuela und Weißrussland. Mit konstituierender Sitzung vom 19. Juni 2006 trat das neue UN-Gremium in Genf erstmals zusammen. (aus: <http://de.wikipedia.org/wiki/UN-Menschenrechtsrat>), (Literatur 10. Dezember 2008: 60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Deutscher Bundestag-wissenschaftliche Dienste Nr. 79/08 vom 28.11.2008)

²³ Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) wurde mit Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948 mit den Stimmen von 48 der damals 58 Mitgliedsstaaten der UN angenommen. Alle kommunistischen UN-Mitgliedsstaaten (Jugoslawien, Polen, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ukraine und Weißrussland) sowie Saudi-Arabien und Südafrika enthielten sich der Stimme, Honduras und Yemen blieben der Abstimmung fern. (aus: www.karin-kortmann.de/downloads/magazine/Kompaktinfo_AEMR_2008.pdf)

²⁴ Die sehr weitreichende Liste von Rechten führte 1966 zu den zwei wichtigen UN-Pakten: Dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte – Zivilpakt (BGBl. 1973 II S. 1553) und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte – Sozialpakt (BGBl. 1973 II S. 1569). Beide Internationale Pakte bilden zusammen mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die Universal Declaration of Human Rights oder die Internationale Menschen-

Analoge Rechtsnormen mit Bezug auf die Geschlechtlichkeit sind in weiteren UN-Dokumenten gesetzt, wie z. B. in der UN-Erklärung über das Recht auf Entwicklung vom 4. Dezember 1986²⁵ oder in der UN-Kinderrechtskonvention vom 20. November 1989²⁶ - in beiden Dokumenten auch darüber hinaus mit Bezug auf den sonstigen Status.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass der Geltungsbereich bei der Inanspruchnahme der allgemeinen Menschenrechte und Grundfreiheiten mit Bezug zur Geschlechtlichkeit des Menschen in der Internationalen Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen in allen zutreffenden Dokumenten nur den Bezug auf das (biologische) Geschlecht herstellt, wenn man auf die Verwendung des unbestimmten Begriffes „des sonstigen Status“ absieht. Ausprägungen der sexuellen Identität (Transsexuelle) und Arten der sexuellen Orientierung (homosexuell, bisexuell) werden explizit nicht benannt; Initiativen Deutschlands zu diesbezüglichen Ergänzungen sind nicht bekannt geworden. Selbst der Begriff des (biologischen) Geschlechtes wird in der tradierten Form der stringenten Zweierartigkeit von weiblich und männlich in der Auslegung verwendet, die intersexuellen Geschlechtsarten bleiben unberücksichtigt. Nur so ist es auch zu verstehen, dass intersexuell geprägte Menschen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz gegen die Praxis der chirurgischen Geschlechtszuweisung im Kleinkindalter massiv vor den Vereinten Nationen in Genf protestierten mit dem Ergebnis, dass am 26. Januar 2009 ein Informationsgespräch mit dem Hochkommissariat für Menschenrechte ermöglicht wurde (FAZ.NET vom 28.01.2009)²⁷. Hintergrund der öffentlichen Proteste war die bis zum 6. Februar dauernde Tagung des CEDAW-Komitees, das die Berichte aus den Unterzeichnerstaaten über den Stand der Umsetzung des „Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979“²⁸ (BGBl. 1985 II

rechtscharta, welche als Grundlage sämtlicher universeller Menschenrechtsnormierungen gelten kann. Die Bundesrepublik Deutschland hat beide Pakte unmittelbar nach ihrem Beitritt zu den Vereinten Nationen im Jahr 1973 ratifiziert. (Texte auch verfügbar unter: Bundesamt für Justiz www.ejpd.admin.ch)

²⁵ Resolution 41/128 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 4. Dezember 1986 (VN, 35 1987 6, S. 213): [Präambel, 8. Anstrich]: „Die Generalversammlung, [...] eingedenk der Verpflichtung der Staaten nach der Charta, sich für die allgemeine Achtung und Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne jeden Unterschied wie den [...] des Geschlechts, [...] oder des sonstigen Status einzusetzen, [...].“

²⁶ Übereinkommen über die Rechte des Kindes - UN-Kinderrechtskonvention - vom 20.11.1989“ (BGBl. II 1992 S. 121), am 5. April 1992 für Deutschland in Kraft getreten (Bekanntmachung vom 10. Juli 1992 – BGBl. II S. 990). Artikel 2, Abs. 1 (Achtung der Kindesrechte und das Diskriminierungsverbot betreffend): „Die Vertragsstaaten achten die in diesem Übereinkommen festgelegten Rechte und gewährleisten sie jedem ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Kind ohne jede Diskriminierung unabhängig von [...] dem Geschlecht, [...] oder des sonstigen Status des Kindes, seiner Eltern oder seines Vormunds“.

²⁷ FAZ.NET vom 28. Januar 2009, 19:07 Uhr. Oliver Tolmein: Zwitter protestieren vor den Vereinten Nationen (<http://faz-community.faz.net/blogs/biopolitik/archive/2009/01/28/zwitter-protestieren-vor-den-vereinten-nationen-in-genf.aspx>), verfügbar am 29.05.2009.

²⁸ Das „Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ der Vereinten Nationen vom 18. Dezember 1979 - CEDAW (englisch: Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women) trat am 3. September 1981 in Kraft. Bisher haben das Übereinkommen 185 Staaten unterschrieben. Zu den Nichtunterschreiberstaaten zählen auch Iran, Somalia, Sudan und der Vatikanstaat; die USA haben unterschrieben, aber noch nicht ratifiziert. Der ak-

S. 648) beriet, in dem in der Präambel festgestellt wird, „dass alle Menschen frei und an Würde und Rechten gleich geboren sind und dass jeder ohne irgendeinen Unterschied, einschließlich eines Unterschieds aufgrund des Geschlechts, Anspruch hat auf alle in der genannten Erklärung aufgeführten Rechte und Freiheiten“.

Gegenstand der 43. Tagung des CEDAW-Komitees vom 19.01. bis 06.02.2009 war auch der 2007 gefertigte 6. Bericht der Bundesregierung Deutschland (BT-Drucksache 16/5807 vom 08.06.2007), auf den eine Allianz von Frauenorganisationen mit einem Alternativbericht zur Situation der Frauenrechte in der Bundesrepublik reagiert hatte²⁹ und der durch Berichte zur Situation transsexueller³⁰ und intersexueller³¹ Menschen in Deutschland ergänzt wurde³². Im Ergebnis der Prüfung des deutschen Berichtes wurde die Bundesregierung durch den CEDAW-Ausschuss deutlich ermahnt, dass auch Zwitter die vollen Menschenrechte erhalten³³.

Bezüglich des Grundaspektes der sexuellen Orientierung ist aktuell die auf der 63. UNO-Vollversammlung vorgelegten „Erklärung über Menschenrechte, sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität“ gegen die gewaltsame Verfolgung von Homosexuellen relevant, die auf eine Initiative der französischen EU-Ratspräsidentschaft zurückgeht. Die Erklärung unterzeichneten nur 66 Mitgliedstaaten am 18. Dezember 2008 in New York, darunter auch die Staaten der Europäischen Gemeinschaft³⁴. 126 Länder verweigerten je-

tuelle Ratifizierungsstand ist abrufbar unter: <http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/states.htm> (verfügbar am 28.05.2009). Im Artikel 18, Absatz 1b) des Übereinkommens verpflichten sich die Vertragsstaaten, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Beratung durch den Ausschuss einen Bericht über die zur Durchführung dieses Übereinkommens getroffenen Gesetzgebungs-, Gerichts-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen und die diesbezüglichen Fortschritte vorzulegen, und zwar mindestens alle vier Jahre und so oft es der Ausschuss verlangt.

²⁹ Alternativbericht der Allianz von Frauenorganisationen Deutschlands zum 6. Bericht der Bundesregierung Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW), Berlin, November 2008

³⁰ Alternativbericht vom 21. Dezember 2007 zum 6. Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), erstellt von: Menschenrecht und Transsexualität (Interessensgemeinschaft), Ulm 2007.

³¹ Schattenbericht vom 2. Juli 2008 zum 6. Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW), erstellt von: Intersexuelle Menschen e. V. / XY-Frauen, Hamburg 2008.

³² Alle drei Berichte der Nichtregierungsorganisationen wurden im Juli 2008 dem CEDAW-Ausschuss in New York vorgestellt und sind als Link abrufbar über:

<http://faz-community.faz.net/blogs/biopolitik/archive/2009/01/28/zwitter-protestieren-vor-den-vereinten-nationen-in-genf.aspx> (verfügbar am 27.05.2009)

³³ Zwitter: UNO mahnt Bundesregierung. Nella & Seelenlos 04.02.2009 20:34 Uhr auf <http://de.indymedia.org/2009/02/241125.shtml> (verfügbar am 27.05.2009). In seiner 43. Sitzung überprüfte der UN-Ausschuss CEDAW am 2. Februar 2009, den 6. Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (Concluding observations of the Committee on the Elimination of Discrimination against Women – Germany – 10.02.2009). Text des CEDAW-Prüfberichtes über Link <http://faz-community.faz.net/blogs/biopolitik/archive/2009/02/20/deutschland-ger-252-gt-menschenrechte-von-zwittern-werden-ignoriert.aspx> (verfügbar am 27.05.2009).

³⁴ Zum Beispiel: Sexuelle Selbstbestimmung - UN kämpfen für Homos.

doch die Unterstützung und haben sich dieser Deklaration nicht angeschlossen. Dazu zählen neben fast allen mehrheitlich muslimischen Länder (außer Bosnien und Herzegowina) auch der Vatikan, die USA, Russland und China. Bürgerrechtsorganisationen weltweit, Amnesty International wie auch Human Rights Watch, begrüßten und feierten die Erklärung als „Meilenstein“, um auch das sexuelle Selbstbestimmungsrecht global ernst nehmen zu müssen; die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte äußerte nach der Unterzeichnung die Hoffnung, dass sich die Gesetze gegen Homosexualität „als anachronistisch“ herausstellen werden - sie seien nicht vereinbar mit dem internationalen Recht sowie den traditionellen Werten von der Würde des Menschen. Deutschland als Mitglied des VN-Ausschusses für Nichtregierungsorganisationen hat sich über Jahre konsequent für die Akkreditierung von Nichtregierungsorganisationen, die für die Rechte sexueller Minderheiten eintreten, eingesetzt³⁵.

3.1.2 Die europäische Völkergemeinschaft

Auf europäischer Ebene sind für die rechtliche Ausgestaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten mit Bezug zur Geschlechtlichkeit des Menschen (biologisches Geschlecht, Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung) besonders folgende Grundsatzdokumente des Europarates bzw. der Europäischen Union maßgeblich:

Die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarates - EMRK

Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) bzw. Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten wurde am 4. November 1950 in Rom als fünfte Konvention des Europarats unterzeichnet, trat am 3. September 1953 allgemein in Kraft³⁶ und zu deren Ratifikation jeder Mitgliedstaat des Europarates verpflichtet ist.

66 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verlangen Straffreiheit für Schwule und Lesben. taz.de vom 20.12.2008 (JAN FEDDERSEN) unter: <http://www.taz.de/1/politik/amerika/artikel/1/un-kaempfen-fuer-homos/> (verfügbar am 28.05.2009) oder auch Homosexualität - Bunter Widerstand. 66 Länder protestieren dagegen, dass vielerorts gleichgeschlechtlicher Sex noch immer mit Gewalt oder gar mit dem Tod geahndet wird. sueddeutsche.de vom 20.12.2008 (Cathrin Kahlweit) unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/567/452274/text/> (verfügbar am 28.05.2009)

Noch am Unterzeichnungstag der Erklärung erfolgte eine Klarstellung des Vatikans: Das UNO-Dokument verurteilt zu Recht jede Form der Gewalt gegen Homosexuelle. Doch es geht weit über diese Zielsetzung hinaus und stellt bestehende Menschenrechtsnormen infrage. Vatikan: Keine Diskriminierung Homosexueller. Die katholische Kirche verurteilte jede Form der Diskriminierung Homosexueller. kath.net vom 20.12.2008 unter: <http://www.kath.net/detail.php?id=21653> (verfügbar am 28.05.2005)

³⁵ Antwort der Bundesregierung (Drucksache 16/2084 vom 29.06.2006) auf die Große Anfrage der [...] Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zur Lage der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (hier Antwort auf Frage 1).

Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (BGBl. 1952 II S. 686) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2002 (BGBl. II S. 1055), zuletzt geändert durch Protokoll Nr. 14 zur Konvention vom 13. Mai 2004 (BGBl. 2006 II S. 138), auch unter: www.staatsvertraege.de/emrk.htm (verfügbar 28.05.2009)

³⁶ Der Europarat wurde am 5. Mai 1949 von den zehn Staaten Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und dem Vereinigten König-

Artikel 14 der Konvention (Diskriminierungsverbot/Verbot der Benachteiligung) gibt vor, dass der Genuss der in der Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten ohne Unterschied des Geschlechts, [...] oder des sonstigen Status gewährleistet werden muss. Die Einhaltung der den Vertragsstaaten der EMRK auferlegten Verpflichtungen wird im Rahmen eines Individual- bzw. Staatenbeschwerdeverfahrens kontrolliert. Weltweit erstmalig für Menschenrechte – und damit auch für Grundaspekte der Geschlechtlichkeit des Menschen – schuf die EMRK die Möglichkeit, dass auch Personen, die sich durch eine Behörde in ihren Konventionsrechten verletzt fühlen, bei einem internationalen Gremium – dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg – Beschwerde erheben können und die Entscheide des Gerichtshofes für die betreffenden Staaten rechtsverbindlich sind³⁷. Die Zulässigkeit einer Beschwerde hängt davon ab, ob der innerstaatliche Rechtsweg erschöpft ist. In Deutschland ist auch Voraussetzung, dass der Beschwerdeführer wegen der Verletzung seiner Rechte erfolglos das Bundesverfassungsgericht angerufen hat. Das Verfahren vor dem Gerichtshof ist öffentlich.

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union – GRC EU

Der Vertrag über die Gründung der Europäische Union - EUV wurde am 7. Februar 1992 vom Europäischen Rat, dem Gremium der Staats- und Regierungschefs in Maastricht (Vertrag von Maastricht) unterzeichnet (ABL. EG C191 vom 29. Juli 1992)³⁸ und mit dem Vertrag von Amsterdam (ABL. EG C 340 vom 10. November 1997) und dem Vertrag von Nizza (ABL. EG C 80 vom 10. März 2001) weiterentwickelt. Die Europäische Union stellt damit die bisher größte erreichte Integration in der umfassenden Zusammenarbeit in Europa dar. Mit dem Vertrag über eine Verfassung für Europa - VVE³⁹ (ABL. EU C 310 vom 16. Dezember 2004) sollten vor allem die bisherigen Verträge der Europäischen Gemein-

reich Großbritannien (Londoner Zehnmächtepakt) als älteste, heute 47 Staaten umfassende, originär politische internationale Organisation Europas gegründet, um gemeinsame und demokratische Prinzipien zu entwickeln und die Menschenrechte, die parlamentarische Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit zu schützen. Sitz des Europarats ist Straßburg.

Der Europarat ist institutionell nicht mit der Europäischen Union verbunden, auch wenn beide dieselbe Flagge und dieselbe Hymne verwenden.

Der Beitritt Deutschlands erfolgte am 13. Juli 1951 als 14. Mitgliedsstaat (Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europarat vom 8. Juli 1950 -BGBl. 1950 I S. 263).

³⁷ Der Europäische Gerichtshof hebt Urteile deutscher Gerichte oder Verwaltungsakte nicht auf und verpflichtet den Vertragsstaat auch nicht zum Erlass von Verwaltungsakten. Stellt der Gerichtshof einen Verstoß gegen die Menschenrechtskonvention fest, kann er der verletzten Partei nach Artikel 41 eine gerechte Entschädigung zubilligen. Nach § 359 Nr. 6 StPO besteht jedoch seit der Novelle vom 09.07.1998 (BGBl. I S. 1802) innerstaatlich ein Wiederaufnahmegrund, wenn der Europäische Gerichtshof eine Verletzung der Menschenrechtskonvention oder ihrer Protokolle festgestellt hat und das rechtskräftige Urteil auf dieser Verletzung beruht.

³⁸ Konsolidierte Fassung des Vertrages über die europäische Union und des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union: ABL. EU C 115 vom 9. Mai 2008

³⁹ Der EU-Verfassungsvertrag wurde am 29. Oktober 2004 in Rom unterzeichnet und musste für sein Inkrafttreten in allen damaligen 25 Mitgliedsstaaten durch Parlamentsentscheidung oder Volksabstimmungen ratifiziert werden. Mit der Ablehnung der EU-Verfassung durch die Volksabstimmungen in Frankreich am 29. Mai 2005 und den Niederlanden am 1. Juni 2005 wurde das Ratifizierungsverfahren abgebrochen.

schaften⁴⁰ und der Europäischen Union zusammengeführt und der Europäischen Union eine neue, einheitliche Struktur gegeben werden. Durch die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden scheiterte dieses Vorhaben.

Der Vertrag von Lissabon⁴¹ - auch Reformvertrag genannt - (ABL. EU C 306 vom 17. Dezember 2007) ändert nunmehr nur noch die bestehenden Verträge der EG und EU ohne sie aufzuheben und sollte nach Ratifizierung durch die 27 Mitgliedsstaaten am 1. Januar 2009 in Kraft treten. Durch Ablehnung des Vertrages in der Volksabstimmung in Irland am 12. Juni 2008 ist auch der Ausgang des Ratifizierungsverfahrens dieses Lissaboner Reformvertrages bis zur Wiederholung des Referendums im Oktober 2009 ungewiss.

In diesem Gefüge der Verträge wurden auch Menschenrechte und Grundfreiheiten im Zusammenhang mit den Grundaspekten der Geschlechtlichkeit des Menschen eingebunden. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union - GRC EU⁴², die sich an der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) des Europarates orientiert, wurde auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs am 7. Dezember 2000 in Nizza als gemeinsame Willensbekundung proklamiert, jedoch zunächst noch als rechtlich unverbindliches Dokument. Artikel 21 Absatz 1 der Grundrechtscharta (ABL. EG C 364 vom 18.12.2000) verbietet ausdrücklich Diskriminierungen, insbesondere wegen des Geschlechts, [...], - und erstmalig in der Benennung - wegen der genetischen Merkmale, [...] oder wegen der sexuellen Ausrichtung.

Mit der Aufnahme der Diskriminierungsverbote wegen der sexuellen Ausrichtung, das ebenfalls im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in der konsolidierten Fassung 2002⁴³ im Artikel 13 Absatz 1 als Handlungsermächtigung enthalten ist und wegen der genetischen Merkmale⁴⁴ geht die Grundrechtscharta der Europäischen Union in

⁴⁰ Konsolidierte Fassung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft: ABL. EG C 325 vom 24. Dezember 2002 sowie: Europäische Union - Konsolidierte Fassung des Vertrages über die Europäische Union und des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft: ABL. EU C 321E vom 29. Dezember 2006.

⁴¹ Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrages über die Europäische Union und des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, unterzeichnet, am 13. Dezember 2007

⁴² Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union – GRC EU wurde unter Leitung des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog durch das erste europäische Konvent erarbeitet und der Entwurf am 2. Oktober 2000 vorgelegt.

⁴³ Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ABL. EG C 325 vom 24.12.2002:

Artikel 13 (1) Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen dieses Vertrags kann der Rat im Rahmen der durch den Vertrag auf die Gemeinschaft übertragenen Zuständigkeiten auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig geeignete Vorkehrungen treffen, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.

⁴⁴ In der 164. Konvention des Europarates, dem Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin: Übereinkom-

ihrem Konkrettheitsgrad bezüglich der Grundaspekte der Geschlechtlichkeit des Menschen weit über die „Europäische Menschenrechtskonvention“ des Europarates – EMRK und die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der UN - AEMR hinaus - , die in beiden Dokumenten sich nur auf das (biologische) Geschlecht reduzieren.

Die Rechtsverbindlichkeit sollte durch Aufnahme als Teil II - Die Charta der Grundrechte der Union - im Vertrag über eine Verfassung für Europa (ABL. EU C 310 vom 16.12.2004) im gleich lautenden Nichtdiskriminierungs-Artikel II-81 hergestellt werden. Nach der Ablehnung des Verfassungsvertrages wurde die Grundrechtscharta über einen Verweis der rechtlichen Gleichrangigkeit mit den Verträgen im Reformvertrag von Lissabon⁴⁵ für die Mitgliedsstaaten bindend erklärt (außer für Polen und Großbritannien⁴⁶) und (nochmals) am 12. Dezember 2007 proklamiert (ABL. EU C 303 vom 14.12.2007). Nachdem am 30.06.2009 auch das Bundesverfassungsgericht den Vertrag von Lissabon grundsätzlich als mit dem Grundgesetz in Deutschland vereinbar entschieden hat - das nationale Begleitgesetz zur Vertragsumsetzung muss jedoch noch vor der Unterschrift des Bundespräsidenten geändert werden - wären mit einer erfolgreichen Ratifizierung des Lissaboner Reformvertrages im Herbst 2009 in Irland somit neben der Grundrechtscharta auch trotz Ablehnung des Verfassungsvertrages Grundaspekte der Geschlechtlichkeit des Menschen in den konsolidierten Fassungen der Verträge von EG und EU wie folgt berücksichtigt (ABL. EU C 306 vom 17.12.2007):

Die Diskriminierungsbekämpfung aus Gründen des (biologischen) Geschlechts oder der sexuellen Ausrichtung ist gemäß Artikel 5 b⁴⁷ und gemäß Artikel 16 e⁴⁸ im Vertrag zur

men über Menschenrechte und Biomedizin (Oviedo, 4.IV.1997) ist unter Artikel 11 (Nichtdiskriminierung) jede Form von Diskriminierung einer Person wegen ihres genetischen Erbes verboten. (unter Homepage Europarat, verfügbar am 10.06.2009):

<http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/QueVoulezVous.asp?NT=164&CM=1&CL=GER>

⁴⁵ Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007 (ABL. EU C 306 vom 17. Dezember 2007) Nach Art. 1 Nr. 8 erhält Artikel 6 Absatz 1 des Vertrages über die Europäische Union folgende Fassung:

„Die Union erkennt die Rechte, Freiheiten und Grundsätze an, die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 7. Dezember 2000 in der am 12. Dezember 2007 in Straßburg angepassten Fassung niedergelegt sind; die Charta der Grundrechte und die Verträge sind rechtlich gleichrangig.“

⁴⁶ Protokoll (Nr. 30) über die Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union auf Polen und das Vereinigte Königreich (ABL. EU C 115 vom 09.05.2008)

⁴⁷ Artikel 5 b im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und Artikel 10 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union: „Bei der Festlegung und Durchführung ihrer Politik und ihrer Maßnahmen zielt die Union darauf ab, Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.“

⁴⁸ Artikel 16 e (bisheriger Artikel 13) im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und Artikel 19 Absatz 1 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union: „Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen der Verträge kann der Rat im Rahmen der durch die Verträge auf die Union übertragenen Zuständigkeiten gemäß einem besonderen Gesetzgebungsverfahren und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments einstimmig geeignete Vorkehrungen treffen, um Dis-

Gründung der Europäischen Gemeinschaft bzw. gemäß Artikel 10 (☞ Fußnote 47) und Artikel 19 (☞ Fußnote 48) im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union ausgeführt. Das Diskriminierungsverbot wegen der genetischen Merkmale wurde in keinem Vertrag aufgenommen; im Vertrag über die Europäische Union selbst ist kein Bezug mehr bezüglich Grundaspekte der Geschlechtlichkeit des Menschen enthalten.

3.1.3 Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassungen der Bundesländer

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland⁴⁹, deren Gründung sich 2009 zum 60. jährt, wurde im Art. 3 Absatz 3 das Grundrecht, dass niemand wegen seines Geschlechtes, [...] benachteiligt oder bevorzugt werden darf, aufgenommen. In den bisher durchgeführten 52 Änderungen des Grundgesetzes ist eine Spezifizierung oder Ergänzung des Artikel 3 bezüglich der Geschlechtlichkeit hinsichtlich Geschlechtsidentität (Transsexualität) und sexueller Orientierung (Homosexualität) jedoch nicht vorgenommen worden. Eine Gesetzesinitiative Sachsens im Bundesrat für eine diesbezügliche Ergänzung des Grundgesetzes konnte nicht nachgewiesen werden. Wesentlich differenzierter sind in den Verfassungen der 16 Bundesländer⁵⁰ die drei Grundaspekte der Geschlechtlichkeit im Zusammenhang mit den Grundrechten ausgestaltet worden. Einige Bundesländer verzichten generell auf eine diesbezügliche textliche Aufnahme (BY, HH, RP), andere Bundesländer weisen im Text darauf hin, dass die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundrechte und staatsbürgerlichen Rechte Bestandteil der Verfassung und unmittelbar geltendes Recht sind (BW, MV, NW) oder nehmen nur den Grundrechtstext bezüglich der Geschlechtsformel selbst auf (NI, RP, SL, SN, ST), wozu auch Sachsen gehört bzw. haben an anderer Stelle den Gleichheitsgrundsatz bezüglich des (biologischen) Geschlechtes aufgeführt (HE) (Die buchstabigen Kürzel für die 16 Bundesländer

kriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.“

⁴⁹ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. 1949 S. 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. März 2009 (BGBl. I 2009 S. 606)

⁵⁰ In Anlage 1 sind die Rechtsquellen für die Verfassungen aller 16 Bundesländer aufgeführt. Die Landesverfassungen sind im Zusammenhang mit dem Beitritt zum Bund der „Alten Länder“ im Jahre 1949, im Fall des Saarlandes 1957, und der „Neuen Länder“ im Jahre 1990 in Kraft getreten. Die Länder Schleswig-Holstein (1990), Niedersachsen (1993), Berlin (1995 = jüngste Verfassung), haben ihre Verfassungen aus verschiedenen Gründen neu gefasst. Bis auf den Freistaat Sachsen haben bereits alle Bundesländer ihre Verfassungen geändert, zuletzt 2000 (BW), 2001 (HH und SL), 2002 (NW und HE), 2003 (HB, BY), 2004 (SH, BB und TH), 2005 (ST, BE und RP) und 2006 (NI und MV). In den Verfassungen der DDR waren über die Rechtsbestimmung hinaus, dass alle Bürger vor dem Gesetz gleichberechtigt sind, keine Bezüge zu Grundaspekten der Geschlechtlichkeit enthalten: Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 (GBl. 1949 S. 5), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. September 1960 (GBl. I S. 505), aufgehoben durch Verfassung der DDR vom 6. April 1968 (GBl. I S. 199) und Verfassung der DDR vom 9. April 1968 in der Fassung vom 7. Oktober 1974, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 1990 (GBl. I S. 1036) und faktisch aufgehoben mit Wirkung vom 2. Oktober 1990 durch Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (GBl. I S. 1627)

sind in Anlage 2 der Langform der Länderbezeichnung vorangestellt.). Die Länder Brandenburg, (Art. 12 Abs. 2 seit 1992)⁵¹, Berlin (Art. 10 Abs. 2 seit 1995)⁵² und Bremen (Art. 2 Abs. 2 seit 2001)⁵³ ergänzen das Grundrecht in der Grundgesetzformel von Art. 3 Absatz 3 (Niemand darf wegen ...) um das Merkmal „sexuelle Identität“, das Land Thüringen (Art. 2 Abs. 3 seit 1993)⁵⁴ als einziges Bundesland⁵⁵ (Degener, 2008, 73) um das Merkmal „sexuelle Orientierung“. Der Begriff „sexuelle Identität“ wird dabei jedoch als Rechtsbegriff in Deutschland nicht einheitlich ausgelegt. In Sachsen-Anhalt wurde 1997 ein Gesetz zum Abbau von Benachteiligungen von Lesben und Schwulen erlassen⁵⁶. Hier ist sexuelle Identität von Lesben und Schwulen im Sinne des Grundaspektes des Geschlechtlichen sicher als sexuelle Orientierung (hetero-, homo-, bi-, a-sexuell) gemeint. In Berlin wurde 2004 ein Gesetz zur Gleichberechtigung von Menschen unterschiedlicher sexueller Identität in Ausführung des Gebotes in Art. 10 Abs. 2 der Verfassung geschaffen, dass niemand wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden darf⁵⁷. Dabei wird unter „sexuelle Identität“ sowohl die sexuelle Orientierung (hetero-, homo-, bisexuell) als auch die Geschlechtsidentitäten (transsexuell, intersexuell) subsumiert (Böger, 2006)⁵⁸.

Sachsen hat kein Gesetz zur Ausgestaltung des Grundrechtstextes der Verfassung bezüglich der Geschlechtlichkeit erlassen.

3.2 Das deutsche Recht mit Bezug zu den Grundaspekten der Geschlechtlichkeit

3.2.1 Geschlechtszuweisung nach der Geburt (biologisches Geschlecht)

Es ist auf der ganzen Welt nach der Geburt eines Kindes die Fragestellung wohl ähnlich: Ist es ein Junge oder ist es ein Mädchen? Das (biologische) Geschlecht eines Menschen wird in Deutschland auf rechtlicher Grundlage nach der Geburt festgelegt. Wenn ein Kind geboren wurde, ist nach dem seit 1. Januar 2009 auch in Sachsen geltenden modernisier-

⁵¹ BB: Enthalten im Urtext der Verfassung vom 20.08.1992 (GVBl. S. 298)

⁵² BE: Enthalten im Urtext der Verfassung vom 23.11.1995 (GVBl. S. 779)

⁵³ HB: Ergänzung durch Gesetz vom 04.09.2001 (GBl. S. 279)

⁵⁴ TH: Enthalten im Urtext der Verfassung vom 25.10.1993 (GVBl. S. 625)

⁵⁵ Degener (2008) führt in der Fußnote 4 zu den „Rechtswissenschaftlichen Grundlagen“ des Antidiskriminierungsrechtes auf, dass neben Thüringen auch die Länder Berlin, Brandenburg und Bremen das Merkmal „sexuelle Orientierung“ in ihre Landesverfassungen aufgenommen haben. Dieses ist nicht der Fall. Diese Länder verwenden nur das Merkmal „sexuelle Identität“, so dass Thüringen das einzige Land mit dem Merkmal „sexuelle Orientierung“ in der Verfassung bleibt (jedoch nicht Art. 12 wie angegeben, sondern Art. 2, Abs. 3). Siehe auch: Oberlies (in Degener u.a. 2008, S.187)

⁵⁶ Gesetz zum Abbau von Benachteiligungen von Lesben und Schwulen vom 22. Dezember 1997 - LSGIG - (GVBl. S. 1072), zuletzt geändert am 19.03.2002

⁵⁷ Gesetz zu Artikel 10 Abs. 2 der Verfassung von Berlin - Gleichberechtigung von Menschen unterschiedlicher sexueller Identität - vom 24.06.2004 (GBl. S. 256)

⁵⁸ Böger, K.: Senator für Bildung, Jugend und Sport; Vorwort für: Zusammenleben in Berlin, Dokumente, Nr. 22, 2006, Hrg.: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport)

ten Personenstandsgesetzes (PStG)⁵⁹ gemäß § 18 die Geburt binnen einer Woche dem zuständigen Standesamt anzuzeigen und gemäß § 21 das Geschlecht im Geburtenregister zu beurkunden sowie gemäß § 59 das Geschlecht des Kindes in die Geburtsurkunde aufzunehmen. Auf Verlangen entfällt in der Geburtsurkunde die Angabe des Geschlechtes.

Der vielfach verwendete Begriff des (biologischen) Geschlechtes ist rechtlich mit Außenwirkung - also z. B. mit Bindungswirkung für Gerichte - nicht näher bestimmt worden, auch nicht in der zum Gesetz erlassenen Personenstandsverordnung – PStV⁶⁰.

Erst in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Personenstandsgesetz des Bundesministeriums des Innern (Fassung vom 15. August 2007)⁶¹, die als Dienstanweisung für alle Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden in Deutschland behördenintern gilt und damit auch in Sachsen verbindlich ist, wird der Umgang mit dem (biologischen) Geschlecht in den Akten und Urkunden im Detail vorgeschrieben:

Für die mündlich beim zuständigen Standesbeamten zu erstattende Anzeige der Geburt ist für den Regelfall die Reihenfolge der Verpflichteten vom Vater des Kindes (wenn er Mitinhaber der elterlichen Sorge ist) bis zur Mutter, sobald sie zu der Anzeige imstande ist, vorgegeben (§ 255)⁶².

Der Standesbeamte hat bei der Geburt eines Kindes auch das Geschlecht des Kindes und die Vornamen des Kindes in das Geburtenbuch einzutragen (§ 265). Bestehen Zwei-

⁵⁹ Personenstandsgesetz vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586); konsolidierter Textfassung des Personenstandsgesetzes in der ab dem 1. Januar 2009 geltenden Fassung: BGBl. I Nr. 30 vom 17.06.2009, S. 1225 - 1280. Das Personenstandsgesetz regelte die Anzeige familienrechtlicher Umstände, wie Geburten, Heiraten oder Lebenspartnerschaften, Sterbefälle und Namensführungen gegenüber dem Standesamt als zuständige staatliche Behörde.

⁶⁰ Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (Personenstandsverordnung - PStV) vom 22.11.2008 BGBl. I S. 2263

⁶¹ Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Personenstandsgesetz (Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden - DA) vom 27. Juli 2000, zuletzt geändert durch die Zweiundzwanzigste Bekanntmachung von Änderungen der Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden - DA vom 18. Juni 2007 in der Fassung vom 15. August 2007. www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwvbund_27072000_V5a133118169.htm, verfügbar am 03.05.2009

⁶² § 255 Anzeigepflichtige:

(1) Zur Anzeige der Geburt sind, und zwar in nachstehender Reihenfolge, verpflichtet

1. der Vater des Kindes, wenn er Mitinhaber der elterlichen Sorge ist,
2. die Hebamme, die bei der Geburt zugegen war,
3. der Arzt, der dabei zugegen war,
4. jede andere Person, die dabei zugegen war oder von der Geburt aus eigenem Wissen unterrichtet ist,
5. die Mutter, sobald sie zu der Anzeige imstande ist.

Die Anzeige ist mündlich zu erstatten.

(2) Jede der in Absatz 1 Nr. 2 bis 5 genannten Personen ist nur dann zur Anzeige verpflichtet, wenn ein in der Reihenfolge früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden oder an der Anzeige verhindert ist; die Berechtigung zur Anzeige wird dadurch nicht berührt.

fel über das Geschlecht des Kindes, so ist eine Bescheinigung des Arztes oder der Hebamme gemäß § 259 Abs. 1 einzuholen; sie ist für die Eintragung maßgebend (§ 266). Bei der Erteilung und Schreibweise der Vornamen sind für Knaben nur männliche, für Mädchen nur weibliche Vornamen zulässig⁶³. Lässt ein Vorname Zweifel über das Geschlecht des Kindes aufkommen, so ist zu verlangen, dass dem Kinde ein weiterer, den Zweifel ausschließender Vorname beigelegt wird (§ 262). In die Geburtsurkunde sind ebenfalls die Vornamen des Kindes und sein Geschlecht aufzunehmen; für die Angabe des Geschlechts sind nach dem Familiennamen des Kindes ein Komma und die Worte „männlichen Geschlechts“ oder „weiblichen Geschlechts“ einzutragen (§ 91 a).

Für die Ausstellung einer Bescheinigung über die Beurkundung einer Totgeburt muss ersichtlich sein, ob es sich um ein tot geborenes Mädchen oder einen tot geborenen Knaben handelt (§ 274). Für die Eintragung in die Namenverzeichnisse (§ 40) gilt analoges („Tot geborener Knabe“ oder „Tot geborenes Mädchen“); ist der Tod eines Unbekannten im Sterbebuch eingetragen, so ist im Namenverzeichnis unter dem Buchstaben U „Unbekannter Mann (Knabe)“ oder „Unbekannte(s) Frau (Mädchen)“ einzutragen.

Danach besteht auch in den Standesämtern Sachsens kein Ermessensspielraum bei der Beurkundung des (biologischen) Geschlechts nach der Geburt eines Kindes über die beiden, von alters her bereits normierten Zwei-Geschlechtsmöglichkeiten männlich oder weiblich hinaus. Auch die mündlichen Mitteilungen der die Geburtsanzeige erstattenden Verpflichteten oder die im Zweifelsfall eingeholte Bescheinigung des Arztes (der Ärztin) bzw. der Hebamme werden im Regelfall über die Inaugenscheinnahme dessen, was sich zwischen den beiden Neugeborenenbeinchen befindet - also der äußeren Geschlechtsmerkmale als nur eines der fünf Faktoren der biologischer Geschlechtsbestimmung (Hebammengeschlecht) - nicht hinausgehen.

In offensichtlich uneindeutigen Fällen erfolgen mit der rechtlichen Geschlechtszuweisung einhergehend genitalkorrigierende Operationen (zumeist zum weiblichen hin) mit all den Problemen der geschlechtlichen Identifizierung in der pubertären Phase. Inwieweit diese praktizierte Herangehensweise sich in Übereinstimmung mit dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit gemäß Artikel 2 Grundgesetz bzw. gemäß Artikel 16 Sächsische Verfassung befindet, soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Um wie viel humaner erscheint dabei ein Blick zurück zum Ende des 18. Jahrhundert in das „Allgemeine Landrecht für die preußischen Staaten“, in dem in diesen Fällen uneindeutiger (biologischer) Geschlechtszuordnung die Betroffenen selbst nach Vollendung des 18. Lebensjahres entscheiden

⁶³ Nur der Vorname Maria darf Knaben neben einem oder mehreren männlichen Vornamen beigelegt werden (§ 262 Abs. 4).

konnten, welchem Geschlecht sie sich zugehörig fühlen wollten⁶⁴. Ein drittes (biologisches) Geschlecht soll es nicht geben. Die Bundesregierung argumentiert bei der Beantwortung zweier Kleiner Anfragen 2001 und 2007 diesbezüglich damit⁶⁵, dass die deutsche Rechtsordnung von der Unterscheidung des Geschlechts von Menschen in „männlich“ und „weiblich“ ausgeht. Andererseits liegen der Bundesregierung keine hinreichenden Erkenntnisse über die Lebenssituation intersexueller Menschen vor und es ist daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich, zu beurteilen, ob und inwieweit entsprechende Aufklärungsmaßnahmen (über die Existenz intersexueller Menschen) geeignet und erforderlich sind⁶⁶. Vor diesem Hintergrund wird es zeitnah eher unwahrscheinlich sein, intersexuell als drittes (biologisches) Geschlecht bei der Geschlechtszuweisung rechtlich zu manifestieren.

Zur Situation intersexueller Menschen in Deutschland aus der Sicht von Interessenvertreter Betroffener wird auf den diesbezüglichen Schattenbericht vom 2. Juli 2008 (siehe Kapitel 3.1.1 mit Fußnoten) zum 6. Staatenbericht der Bundesregierung Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) verwiesen, der Gegenstand der 43. Tagung des CEDAW-Komitees vom 19.01. bis 06.02.2009 war. Der von „Intersexuelle Menschen e. V. / XY-Frauen“ erstellte Schattenbericht enthält im Anlagenteil (S. 87 - 125) auch einen Forschungsbericht der Humboldt-Universität zu Berlin (Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien) mit dem Thema „Intersexualität. Die alltägliche Folter in Deutschland“.

3.2.2 Gefühls Geschlecht versus biologisches Geschlecht

Für Menschen, die mit ihrem gefühlten Geschlecht, also der Geschlechtsidentität oder Geschlechtsrolle sich im Widerspruch zu ihrem biologischen Geschlecht befinden (Transidentität, Transsexualität) wurde in Deutschland 1980 eine rechtliche Lösung geschaffen,

⁶⁴ Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten vom 5. Februar 1794, galt bis zum Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches am 1. Januar 1900. (SLUB...Zentralbibliothek-Magazin, Barcode: 20089944auch: http://www.smixx.de/ra/Links_F-R/PrALR/pralr.html, verfügbar am 16.06.2009): Rechte der Zwitter.

§ 19. Wenn Zwitter geboren werden, so bestimmen die Eltern, zu welchem Geschlechte sie erzogen werden sollen.

§. 20. Jedoch steht einem solchen Menschen, nach zurückgelegtem achtzehnten Jahre, die Wahl frey, zu welchem Geschlecht er sich halten wolle.

§ 21. Nach dieser Wahl werden seine Rechte künftig beurtheilt.

⁶⁵ Antwort der Bundesregierung (Drucksache 16/4322 vom 14.02.2007) auf die Kleine Anfrage der [...] Fraktion DIE LINKE – Rechtliche Situation Intersexueller in Deutschland (Antwort auf Frage 1) und Antwort der Bundesregierung (Drucksache 14/5627 vom 20.03.2001) auf die Kleine Anfrage der [...] Fraktion der PDS – Intersexualität im Spannungsfeld zwischen tatsächlicher Existenz und rechtlicher Unmöglichkeit (Antwort auf Frage 34)

⁶⁶ Antwort der Bundesregierung (Drucksache 14/5627 vom 20.03.2001) auf die Kleine Anfrage der [...] Fraktion der PDS – Intersexualität im Spannungsfeld zwischen tatsächlicher Existenz und rechtlicher Unmöglichkeit (Antwort auf Frage 17).

das Transsexuellengesetz - TSG⁶⁷. Zwei Stufenmöglichkeiten stehen zur Verfügung. Bei der sogenannten „Kleinen Lösung“ nach § 1 TSG kann nach Antragstellung durch das Gericht eine Änderung der Vornamen vorgenommen werden; die personenstandsrechtliche Geschlechtsbezeichnung bleibt erhalten. Ein Frau-zum-Mann-Transsexueller heißt Frau Peter Muster (weiterhin weiblichen Geschlechts), eine Mann-zur-Frau-Transsexuelle heißt Herr Sabine Muster (weiterhin männlichen Geschlechts). Diese Regelung beinhaltet überall dort Konfliktpotenzial, wo über Vornamen und (biologisches) Geschlecht zu informieren ist (z. B. Reisepassinhalt und Erscheinungsbild bei Auslandsreisen).

Bei der sogenannten „Großen Lösung“ nach § 8 TSG kann nach Antragstellung durch das Gericht zusätzlich eine rechtliche Zuordnung zum anderen Geschlecht vorgenommen werden unter den Voraussetzungen, dass die betreffende Person nicht verheiratet ist, dauernd fortpflanzungsunfähig ist und sich einem ihre äußeren Geschlechtsmerkmale verändernden operativen Eingriff unterzogen hat, durch den eine deutliche Annäherung an das Erscheinungsbild des anderen Geschlechts erreicht worden ist. Die personenstandsrechtliche Geschlechtsbezeichnung wird dann geändert: Ein Frau-zum-Mann-Transsexueller heißt dann auch Herr Peter Muster (gewechselt zum männlichen Geschlecht), eine Mann-zur-Frau-Transsexuelle heißt dann auch Frau Sabine Muster (gewechselt zum weiblichen Geschlecht). Und damit gehen die Probleme so richtig los: Auch Menschen mit einer transsexuellen Geschlechtsidentität können sich z. B. heterosexuell oder homosexuell orientieren. Im Falle einer heterosexuellen Orientierung ist eine Heirat ohne rechtliche Einschränkung möglich, bei Transsexuellen mit „Kleiner Lösung“ gemäß § 7 TSG mit Unwirksamkeit der Namensänderung. Im Falle einer homosexuellen Orientierung ist eine Lebenspartnerschaft nur mit „Großer Lösung“ möglich; bei Transsexuellen mit „Kleiner Lösung“ wegen Beibehaltung des Geschlechts nicht - oder anders ausgedrückt: Nur ein Frau-zum-Mann-Transsexueller mit „Großer Lösung“ kann wegen seiner homosexuellen Orientierung schwul sein und eine Mann-zur-Frau-Transsexuelle mit „Großer Lösung“ kann wegen ihrer homosexuellen Orientierung lesbisch sein; mit der „Kleinen Lösung“ sind sie weiterhin heterosexuell orientiert!

Bezüglich der Voraussetzungsbedingung des Unverheiratetseins bei Inanspruchnahme der „Großen Lösung“ ist ein Feststellungsbeschluss des Bundesverfassungsgerichtes zur Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz anhängig. Mit der Annahme des Gesetzentwurfes eines Gesetzes zur Änderung des Transsexuellengesetzes (Bundestagsdrucksache 16/13157 vom 26.05.2009) in der Sitzung des Bundestages am 19. Juni 2009 entfällt diese Voraussetzungsbedingung. Mit dem Inkrafttreten des Änderungsgesetzes heißt das für

⁶⁷ Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz - TSG) vom 10.09.1980 (BGBl. I S. 1654), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2008 (BGBl. I S. 2586)

transsexuelle Menschen mit „Großer Lösung“, die nicht von ihrem Ehepartner geschieden sind, dass sie nunmehr durch eine „Homo-Ehe“ verbunden sind.

Zur Situation transsexueller Frauen in Deutschland aus der Sicht von Interessenvertreter Betroffener wird auf den diesbezüglichen Alternativbericht vom 21. Dezember 2007 (siehe Kapitel 3.1.1 mit Fußnoten) zum 6. Staatenbericht der Bundesregierung Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) verwiesen, der Gegenstand der 43. Tagung des CEDAW-Komitees vom 19.01. bis 06.02.2009 war. Der Situationsbericht wurde von der „Interessengemeinschaft Menschenrecht und Transsexualität“ erstellt.

3.2.3 Die Eingetragene Lebenspartnerschaft als Alternative zur Homo-Ehe

Nachdem 1994 in der Bundesrepublik Deutschland der Strafrechtsparagraf § 175 (Homosexuelle Handlungen) aufgehoben worden ist⁶⁸, konnten gleichgeschlechtlich orientierte Menschen (Lesben, Schwule) sich zumindest rechtlich unverfolgt in der Gesellschaft frei und offen bewegen, mussten aber in „wilder“ Gemeinschaft wie bei heterosexuell orientierten unverheirateten Paaren zusammenleben.

Mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) ohne zustimmungspflichtige Bestimmungen des Bundesrates und dem Lebenspartnerschaftsgesetzergänzungsgesetz (LPartGErgG) mit zustimmungspflichtigen Bestimmungen des Bundesrates sollten erstmals die rechtlichen Grundlagen für eine „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ und die damit verbundenen Änderungen/Ergänzungen geltender rechtlicher Bestimmungen erfolgen. Das Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG)⁶⁹ trat am 01.08.2001 in Kraft und gilt als Bundesgesetz auch für Sachsen; das Lebenspartnerschaftsgesetzergänzungsgesetz (LPartGErgG) erhielt nicht die Zustimmung des Bundesrates. Unabhängig davon wurden mehrere Anträge von den Freistaaten Bayern, Thüringen und Sachsen beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zur Nichtinkraftsetzung des Lebenspartnerschaftsgesetzes bzw. zur Feststellung der Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz gestellt, die jedoch alle abgewiesen wurden⁷⁰.

⁶⁸ Im Zuge der Rechtsangleichung mit der ehemaligen DDR wurde der Paragraf 175 erst 1994 aufgehoben mit dem 29. Strafrechtsänderungsgesetz vom 31. Mai 1994 (BGBl. I S. 1168). In der DDR hob am 11. August 1987 das Oberste Gericht ein Urteil wegen Paragraf 151 mit der Begründung auf, dass „Homosexualität ebenso wie Heterosexualität eine Variante des Sexualverhaltens darstellt. Homosexuelle Menschen stehen somit nicht außerhalb der sozialistischen Gesellschaft, und die Bürgerrechte sind ihnen wie allen anderen Bürgern gewährleistet.“ Ein Jahr später strich die Volkskammer der DDR in ihrem 5. Strafrechtsänderungsgesetz den Paragrafen 151 ersatzlos. Das Gesetz trat am 30. Mai 1989 in Kraft. (Als Homosexualität noch strafbar war: „§175 StGB - Unzucht zwischen Männern“ unter: www.juraforum.de/jura/specials/special/id/15965/)

⁶⁹ Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG) vom 16. Februar 2001 (BGBl. I S. 266), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. April 2009 (BGBl. I S. 700, 721)

⁷⁰ Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes am 18.07.2001 (BVerfGE 104, 51) und am 17.07.2002 (BVerfGE 105, 313); detailliert zur rechtspolitischen Ausgangslage, Entstehungsge-

Gemäß § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes (LPartG) können zwei Personen gleichen Geschlechts eine Lebenspartnerschaft begründen, wenn sie miteinander eine Partnerschaft auf Lebenszeit führen wollen (Lebenspartner bzw. Lebenspartnerinnen). Intersexuelle Menschen bleiben auch hier ungenannt. Mit Bezug auf die Grundaspekte der Geschlechtlichkeit heißt das: Eingetragene Lebenspartnerschaft sind nicht nur zwischen zwei Männern bzw. zwei Frauen möglich, sondern auch zwischen zwei Frau-zum-Mann-Transsexuelle (männlich) bzw. zwei Mann-zur-Frau-Transsexuelle (weiblich) sowie auch zwischen einem Mann und einem Frau-zum-Mann-Transsexuellen (männlich) bzw. einer Frau und einer Mann-zur-Frau-Transsexuellen (weiblich); die Gleichheit des Geschlechts bleibt gewahrt. Andererseits gehört nicht zu den Voraussetzungsbedingungen, dass die eine Lebenspartnerschaft eingehenden Personen auch homosexuell orientiert sein müssen, sehr wohl aber z. B., dass sie unverheiratet sind. Weiterhin sind im Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) eine Vielzahl von Inhalten geregelt, vom Lebenspartnerschaftsnamen (§ 3) und dem Umfang der Sorgfaltspflicht und den damit im Zusammenhang stehenden Vorschriften (§§ 4 - 8) über Regelungen in Bezug auf Kinder eines Lebenspartner (§ 9) und dem Erbrecht (§§ 10 - 11) bis zu den Regelungen des Getrenntlebens der Lebenspartner (§§ 12 - 14) und den mit einer Aufhebung der Lebenspartnerschaft verbundenen Vorschriften (§§ 15 - 20).

Die „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ zwischen Personen gleichen Geschlechts ist somit in vielen Bereichen der Ehe zwischen Personen unterschiedlichen Geschlechts bereits rechtlich gleichgestellt worden. Nach wie vor fällt aber nur die Ehe, weil ihr als Wesensmerkmal die Verschiedengeschlechtlichkeit der Partner innewohne, unter dem Grundgesetzschutz nach Artikel 6 Absatz 1⁷¹. Das heißt, die „Eingetragene Lebenspart-

schichte, Verfassungsmäßigkeit und des Vollzuges des Lebenspartnerschaftsgesetzes (LPartG) durch die Bundesländer bei Bruns, M. und Kemper, R. (Hrg.): Lebenspartnerschaftsrecht. Handkommentar, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2006 (2. Auflage) im Kapitel Einführung, Randnummern 1 bis 36

⁷¹ Urteil vom 17.07.2002 des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG, 1 BvF 1/01), unter: http://www.bverfg.de/entscheidungen/ls20020717_1bvf000101.html

L e i t s ä t z e zum Urteil des Ersten Senats vom 17. Juli 2002:

„Voraussetzung für die ausnahmsweise Zulässigkeit der Berichtigung eines Gesetzesbeschlusses ist dessen offensichtliche Unrichtigkeit. Diese kann sich nicht allein aus dem Normtext, sondern insbesondere auch unter Berücksichtigung des Sinnzusammenhangs und der Materialien des Gesetzes ergeben.“

Teilt die Bundesregierung oder der Bundestag eine Materie in verschiedene Gesetze auf, um auszuschließen, dass der Bundesrat Regelungen verhindert, die für sich genommen nicht unter dem Vorbehalt seiner Zustimmung stehen, ist dies verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.

Die Einführung des Rechtsinstituts der eingetragenen Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare verletzt Art. 6 Abs. 1 GG nicht. Der besondere Schutz der Ehe in Art. 6 Abs. 1 GG hindert den Gesetzgeber nicht, für die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft Rechte und Pflichten vorzusehen, die denen der Ehe gleich oder nahe kommen. Dem Institut der Ehe drohen keine Einbußen durch ein Institut, das sich an Personen wendet, die miteinander keine Ehe eingehen können.

nerschaft“ zwischen Personen gleichen Geschlechts kann entsprechend der jeweiligen politischen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und Bundesrat nur durch Gesetz geschaffen aber auch durch Gesetz wieder abgeschafft werden; es besteht kein einklagbares Grundrecht im Grundgesetz und in den Verfassungen der Länder und damit auch in Sachsen. Ein detaillierter Vergleich der Bestimmungen zwischen „Eingetragener Lebenspartnerschaft“ und Ehe in Einzeldarstellungen ist bei Bruns, M. und Kemper, R. (2006)⁷² aufgeführt. Bedeutsame Rechtsunterschiede zur ehelichen Gemeinschaft aus der Sicht Betroffener in „Eingetragenen Lebenspartnerschaften“ können z. B. sein, dass Lebenspartner ein Kind nicht gemeinsam adoptieren können (§ 9 Absatz 6 LPartG) oder das Fehlen im Bestattungsrecht einiger Bundesländer - darunter auch Sachsen⁷³ - für die Bestattung des verstorbenen Lebenspartners zu sorgen.

Da das Lebenspartnerschaftsgesetzergänzungsgesetz (LPartGErgG) nicht die Zustimmung des Bundesrates erhielt, das auch eine Änderung des Personenstandsgesetzes dahingehend vorsah, dass die Standesbeamten für die Begründung der Lebenspartnerschaft zuständig sind, mussten die Bundesländer in Ermangelung eines bundeseinheitlichen Vollzuges eigene Ausführungsregelungen zum Lebenspartnerschaftsgesetz treffen. Diese fielen sehr unterschiedlich aus. Im Regelfall wurden in den Landesgesetzen ab 2001 die Standesbeamten für zuständig erklärt (BE, HB, HH, MV, NI, NW, ST, SH), in anderen Ländern diese Aufgabe zur Regelung den Kreisen bzw. kreisfreien Städten (BW - 2002, RP, TH - 2002) oder Gemeinden (BB, HE, SL) übergeben wobei kreisfreie Städte und Gemeinden die Aufgabe den Standesbeamten übertragen können. In Bayern musste die „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ vor einem Notar des Landes begründet werden und in Sachsen wurden per Rechtsverordnung die Regierungspräsidien 2001 für zuständig erklärt⁷⁴.

Es verstößt nicht gegen Art. 3 Abs. 1 GG, dass nichtehelichen Lebensgemeinschaften verschiedengeschlechtlicher Personen und verwandtschaftlichen Einstandsgemeinschaften der Zugang zur Rechtsform der eingetragenen Lebenspartnerschaft verwehrt ist.“

⁷² Bruns, M. und Kemper, R. (Hg.): Lebenspartnerschaftsrecht. Handkommentar, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2006 (2. Auflage), Einzeldarstellungen: Mietrecht, Gerichtsverfassungsgesetz, Zivilprozessordnung, Zwangsvollstreckung, Kosten und Rechtsanwaltvergütung, Internationales Privatrecht, Sozialversicherung, Beamte, Angestellte und Arbeiter, Steuerrecht, Ausländerrecht und Staatsangehörigkeitsrecht. Vergleiche auch: Das Lebenspartnerschaftsgesetz bei Wikipedia (unter: <http://de.wikipedia.org/wiki/Lebenspartnerschaftsgesetz>, verfügbar am 21.06.2009).

Aus Gründen des sich ergebenden Umfangs der Diplomarbeit und aus zeitlichen Gründen wurde auf einen Vergleich der Unterschiede zwischen „Eingetragener Lebenspartnerschaft“ und Ehe aus den Einzeldarstellungen zwischen den einzelnen Bundesländern verzichtet, zumal eine relativ große Dynamik in den Gesetzesänderungen zu verzeichnen ist.

⁷³ Sächsisches Gesetz über das Friedhofs-, Leichen- und Bestattungswesen (Sächsisches Bestattungsgesetz - SächsBestG) vom 8. Juli 1994 (SächsGVBl. S. 1321), rechtsbereinigt mit Stand vom 01.08.2008, hier § 10

⁷⁴ Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Regelung der Zuständigkeiten nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartGZuVO vom 19.07.2001 (SächsGVBl. S. 451), geändert am 22.01.2003 (SächsGVBl. S. 31). Rechtsquellen der Ausführungen des Lebenspartnerschaftsgesetzes in den übrigen 15 Bundesländern bei Bruns, M. und Kemper, R. (Hrg.): Lebens-

Mit Stand 30.06.2009 ist festzustellen⁷⁵, dass für die Begründung der Lebenspartnerschaft außer in Baden-Württemberg, Thüringen und Bayern in allen übrigen 13 Bundesländern die Zuständigkeit der Standesämter gegeben ist, so auch in Sachsen (hier ab 01.10.2005)⁷⁶. In den Bundesländern Baden-Württemberg und Thüringen sind weiterhin ausschließlich die Kreise bzw. kreisfreien Städte zuständig, in Bayern weiterhin ein Notar des Landes, jedoch ohne bestimmte örtliche Zuständigkeit.

Bezüglich der rechtlichen Gleichstellung von verpartnerten und verehelichten Paaren ist folgender Stand in Deutschland erreicht worden⁷⁷:

Werden das Beamtenbesoldungs- und -versorgungsrecht zunächst nicht berücksichtigt, dann haben inzwischen die sieben Bundesländer BE, HB, HH, NW, MV, SL und SH Lebenspartner in ihrem gesamten Landesrecht mit Ehegatten gleichgestellt. BB hat sein Beamtenrecht vollständig sowie einzelne Gesetze angepasst, in NI, RP und ST werden Landes Anpassungsgesetze vorbereitet, in HE vorgesehen (Koalitionsvertrag).

Verpartnerte Landesbeamte sind im Beamtenbesoldungs- und -versorgungsrecht mit Verheirateten unterschiedlich in den einzelnen Bundesländern gleichgestellt worden⁷⁸. In HH, NI, ST und RP werden entsprechende Gleichstellungsgesetze, die das gesamte Beamtenrecht einschließlich Familienzuschlag und Hinterbliebenenversorgung betreffen, vorbereitet, in HE vorgesehen (Koalitionsvertrag). Die vollständige Gleichstellung der Lebenspartner mit den Ehegatten ist vor allem noch vom Bund und in den fünf Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen vorzunehmen. Sachsen hat bisher bezogen auf die hier angeführten Rechtspositionen noch keine Gleichstellungen der Lebenspartner mit den Verheirateten im Landesrecht vorgenommen.

partnerschaftsrecht. Handkommentar, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2006 (2. Auflage), Kapitel Einführung (S. 29 - 30).

⁷⁵ Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) e. V.: Landesgesetze zum Lebenspartnerschaftsgesetz, unter: <http://www.lsvd.de/423.0.html> (verfügbar am 03.07.2009)

Hier auch die Zuständigkeitsgesetze der 16 Bundesländer als eigenständiger Link.

⁷⁶ Sächsisches Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes (SächsLPartGAG) = Artikel 1 des Sächsischen Gesetzes zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz vom 9. September 2005 (SächsGVBl. S. 260) - (Inkrafttreten gem. Art. 2 dieses Gesetzes am 01.10.2005), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.12.2008 (SächsGVBl. S. 938).

⁷⁷ Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) e. V.: Landesgesetze zum Lebenspartnerschaftsgesetz, unter: <http://www.lsvd.de/423.0.html> (verfügbar am 03.07.2009)

Hier auch die Landes Anpassungsgesetze der 16 Bundesländer als eigenständiger Link.

⁷⁸ Verpartnerte Landesbeamte sind in folgenden Bundesländern mit Verheirateten gleichgestellt worden: bei der Hinterbliebenenpension in fünf Bundesländern (BE, BB, HB, MV, SL), beim Familienzuschlag der Stufe 1 in vier Bundesländern (BE, BB, HB, MV), bei der Beihilfe in neun Bundesländern (BE, BB, HB, HH, MV, NI, NW, SL, SH), bei der Reise- und Umzugskostenvergütung sowie beim Trennungsgeld in zehn Bundesländern und im Bund (BE, BB, HB, HH, MV, NI, NW, SL, ST, SH), beim Sonderurlaub in neun Bundesländern und im Bund (BE, HB, MV, HH, NW, NI, SL, ST, SH), einige andere Länder gewähren Sonderurlaub aus wichtigen persönlichen Gründen, soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen, beim Laufbahnrecht in neun Bundesländern und im Bund (BE, BB, HB, HH, MV, NI, NW, SL, SH).

Die Frage nach der Anzahl der Paarbildungen in der gleichgeschlechtlichen Lebensform, differenziert als „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ und in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften („wilde Lebenspartnerschaft“), lässt sich in Deutschland und in Sachsen belastbar nicht beantworten. Für die statistische Erfassung fehlte mit Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes ab 01.08.2001 die rechtliche Regelung. Bruns, M. und Kemper, R. (2006, 32 - 33) weisen im Ergebnis einer Umfrage unter den Landesinnenministerien aus, dass bis Ende des Jahres 2004 mit einer Spannweite von 12.500 bis 14.000 „Eingetragenen Lebenspartnerschaften“ auszugehen ist, wobei etwa zwei Drittel von Männern und ein Drittel von Frauen begründet wurden. Aus der gleichen Umfrage geht auch hervor, dass der Anteil, zudem einer der Partner ausländischer Staatsangehörigkeit war, in Sachsen mit über 60 Prozent als am höchsten benannt wurde; deutlich niedriger⁷⁹ folgten Berlin (46 Prozent), Rheinland-Pfalz (28 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (26 Prozent).

Weiterhin wird ausgeführt, dass auch unbekannt bleibt, wie viele gleichgeschlechtliche Paare es in Deutschland gibt. Das Statistische Bundesamt schätzt die Anzahl auf mindestens 56.000 und höchstens 160.000. Daraus folgt, dass nur 10 bis 20 Prozent der gleichgeschlechtlichen Paare mit einer „Eingetragenen Lebenspartnerschaft“ zusammenleben, der weitaus größere Anteil in „wilder Lebenspartnerschaft“ zusammen lebt. Die Möglichkeit, die „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ als Lebensformtyp zu wählen, stehen Schwule wie Lesben als Menschen mit homosexueller Orientierung in Deutschland eher reserviert gegenüber. Die Anzahl der in Sachsen geschlossenen „Eingetragenen Lebenspartnerschaften“ im Zeitraum von 2001 bis 2004 ist zuverlässig bekannt⁸⁰. Im benannten Zeitraum wurden insgesamt 234 „Eingetragene Lebenspartnerschaften“ geschlossen, darunter 170 männliche (73 Prozent) und 64 weibliche (27 Prozent); davon insgesamt in den Regierungspräsidien Chemnitz 42 (18 Prozent), Dresden 87 (37 Prozent) und Leipzig 105 (45 Prozent); der Anteil der männlichen Lebenspartnerschaften betrug in allen sächsischen Regierungspräsidien übereinstimmend gering über 70 Prozent, die der weiblichen Lebenspartnerschaften gering unter 30 Prozent.

Im Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes werden ab 2006 erstmals auch eingetragene Lebenspartnerschaften erhoben (Statistisches Jahrbuch 2008)⁸¹, in Sachsen werden

⁷⁹ Nicht „deutlich höher“, wie bei Bruns, M. und Kemper, R. (2006) auf S. 32 angegeben.

⁸⁰ Antwort namens und im Auftrag der Staatsregierung durch das Sächsische Staatsministerium des Innern vom 22.03.2005 auf die Kleine Anfrage [...] der PDS-Fraktion – Ausführung des Gesetzes über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz - LPartG) in Sachsen (Drs. 4/849)

⁸¹ Statistisches Jahrbuch 2008 für die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2008. auch unter:

jedoch für die als Familienstand erhobene „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ auf Grund der geringen Besetzungswerte keine Ergebnisse einzeln ausgewiesen (Statistisches Jahrbuch Sachsen 2008)⁸².

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) in Wiesbaden am 16.09.2008 im Ergebnis des Mikrozensus mitteilte⁸³, gaben im Jahr 2007 in Deutschland rund 68.000 Paare an, als gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in einem Haushalt zusammenzuleben⁸⁴, darunter rund 15.000 eingetragene Lebenspartnerschaften (22 Prozent), rund zwei Drittel der eingetragenen Lebenspartnerschaften wurden von Männern geführt. Auch hier bestätigt sich aktuell die eher zurückhaltende Akzeptanz homosexuell orientierter Menschen, insbesondere von Lesben, gegenüber der „Eingetragenen Lebensgemeinschaft“.

3.2.4 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz - Schutz vor Diskriminierung auch für sexuelle Minderheiten

Unter Kapitel 3.1.3 (Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassungen der Bundesländer) wurde ausgeführt, dass in zwei Bundesländern bereits gesetzliche Regelungen zur Gleichbehandlung sexueller Minderheiten erlassen wurden. In Sachsen-Anhalt wurde 1997 ein Gesetz zum Abbau von Benachteiligungen von Lesben und Schwulen erlassen, das die Dienststellen und Einrichtungen des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften sowie die der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts verpflichtet, ihre Aufgaben so zu erfüllen, dass niemand auf Grund seiner sexuellen Identität benachteiligt wird. Verordnungen und Richtlinien sowie der Verwaltungsvollzug sind auf bestehende Benachteiligungen im Hinblick auf die sexuelle Identität zu überprüfen und bei Erfordernis zu verändern. In Berlin wurde 2004 ein Gesetz zur Gleichberechtigung von Menschen unterschiedlicher sexueller Identität in Ausführung des Gebotes in Art. 10 Abs. 2 der Verfassung geschaffen, dass niemand wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden darf, mit diesbezüglichen Vorschriften im Geltungsbereich der öffentlichen Verwaltung und öffentlicher Betriebe sowie diesbezügliche Änderungen des Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetzes, des Landesbeamtengesetzes, des Personalvertretungsgesetzes, des Hochschulgesetzes und des Richtergesetzes einschließt.

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/JahrbuchDownlads.psml> (verfügbar am 11.05.2009)

⁸² Statistisches Jahrbuch Sachsen 2008. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen Kamenz 2008. auch unter: http://www.statistik.sachsen.de/11/02__info.asp (verfügbar am 11.05.2009)

⁸³ Statistisches Bundesamt Wiesbaden(Destatis). unter: Zahl der Woche Nr. 037 vom 16.09.2008 - 68 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in Deutschland, auch unter: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/zdw/2008/PD08__037__p002,templateId=renderPrint.psml (verfügbar am 11.05.2009)

⁸⁴ 1996 machten deutschlandweit nur 38 000 Paare eine entsprechende Angabe; gegebenenfalls ist dieses auch eine Folge der veränderten Antwortbereitschaft der Bevölkerung.

Für Sachsen wurden keine diesbezüglichen Regelungen erlassen.

Im Betriebsverfassungsgesetz⁸⁵ wird die grundlegende Zusammenarbeit von Arbeitgeber und der von den Arbeitnehmern gewählten betrieblichen Interessenvertretung bundesweit in ganz Deutschland geregelt und gilt somit als Bundesgesetz auch in Sachsen. Im § 75 (Grundsätze für die Behandlung der Betriebsangehörigen) wird unter Absatz 1 vorgegeben, dass Arbeitgeber und Betriebsrat darüber zu wachen haben, „dass alle im Betrieb tätigen Personen nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit behandelt werden, insbesondere, dass jede Benachteiligung von Personen [...] wegen ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität unterbleibt.“

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)⁸⁶, mit dem ein in sich stimmiger Schutz vor Diskriminierungen verwirklicht werden soll – umgangssprachlich auch als Antidiskriminierungsgesetz bezeichnet - ist am 18.08.2006 als Bundesgesetz in Deutschland in Kraft getreten und gilt somit auch für Sachsen. Das Gesetz war mit europarechtlichem Hintergrund erforderlich geworden, da vier Gleichbehandlungsrichtlinien der Europäischen Gemeinschaft⁸⁷ aus den Jahren 2002 bis 2004 durch den Mitgliedsstaat Deutschland in nationales Recht umzusetzen waren. Ziel des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ist, Benachteiligungen auch aus Gründen des Geschlechts oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen (§ 1 AGG) im Anwendungsbereich für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, einschließlich Auszubildende und Stellenbewerbungen in der Privatwirtschaft (§§ 6-18) sowie für Beamte, Richter und Beschäftigte des Bundes und der Länder im Dienstrecht (§ 24 AGG) und in bestimmten Bereichen des privaten Vertragsrechts (§§ 19-21), wie die Unzulässigkeit einer Benachteiligung bei der Begründung, Durchführung und Beendigung zivilrechtlicher Schuldverhältnisse; beim Bundesministerium für

⁸⁵ Betriebsverfassungsgesetz – BetrVG vom 11.10.1952 (BGBl. I), letzte Neufassung vom 15.01.1972 (BGBl. I S. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.08.2008 (BGBl. I 1666, 1668)

⁸⁶ „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“ vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1897), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160, 267)

⁸⁷ Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (ABl. EG Nr. L 180 S. 22) – sogenannte Antirassismus-Richtlinie –

Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27.11.2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (ABl. EG Nr. L 303 S. 16) – sogenannte Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie Beschäftigung.

Richtlinie 2002/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.09.2002 zur Änderung der Richtlinie 76/207/EWG des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen (ABl. EG Nr. L 269 S. 15) – sogenannte Gender-Richtlinie Zivilrecht.

Richtlinie 2004/113/EG des Rates vom 13.12.2004 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen (ABl. Nr. L 373 vom 21/12/2004 S. 37–43) – sogenannte Gender-Richtlinie Arbeitsrecht.

Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird die Stelle des Bundes zum Schutz vor Benachteiligungen wegen eines in § 1 genannten Grundes (Antidiskriminierungsstelle des Bundes⁸⁸) errichtet (§ 25 AGG).

Die begriffliche Verwendung der in § 1 AGG verbotenen Benachteiligungen im Hinblick auf die personenbezogenen Merkmale „Geschlecht“ und „sexuelle Identität“ sind nicht ganz unproblematisch. Mit dem Merkmal „Geschlecht“ sollte wohl - auch mit Bezug auf die drei Grundaspekte des Geschlechtlichen (biologisches Geschlecht, Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung) - das biologische Geschlecht gemeint sein. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes – EuGH - sind unter Geschlecht bei den sexuellen Minderheiten neben Intersexualität aber auch die Ausprägung der Geschlechtsidentität „Transsexualität“ geschützt (Raasch, 2007, 3f).

Bei dem Begriff des personenbezogenen Merkmals „sexuelle Identität“ ist das AGG nicht der betreffenden „Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie Beschäftigung“ vom 27.11.2000 (2000/78/EG) gefolgt, bei der unter Artikel 1 in der amtlichen deutschen Fassung die sexuelle Ausrichtung (im englischen Text: sexual orientation) geschützt ist. Die Bundesregierung verweist in der Begründung zu § 1 des AGG-Entwurfes (BT-Drs. 16/1780, S. 31)⁸⁹ darauf, dass der Begriff „sexuelle Identität“ bereits der zur Umsetzung der Richtlinie 2000/78/EG in § 75 Betriebsverfassungsgesetz erfolgten Wortwahl entspricht.

Erfasst werden unter dem Begriff „sexuelle Identität“ homosexuelle Männer und Frauen ebenso wie bisexuelle (also sexuelle Orientierungen im Sinne der drei Grundaspekte des Geschlechtlichen), transsexuelle (also Geschlechtsidentität im Sinne der drei Grundaspekte des Geschlechtlichen) oder zwischengeschlechtliche Menschen (also das biologische Geschlecht im Sinne der drei Grundaspekte des Geschlechtlichen). Der Begriff „sexuelle Identität“ im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes stellt somit einen integrierenden Ausdruck für das dar, was unter den drei Grundaspekten des Geschlechtlichen subsumiert wird und darf nicht auf die Geschlechtsidentität (Geschlechtsrolle) im Sinne eines der drei Grundaspekte des Geschlechtlichen reduziert werden; ein separater Begriff „Geschlecht“ im Sinne nur des biologischen Geschlechts wäre damit nicht mehr zwingend auszuweisen.

⁸⁸ Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Leiterin: Dr. Martina Köppen)

Hausanschrift: Alexanderstraße 1 in 10178 Berlin,

Postadresse: 11018 Berlin, Telefon: 03018 - 555-18 65, E-Mail: poststelle@ads.bund.de

<http://www.antidiskriminierungsstelle.de/>

⁸⁹ Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung europäischer Richtlinien zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung (Gesetzesentwurf der Bundesregierung, BT-Drs. 16/1780 vom 08.06.2006)

Insoweit befindet sich die Begriffserläuterung im AGG-Wegweiser⁹⁰ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, sexuelle Identität beziehe sich (nur) auf die sexuelle Beziehung einer Person zu einer anderen (also nur die sexuellen Orientierungen im Sinne der drei Grundaspekte des Geschlechtlichen - Lesben, Schwule, Hetero- und Bisexuelle) nicht in Übereinstimmung mit der diesbezüglichen Erläuterung dieses Begriffes aus der Begründung der Bundesregierung zum AGG-Gesetzesentwurf - sie greift in ihrer Betrachtung nur eines der Grundaspekte des Geschlechtlichen zu kurz.

Vor diesem Hintergrund tragen die unterschiedlich verwendeten Begrifflichkeiten für Teile oder aber auch für die Gesamtheit der Grundaspekte des Geschlechtlichen (biologisches Geschlecht, Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung) nicht nur in der Reflexion Betroffener eher zu Unverständnis (Wirrwarr) als zu Aufgeschlossenheit bei.

4. Gesellschaftliche Reflexionen bei der Gleichbehandlung sexueller Minderheiten in Sachsen

Im Mittelpunkt der Betrachtung wird der Freistaat Sachsen gegenüber den anderen Bundesländern eingeordnet, die Sicht der Staatsregierung zu homosexuell orientierten Menschen aufgrund parlamentarischer Anfragen im Sächsischen Landtag erläutert, die Studie der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit speziell für Sachsen in ihrer Auswertung vorgestellt, Ansprechpartnerschaften bei Behörden und von Interessenvertretungen recherchiert und die spezifische Situation in der Landeshauptstadt Dresden hinterfragt.

4.1 Aspekte zur Einordnung Sachsens gegenüber den anderen Bundesländern

Der Freistaat Sachsen „als Land in der Mitte Europas“ (Koalitionsvertrag, 2004, 8), 1990 neu gegründet, liegt mit seiner Landeshauptstadt Dresden (LHD) im Südosten der Bundesrepublik Deutschland. Sachsen hat sich in den vergangenen Jahren erfolgreich auf den Weg zu einem modernen und attraktiven Land gemacht. Sachsen wird weiterhin den Anspruch stellen, eine Vorreiterrolle bei der Modernisierung in Deutschland zu spielen und sich dabei an den Besten in Europa orientieren. Die Koalition aus CDU und SPD wird in gemeinsamer kollegialer Anstrengung Sachsens Weg als lebenswertes, weltoffenes und wirtschaftlich florierendes Land zielstrebig befördern (Präambel, Koalitionsvertrag, 2004). Die Sächsische Staatsregierung wird von einem Ministerpräsidenten, der vom Landtag gewählt wird, geführt. Die CDU ist in Sachsen seit der Wiedervereinigung die mit Abstand stärkste Partei und stellt seitdem den Ministerpräsidenten (Biedenkopf, Milbradt, Tillich). Seit dem 10. November 2004 regiert eine Koalition aus CDU und SPD. Der Säch-

⁹⁰ AGG-Wegweiser der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, S. 20 unter: <http://www.antidiskriminierungsstelle.de/bmfsfj/generator/ADS/root,did=119874.html> (verfügbar am 05.06.2009)

sische Landtag besteht in der 4. Wahlperiode (2004 - 2009) aus 124 Abgeordneten. Diese teilen sich wie folgt auf: CDU 55 Sitze, Die Linke 31 Sitze, SPD 13 Sitze, NPD zwölf Sitze (davon jetzt vier Fraktionslose), FDP sieben Sitze und Bündnis 90/Die Grünen sechs Sitze. (www.Landtag.Sachsen, 2009). In Sachsen leben 4.192.700 Einwohner/ -innen, von denen 48,8 Prozent männlich und 52,2 Prozent⁹¹ weiblich sind. Zu den mit Abstand größten Städten zählen Leipzig, Dresden und Chemnitz. In Sachsens größter Stadt Leipzig mit 513.082 Einwohnern gefolgt von Dresden mit 507.513 und Chemnitz mit 241.344 Einwohnern (SLFS, 2009) lassen sich die Ballungsgebiete der Gay-Community vermuten. Die Bevölkerungszahl entwickelt sich durch Abwanderung und Sterbeüberschuss aufgrund geringer Geburtenraten rückläufig. Ende 2007 hatte Sachsen 29.574 Einwohner weniger als 2006. Die Bevölkerung in Leipzig und Dresden dagegen erlebt seit 2000 einen vergleichsweise starken Zuwachs, der mit einem weiteren Wachstum bis 2020 prognostiziert wird. Sachsen steht mit seiner Bevölkerung an sechster und mit seinem Brutto-sozialeinkommen an neunter Stelle der 16 Bundesländer. In der durchschnittlichen Arbeitslosenquote mit 14,7 Prozent (de.statista.com, 2009) belegt Sachsen den fünften Platz nach Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Unter den neuen Ländern, die sich insgesamt durch eine niedrigere Geburtenhäufigkeit als die westlichen Flächenländer, wie Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, mit relativ hohem Geburtenniveau (1,37 Kinder je Frau in 2005, Statistische Ämter des Bundes, 2007) auszeichnen, ist aktuell Sachsen (1,34) das geburtenfreudigste Land. Relativ kinderarm sind dagegen die Stadtstaaten und das Saarland. Besonders niedrig ist die Geburtenhäufigkeit in Berlin: Im Jahr 2005 wurden dort durchschnittlich 1,18 Kinder je Frau geboren. Die Lebendgeborenen für Sachsen fallen von 32.600 (2005) in der Prognose auf 26 400 (2020) (vgl. Statistische Ämter des Bundes, 2007). Die sächsische Landeshauptstadt gehört in den letzten Jahren zu den Städten entgegen dem bundesdeutschen Trend mit dem durchschnittlich höchsten Bevölkerungswachstum der Bundesrepublik.

Sachsen verfügt über eine dreigliedrige Verwaltungsstruktur und ist eingeteilt in eine Oberste, eine Obere und eine Untere Behörde. Nach der kommunalen Gebietsreform zum 1. August 2008 wurde Sachsen erneut in drei große Direktionsbezirke, der Landesdirektion (LD) Leipzig, der Landesdirektion Dresden und der Landesdirektion Chemnitz (zuvor Regierungspräsidien) gegliedert, deren Sitz jeweils in der namentlich benannten Kreisfreien Stadt ist. Zur LD Leipzig gehören zwei Landkreise, vier zur LD Dresden und vier zur LD Chemnitz. Der Sitz der Landratsämter in den jeweiligen Kreisen ist in der Karte der

⁹¹ 31. Dezember 2008, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Sachsen in Zahlen 2009

Verwaltungsgliederung (Abbildung 2) ausgewiesen. Ab 01.01.2009 existieren in Sachsen 50 Große Kreisstädte⁹².

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen gehen davon aus, dass ca. fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung (LH München, 2004) „ausschließlich oder überwiegend homosexuell orientiert sind“ (ebd.). Vor dem Hintergrund dieser Annahme würde das für Sachsen bei zehn Prozent einen Bevölkerungsanteil von 419.270 und bei fünf Prozent einen Bevölkerungsanteil von 209.635 ausmachen. Mit zuletzt genanntem Wert wäre das etwa vergleichbar mit der Bevölkerung der Stadt Chemnitz.

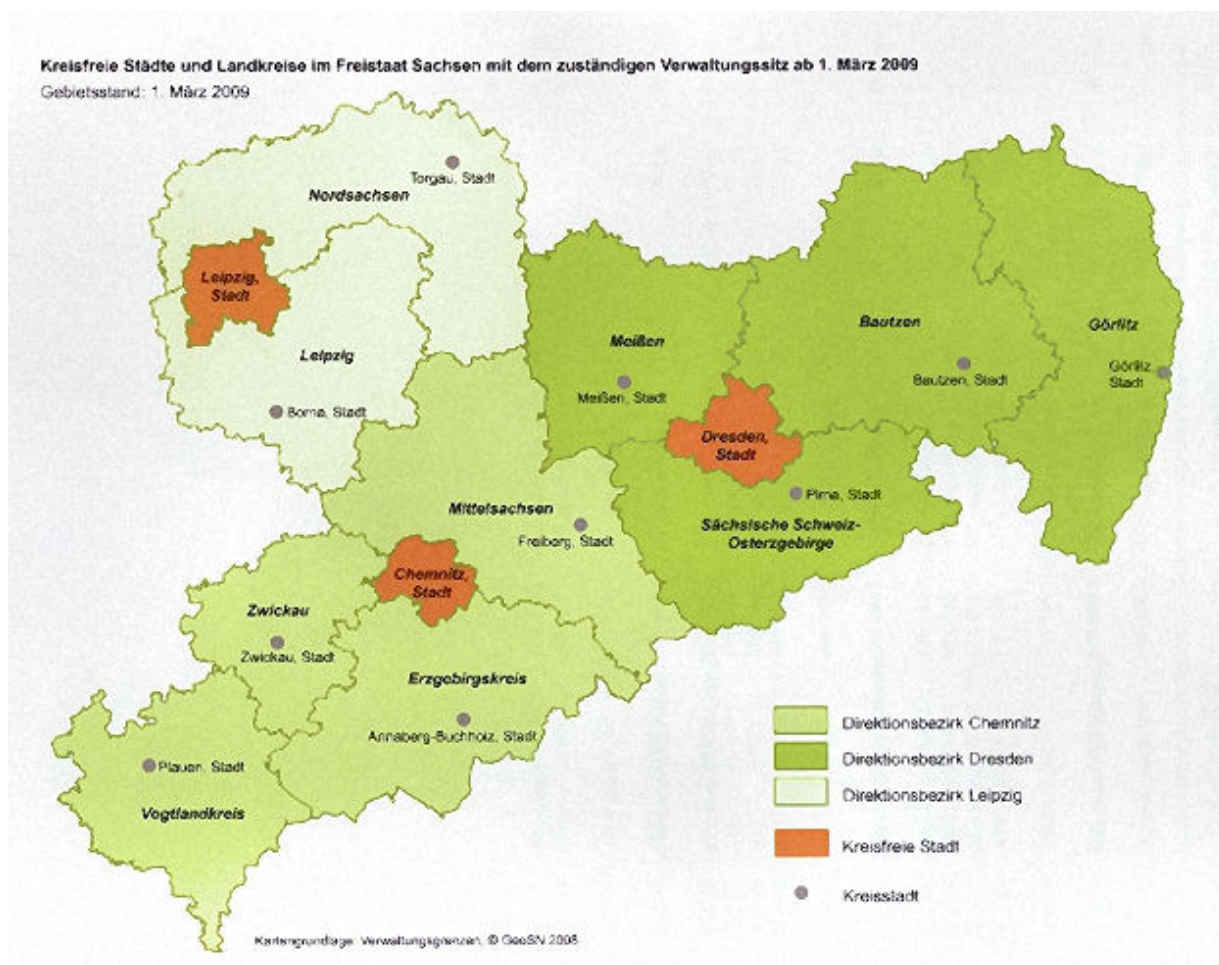


Abb. 2 Verwaltungsgliederung Sachsen, Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2009

⁹² Große Kreisstadt: Gemäß § 3 Abs. 2 Sächsische Gemeindeordnung - SächsGemO - in der Fassung der Neubekanntmachung v. 14.06.1999 (SächsGVBl. S. 345), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.01.2008 (SächsGVBl. S. 138), können Gemeinden mit mehr als 17 500 Einwohnern auf Antrag von der Staatsregierung zur Großen Kreisstädten erklärt werden. Gemeinden, die durch das Kreisgebietsreformgesetz ihre Eigenschaft als Kreissitz verloren haben, konnten auf ihren Antrag nach SächsKrGebRefG § 15 Abs. 4 zu Großen Kreisstädten erklärt werden. Die Städte Görlitz, Hoyerswerda, Plauen und Zwickau und die Städte, die als Folge der Neugliederung des Gebietes des Freistaates Sachsen den Sitz des Landratsamtes verlieren und nicht bereits Große Kreisstädte sind, sind mit Wirkung vom 1. August 2008 Große Kreisstädte.

4.2 Zur Situation sexueller Minderheiten in Sachsen aus Sicht der Staatsregierung

In den Regierungserklärungen der Ministerpräsidenten und auch der Fachminister stellt die Lebenssituation von homosexuell orientierten Menschen und anderer sexueller Minderheiten in Sachsen bisher keine thematisierende Rolle dar. Kleine bzw. Große Anfragen⁹³ an die Staatsregierung im parlamentarischen Raum verlangen von der Staatsregierung Positionierungen im betreffenden Fragensachverhalt. Insbesondere von Fraktionen aus der Opposition wurden bisher zahlreiche Fragestellungen an die Staatsregierung gerichtet, jedoch mit abnehmender Tendenz innerhalb der bisherigen vier Legislaturperioden.⁹⁴

Zur Situation von Homosexuellen führt die Staatsregierung 1995⁹⁵ aus, dass die Menschenrechte von Homosexuellen im Freistaat Sachsen im selben Umfang geschützt sind, wie die Menschenrechte eines jeden Menschen und durch die Staatsregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beabsichtigt ist, einen Bericht über die Lebenssituation Homosexueller im Freistaat Sachsen vorzulegen. Die gegen Homosexuelle gerichteten Straftaten werden jedoch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgt.

Im Zusammenhang mit der Polizeilichen Kriminalstatistik war in Sachsen ab dem Jahr 2000 vorgesehen⁹⁶, „mit Einführung des bundesweiten polizeilichen Informationssystem INPOL-Neu ein Datenfeld für besonders gefährdete Opfergruppen einzurichten. Dazu zählen unter anderem auch homosexuelle Personen, die besonders gefährdet sind, Opfer einer Straftat, insbesondere einer Gewalttat, einer Erpressung u. ä. zu werden. Eine Aufnahme in die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) ist derzeit nicht geplant. Ungeachtet dessen werden im Freistaat Sachsen seit 1997 in Abstimmung mit dem Sächsischen Datenschutzbeauftragten Straftaten gegen homosexuelle Personen unter bestimmten Einschränkungen registriert. Grundsätzliche Voraussetzung ist, dass die Tathandlung des Täters in direktem Zusammenhang mit der Opfereigenschaft „homosexuell“ steht. Delikte

⁹³ Kleine Anfrage: Das Recht von Abgeordneten einer Fraktion, schriftlich von der Regierung Auskunft über bestimmte Sachverhalte zu verlangen, die ohne Beratung im Landtag nur schriftlich beantwortet werden. Große Anfrage: Das Recht von Abgeordneten einer Fraktion, Auskunft und Rechenschaft von der Regierung zu politischen Fragen und Sachverhalten zu verlangen. Nach schriftlicher Beantwortung erfolgt eine Debatte im Plenum des Landtages. (www.landtag.sachsen.de/de/service/.../1399.aspx)

⁹⁴ Die Landtagswahl zur 5. Legislaturperiode in Sachsen findet am 30. August 2009 statt.

⁹⁵ Antwort namens und im Auftrag der Staatsregierung durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie vom 01.02.1995 auf die Kleine Anfrage [...] der PDS-Fraktion – Situation von Homosexuellen (Drs. 2/354)

⁹⁶ Antwort namens und im Auftrag der Staatsregierung durch das Sächsische Staatsministerium des Innern vom 05.05.1999 auf die Kleine Anfrage [...] der PDS-Fraktion – Gewalt gegen Lesben und Schwule (Drs. 2/11439); vorangehend: Antwort namens und im Auftrag der Staatsregierung durch das Sächsische Staatsministerium des Innern vom 03.11.1998 auf die Kleine Anfrage [...] der PDS-Fraktion – Gewalt gegen Lesben und Schwule (Drs. 2/9832)

mit nur mittelbarem Bezug zu diesen Opfereigenschaften fallen nicht darunter. Darüber hinaus muss das Opfer mit der Speicherung seiner Personendaten einverstanden sein.“

„Die Durchführung der Straftaten erfolgte fast ausschließlich gezielt, weil den Tätern die sexuelle Neigungen der Opfer bekannt waren.“⁹⁷ „In der polizeilichen Datenerhebung ist eine Differenzierung zwischen „Schwulen“ und „Lesben“ nicht vorgesehen [...].“⁹⁸

In dem den Landtag 1995 vorgelegten 3. Tätigkeitsbericht des Sächsischen Datenschutzbeauftragten zum Schutz des Persönlichkeitsrechts im öffentlichen Bereich⁹⁹ musste noch das Staatsministerium des Innern aufgefordert werden, die Möglichkeit einer Recherche nach Homosexuellen technisch auszuschließen, da sie zur Aufgabenerfüllung der Polizei nicht erforderlich ist.

Die Kritik im Zusammenhang mit der Datenerhebung auch in anderen Bundesländern richtete sich vor allem gegen die Möglichkeit, Listen von homosexuell orientierten Menschen, sogenannte „Rosa Listen“ erstellen zu können¹⁰⁰ und führte auch zu einer Auseinandersetzung in der Regierungskoalition, da die Zahl der erfassten Homosexuellen deutlich über den bislang zugegebenen Fällen lag.¹⁰¹ Im Rahmen dieser Diskussion auch in der Öffentlichkeit erfolgte zur Speicherung des Merkmals „homosexuell“ durch den Sächsischen Datenschutzbeauftragten 2005 eine nochmalige Klarstellung per Presseerklärung dahin gehend, dass Recherchen allein nach der sexuellen Ausrichtung oder gar das Anlegen von Listen Homosexueller ohne einen konkreten Strafverfolgungshintergrund unzulässig sind.¹⁰²

⁹⁷ Antwort namens und im Auftrag der Staatsregierung durch das Sächsische Staatsministerium des Innern vom 05.10.1995 auf die Nachfrage [...] der CDU-Fraktion (Drs. 2/1654) zur Antwort des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie zur Problematik „Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben in der EG“ (Drs. 2/1431).

⁹⁸ Antwort namens und im Auftrag der Staatsregierung durch das Sächsische Staatsministerium des Innern vom 19.03.2002 auf die Kleine Anfrage [...] der PDS-Fraktion – Aufklärungsmaterial zum Thema Homosexualität (Drs. 3/5893)

⁹⁹ Drs. 2/930, vorgelegt zum 31.03.1995; Punkt 5.9.4 Speicherung des Merkmals „homosexuell“ bei der Datenerfassung durch Polizeibehörden (S. 107); abrufbar auch unter: <http://www.datenschutz.sachsen.de/Veröffentlichungen>, Zum gleichen Sachverhalt im 4. Tätigkeitsbericht zum 31.03.1996, Punkt 5.9.5 Speicherung des Merkmals „homosexuell“ bei der Datenerfassung durch Polizeibehörden - (S. 95: ... jedenfalls muss verhindert werden, dass die Polizei Listen sämtlicher gespeicherter Homosexueller erstellen und zu unterschiedlichen Zwecken auswerten kann. Oder: Ich hoffe nicht, dass „technischer Aufwand“ als Vorwand angeführt wird, um grundrechtsschützende Verwaltungsmaßnahmen zu unterlassen.) - die Antwort namens und im Auftrag der Staatsregierung durch das Sächsische Staatsministerium des Innern vom 22.10.1996 auf die Kleine Anfrage [...] der PDS-Fraktion (SLT, Drs. 2/3965)

¹⁰⁰ Zum Beispiel der Aufruf des Bundesverbandes der Grünen Jugend zur Abschaffung von „Rosa Listen“ durch die Polizei mit der entsprechenden Presseerklärung vom 27.07.2005: Keine Beschattung von Schwulen und Lesben! (<https://www.gruene-jugend.de/aktuelles/80827.html>)

¹⁰¹ Sächsische Zeitung – online am 12.08.2005: SPD und CDU streiten über „Rosa Listen“ (<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=924335>)

¹⁰² Presseerklärung des Sächsischen Datenschutzbeauftragten vom 19.08.2005 (Az: 4-1150.3): Zur Speicherung des Datums „homosexuell“ durch die sächsische Polizei (www.datenschutz.sachsen.de/Veröffentlichungen)

Die Staatsregierung unterstreicht aktuell in ihrer Stellungnahme vom 05.06.2009 zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für einen Beschluss des Landtages¹⁰³, dass in Sachsen Homosexualität im Polizeilichen Auskunftssystem (PASS) hinsichtlich einer personenspezifischen Speicherung nicht erfolgt, eine generelle Erfassung der sexuellen Orientierung von Tätern oder Opfern ohne Bezug zu einem konkreten Vorgang nicht stattfindet und die sächsischen Staatsanwaltschaften „homophobe Hassgewalttaten“ ebenso konsequent und systematisch und ohne Ansehen der beteiligten Personen oder ihrer sexuellen Gesinnung wie alle anderen Gewalttaten verfolgen, wobei die sexuelle Orientierung der Opfer zu präventiven Zwecken mangels Ermächtigungsgrundlage nicht erfasst wird. Ferner wird in der Stellungnahme der Staatsregierung ausgeführt, dass das Sächsische Staatsministerium der Justiz seit 1996 kontinuierlich den Aufbau und Erhalt von Opferberatungsstellen in Sachsen fördert.¹⁰⁴ Mit seiner Unterstützung ist es dem Verein Opferhilfe Sachsen e. V. gelungen, Beratungsstellen in Bautzen, Chemnitz, Dresden, Görlitz, Leipzig, Plauen, Torgau und Zwickau einzurichten. Diese Beratungsstellen stehen allen Ratsuchenden, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung – also auch homosexuell orientierten Menschen - und der Art des Deliktes, zur Seite. Auch Zeugenbegleitung wird durch diesen Verein geleistet. In den Beratungsstellen des Opferhilfe Sachsen e. V. melden sich auch regelmäßig Schwule und Lesben, die Opfer von Diskriminierung und Gewalt geworden sind. Zum Teil wollen oder können diese Ratsuchenden vorhandene Angebote mit speziell auf Schwule oder Lesben ausgerichteten Hilfen nicht nutzen, da sie sich davor scheuen, sich offen zu ihrer sexuellen Orientierung zu bekennen. Bisweilen suchen diese Opfer eine anonyme Beratung beim Opferhilfe Sachsen e. V. auf, zum Teil schildern die Opfer die an ihnen begangenen Gewalttaten nicht als homophoben Übergriff.

Bezüglich der Lebenssituation lesbischer, schwuler und bisexueller Jugendlichen stellt die Staatsregierung fest¹⁰⁵, dass die Manifestation und soziale Verankerung von Homosexualität als eine Form von Sexualität - das sogenannte „Coming-out“ - junge Menschen oft vor besondere Probleme stellt, zumal diese Phase meist mit der ohnehin schwierigen Zeit der Pubertät zusammenfällt. Grund für diese Probleme ist jedoch nicht die Tatsache der Ho-

¹⁰³ Stellungnahme namens und im Auftrag der Staatsregierung durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales vom 05.06.2009 zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für einen Beschluss des Landtages – Sachsen gegen Gewalt und Diskriminierung von Schwulen und Lesben: Für Selbstbestimmung und Anerkennung sexueller Vielfalt (SLT, Drs. 4/15511)

¹⁰⁴ Im Jahre 2009 wird der Verein Opferhilfe Sachsen e. V. mit 220.000 Euro durch die Justiz finanziell gefördert. Der Verein ist damit der Zuwendungsempfänger mit der mit Abstand höchsten Zuweisung von Fördermitteln durch die Justiz.

¹⁰⁵ Stellungnahme namens und im Auftrag der Staatsregierung durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales vom 09.10.2001 zum Antrag der Fraktion PDS für einen Beschluss des Landtages – Studie zur Lebenssituation lesbischer, schwuler und bisexueller Jugendlichen in Sachsen (SLT, Drs. 3/4924)

mosexualität selbst, sondern vielmehr die oftmals ablehnende oder Unverständnis signalisierende Reaktion aus dem gesellschaftlichen Umfeld hierauf.

Mit unmittelbarem Verweis auf die Antwort auf eine Große Anfrage von 1996¹⁰⁶ stellt die Staatsregierung fest, dass die Situation homosexueller Bürgerinnen und Bürger in der Öffentlichkeit häufig verzerrt dargestellt und wahrgenommen wird, da einseitig eine homosexuelle Subkultur in ihrer Andersartigkeit hervorgehoben wird, andere Aspekte jedoch, wie länger dauernde Partnerschaften und die selbstverständliche Einbindung homosexuell orientierter Menschen in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wenig Beachtung finden. Nach wie vor wird Homosexualität tabuisiert und nicht von wenigen diffamiert. Der Anteil homosexueller Menschen an der Erwachsenenbevölkerung wird zwischen drei und zehn Prozent geschätzt, wobei davon ausgegangen wird, dass mehr Männer als Frauen gleichgeschlechtlich orientiert sind. Die wesentlichen Ursachen unterschiedlicher Akzeptanz der homosexuellen Lebensweise sind nach Auffassung der Staatsregierung insbesondere in der kulturgeschichtlichen Entwicklung zu suchen. Dabei ist generell keine einheitliche Haltung und Reaktion der „gegenwärtigen Gesellschaft“ zum Thema Sexualität zu beobachten. Gerade in Bezug auf Sexualität, sexuelle Selbstbestimmung und damit verbundenen Lebensweisen haben sich in jüngerer Zeit erhebliche Veränderungen im Bewusstsein vieler Menschen vollzogen, die sich für den Abbau von Vorurteilen positiv auswirken. Der Staatsregierung sind keine Benachteiligungen Homosexueller bekannt, die Gleichheit im Hinblick auf die sexuelle Orientierung vor dem Gesetz ist verfassungsmäßig garantiert. Daher hält die Staatsregierung grundsätzlich keine Gesetzesinitiativen für erforderlich bzw. es besteht grundsätzlich kein Handlungsbedarf zur Änderung geltender rechtlicher Bestimmungen.

Zum Thema Homosexualität hat die Staatsregierung kein Aufklärungsmaterial veröffentlicht.¹⁰⁷

4.3 Auswertung der Studie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) für Sachsen

„Deutsche Zustände“ werden am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld¹⁰⁸ innerhalb des Projektes „Gruppenbezogene

¹⁰⁶ Antwort namens und im Auftrag der Staatsregierung durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie vom 24.04.1996 auf die Große Anfrage der PDS-Fraktion – Zur gesellschaftlichen Situation von homosexuellen Bürgerinnen und Bürgern im Freistaat Sachsen zum Thema Homosexualität (SLT, Drs. 2/2760)

¹⁰⁷ Antwort namens und im Auftrag der Staatsregierung durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie vom 19.03.2002 auf die Kleine Anfrage [...] der PDS-Fraktion – Aufklärungsmaterial zum Thema Homosexualität (SLT, Drs. 3/5893)

¹⁰⁸ Finanzierung des Projektes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland“ erfolgt von einem Stiftungskonsortium der Volkswagen-, Möllgaard- und Freudenberg-Stiftung, in Koope-

Menschenfeindlichkeit“ in einer Langzeitstudie zu Erfahrungen sowie Einstellungen der Bevölkerung jährlich seit 2002 bis 2012¹⁰⁹ in „ost- und westdeutschen Gemeinden, Kleinstädten und Stadtteilen“ (Heitmeyer, 2009, 9) untersucht. Im Fokus des Interesses steht eine Menschenfeindlichkeit, „die sich nicht auf Feindschaftsverhältnisse zu einzelnen Personen bezieht, sondern auf ganze Gruppen, die Ziel von Feindseligkeiten sind“ (Stichs, 2006, 4). Unter Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) ist demzufolge zu verstehen, dass Personen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig „abweichend von einer wie auch immer definierten Normalität gekennzeichnet“ (Stichs, 2006, 4) und damit Feindseligkeiten ausgesetzt sind. Diese Feindseligkeiten wirken sich in Abwertung und Ausgrenzung aus und münden in passiver oder aktiver Diskriminierung, schlimmstenfalls führen sie zu Verfolgung und Gewalt. Das Phänomen der GMF in seiner Spannbreite ergibt sich daraus, dass Menschen mit ganz unterschiedlichen Merkmalen als abweichend von der Mehrheitsgesellschaft bestimmt werden. Dies kann ihre Herkunft, ihre Hautfarbe, ihr Geschlecht, ihre körperliche oder seelische Beschaffenheit, ihre sexuelle Orientierung oder auch ihre Verhaltensweise oder Lebensstil sein. Die Definition der Norm wird von der Mehrheit und eine Abweichung nicht selten mit verbundener Abwertung und Ausgrenzung bestimmt. Das Syndrom der GMF beruht auf neun Elementen, den Symptomen. Es wird davon ausgegangen, dass die einzelnen Elemente miteinander, jedoch unterschiedlich eng, verknüpft sind und „aus einem gemeinsamen Kern einer Ideologie der Ungleichwertigkeit gespeist werden“ (Stichs, 2006, 5).

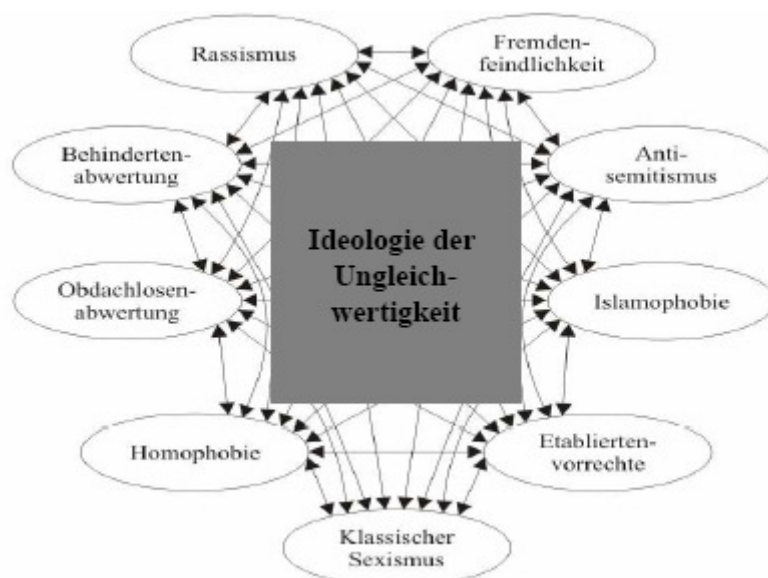


Abb. 3 Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit
Quelle: IKG, Stichs, 2006

ration mit Suhrkamp-Verlag und der Wochenzeitung DIE ZEIT, gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit einem Graduiertenkolleg mit ca. 20 Stipendiaten/-innen sowie einer Kooperation mit den Universitäten Marburg, Gießen und Göttingen

¹⁰⁹ IKG Universität Bielefeld unter Leitung von Prof. Wilhelm Heitmeyer

Grundlage dieser repräsentativen Stichprobe der deutschen Bevölkerung ist eine telefonisch durchgeführte standardisierte Befragung durch die NFO Infratest¹¹⁰.

Eine Expertise zum GMF-Survey wurde eigens für den Zeitraum 2002 bis 2005 für Sachsen im Rahmen der Evaluation des Programms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ zusammenfassend formuliert und deren Ergebnisse am 24.06.2006 in der Staatskanzlei vorgestellt¹¹¹. Im Rahmen der Studie wurden 1.068 Personen ohne Migrationshintergrund mit einem Altersdurchschnitt von 48,5 Jahren befragt. Die Expertise stellt mit ihren Ergebnissen für Sachsen in fast allen Bereichen im Vergleich zu denen der alten oder auch der neuen Bundesländer keine bedeutsamen Differenzierungen fest, außer bei dem Symptom der Homophobie¹¹², obwohl bei der Abwertung von Homosexuellen tendenziell im „gesamtdeutschen“ (Heitmeyer, 2009, 39) Verlauf diese erfreulicherweise auf das Niveau von 2005 zurückgegangen ist. Die signifikanten Unterschiede bei der Einstellung der Sachsen zu Homosexuellen liegen mit knapp einem Drittel höher gegenüber den alten und ebenso neuen Bundesländern. „Die Sachsen erweisen sich hierbei“ mit 30 Prozent „als besonders homophob“ (Stichs, 2006, 19). Bei dem Symptom Homophobie sind unterschiedliche Wertorientierungen zwischen Jüngeren und Älteren besonders ausgeprägt, d. h. junge Sachsen weisen geringere durchschnittliche Zustimmungswerte gegenüber der älteren Altersgruppe auf. Auffällig benannt ist, dass junge Sachsen eher aufgeschlossen gegenüber Homosexualität sind als ihre Altersgenossen in den neuen und alten Bundesländern, hingegen die Altersgruppe ab 35 durchgängig ablehnender als die sonstigen Deutschen sind. Die Einstellungen der jungen und alten Sachsen liegen bei der Homosexualität am Weitesten auseinander. Nach dem Geschlecht geurteilt sind Männer homophober in ihren Aussagen als Frauen. Schulbildung bewirkt einen erheblichen Einfluss bei der Befragung. Mit zunehmendem Bildungsniveau sinken die durchschnittlichen Zustimmungswerte. Nichterwerbstätige in Sachsen, ebenso wie in den alten und neuen Bundesländern, haben deutlich mehr Vorurteile gegenüber Minderheiten als Erwerbstätige. Angehörige der beiden großen christlichen Konfessionen erweisen sich in Sachsen sowie „über ganz Deutschland hinweg im Vergleich zu Konfessionslosen insgesamt als feindseliger“ (Stichs 2006, 32) und unterscheiden sich in Sachsen deutlich. Im Vergleich zu den Konfessionslosen erreichen Angehörige einer christlichen Religionsgemeinschaft höhere Zustimmungswerte und sind eher bereit Aussagen der Symptome des GMF zuzustimmen, so auch beim Merkmal Homophobie. Die Toleranz der befragten Sachsen in Abhängigkeit der Stadt- und Gemeindegröße unterscheidet sich ebenfalls deutlich. So

¹¹⁰ NFO INFRATEST GMBH & CO. KG, Marktforschung

¹¹¹ Komplette nachzulesen unter: <http://www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/Heitmeyer.pdf>

¹¹² „bezeichnet feindselige Einstellungen gegenüber Homosexuellen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung hin zu einem gleichgeschlechtlichen Partner bzw. Partnerin“ (Stichs, 2006, 5); gefragt wurde nach den Indikatoren: „Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen“ und „Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein“

sind in ländlichen Regionen die Bewohner weniger homophob eingestellt als jene mittlerer Städte. Großstädter dagegen sind „toleranter als die restlichen Sachsen“ (ebd. 35).

In Auswertung der vorgelegten Studie hat die Linksfraktion.PDS einen Beschlussantrag für den Sächsischen Landtag zum Thema „Konsequenzen der Staatsregierung aus der Studie GMF in Sachsen“ vom 11.05.2006 (LTS, Drs. 4/5262) eingebracht. Für die Behandlung in den Ausschüssen Soziales, Gesundheit, Familie, Frauen und Jugend sowie Inneres (federführend), die in nichtöffentlicher Sitzung durchgeführt wurden, wird in der Stellungnahme der Sächsischen Staatskanzlei vom 06.06.2006 (SK Ö-0141.51/273) dazu ausgeführt: Es „besteht kein Zweifel an der wissenschaftlich fundierten Basis und der Relevanz der Studie“ (ebd.). Für die deutlichen Unterschiede bei der negativen Einstellung der Sachsen zu Homosexualität „fehlen derzeit Erklärungsmuster“ (ebd.). Bei den zu ziehenden Schlussfolgerungen aus der Studie wird vom Ziel der Staatsregierung ausgegangen, über die Vermittlung von Werten, wie Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit eine Langfristigkeit von Einstellungen zu erreichen. Die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD „sieht die Bildung eines Landespräventionsrates¹¹³ vor. Dessen Aufgabe soll die Koordination und Vernetzung der vielfältigen“, jedoch weitgehend „unabgestimmt handelnden Präventionsinitiativen und Projekte sein, um insgesamt einen verbesserten Wirkungsgrad zu erreichen“. Im Innenressort, das an einem entsprechenden Konzept arbeitet, wurde ein „Mobiles Referententeam“ gebildet, das mit Unterstützung weiterer Partner auf die besondere Situation im Freistaat Sachsen reagieren soll. Es bleibt nun abzuwarten, wie die vorgesehenen Maßnahmen sich in den Ergebnissen der nächsten GMF-Studie auswirken werden.

4.4 Ansprechpartnerschaften für sexuelle Minderheiten in Sachsen

In den folgenden Unterkapiteln werden wichtige Ansprechpartnerschaften im Freistaat Sachsen in Behörden, Interessenvertretungen Betroffener recherchiert und auf die spezifische Situation in der Landeshauptstadt Dresden eingegangen.

4.4.1 Staatliche Ansprechpartnerschaften

Mit dem Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) am 18. August 2006 wurde die deutschlandweit agierende Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) errichtet. Sie arbeitet unabhängig und hat ihren Sitz in Berlin. Der Leiterin, Dr. Martina Köppen, steht ein Team mit etwa 20 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zur Seite, die für

¹¹³ Mit Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums vom 27.06.2008 wurde der Sächsische Landespräventionsrat gebildet. „Der Landespräventionsrat wird eine wirksame Koordinierungsstelle für präventive Arbeit im Freistaat Sachsen im Kontext von Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit werden. ...Zur Unterstützung des Landespräventionsrates wird eine ständige Geschäftsstelle unter Leitung eines Geschäftsführers eingerichtet.“
<http://www.polizei.sachsen.de/zentral/4114.htm>

eine merkmalsunabhängige übergreifende Strategie zum Schutz vor Benachteiligung eintritt und einen Schutz vor Mehrfachdiskriminierungen erreichen will. Hier kann jede Person ihre Diskriminierung formulieren und Beratung erhalten unter:

<http://www.antidiskriminierungsstelle.de/bmfsfj/generator/ADS/Service/Kontakt/formular-beratung.html>

Staatliche Ansprechpartnerschaften für homosexuell orientierte Menschen in Sachsen sind kaum durch eine Recherche über das Internet zu erfahren. Damit erhob sich die Frage, inwieweit die öffentliche Verwaltung, die nach dem Koalitionsvertrag (2004) erwartungsgemäß als modern, leistungsfähig und bürgernah bezeichnet wird, homosexuell orientierte Menschen¹¹⁴ in den neuen Verwaltungsstrukturen des Freistaates Sachsen wahrnimmt und wer dabei ihre Ansprechpersonen sein könnten? Um Antworten auf diese Fragestellungen durch einen repräsentativen Ausschnitt zu stützen, wurde eine E-Mail Abfrage an ausgewählte sächsische Behörden innerhalb der neuen Verwaltungsstrukturen durchgeführt. Die Abfrage enthielt, um den zeitlichen Umfang zu limitieren und eine möglichst hohe Antwortquote zu ermöglichen, vier kurze Fragen¹¹⁵ zur Ansprechpartnerschaft und ihrer strukturellen Zuordnung in der Behörde bezüglich der Belange Homosexueller einschließlich der Kenntnis über das Wirken von Interessenvertretungen.

Gleichlautende Abfragen wurden an die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der drei kreisfreien Städte Leipzig, Dresden, Chemnitz und der 50 Großen Kreisstädte sowie an die Landräte der zehn Landratsämter und an das Sächsische Staatsministerium für Soziales, mit der Bitte um Beantwortung per E-Mail wie folgt versandt:

Landratsämter: (keine Landrätin vorhanden) Bautzen, Görlitz, Erzgebirgskreis, Vogtlandkreis, Meißen, Nordsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Vogtlandkreis, Zwickau, Mittelsachsen, (Anlage 3, einschließlich kreisfreie Städte).

Großen Kreisstädte: Annaberg-Buchholz, Aue, Auerbach, Bautzen, Bischofswerda, Borna, Brand-Erbisdorf, Coswig, Crimmitschau, Delitzsch, Dippoldiswalde, Döbeln, Eilenburg, Flöha, Freiberg, Freital, Glauchau, Görlitz, Grimma, Großenhain, Hohenstein-Ernstthal, Hoyerswerda, Kamenz, Limbach-Oberfrohna, Löbau, Markkleeberg, Marienberg, Meißen, Mittweida, Niesky, Oelsnitz, Oschatz, Pirna, Plauen, Radeberg, Radebeul, Reichenbach, Riesa, Rochlitz, Schkeuditz, Schwarzenberg, Sebnitz, Stollberg, Torgau, Weißwasser, Werdau, Wurzen, Zittau, Zschopau, Zwickau (Anlage 4)

¹¹⁴ In den Fragebögen wurde der allgemein übliche Begriff >Homosexuelle< in seiner Verkürzung gewählt.

¹¹⁵ Gleichlautende Fragen, hier für die Großen Kreisstädte: 1. Gibt es in Ihrer Verwaltungseinheit eine Stelle bzw. Ansprechperson für die Belange Homosexueller? Antwort: ja oder nein, 2. Wenn ja, wo ist diese Stelle bzw. Ansprechperson in Ihrer Struktureinheit angesiedelt? Antwort:, 3. Wirken in der Großen Kreisstadt Interessenvertretungen für Homosexuelle, z. B. Vereine? Antwort: ja oder nein, wenn ja welche?, 4. Sonstige Hinweise zum Sachverhalt Homosexueller aus Sicht der Großen Kreisstadt:.. Für das Sächsische Staatsministerium für Soziales ohne Frage vier.

Die drei kreisfreien Städte reagierten alle auf die E-Mail Abfrage, wobei aus Leipzig die Gleichstellungspolitische Referentin, aus Dresden die Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann und aus Chemnitz das Sozialamt antworteten. Die Gleichstellungspolitische Referentin in Leipzig mit einer halben Stelle als Beauftragte für Menschen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen ist dem 1. Bürgermeister und Beigeordneten für Allgemeine Verwaltung zugeordnet. Als Interessenvertretung für Homosexuelle wurde der RosaLinde e. V. benannt. Leipzig blickt auf eine „seit 1982“ ausgehend von der evangelischen Studentengemeinde „engagierte Homosexuellenbewegung. Diese hat weit reichende Veränderungen für die Situation von Schwulen und Lesben in den 80er Jahren und in den darauf folgenden Wendejahren erreicht. Von der Gründung des Schwulenverbandes der DDR, später Schwulenverband Deutschlands, aus dem die größte bundesweite Vertretung der Rechte für Lesben und Schwulen geworden ist“ (LSVD) „bis hin zur Implementierung der Beauftragten Stelle in der Leipziger Stadtverwaltung“. Aus Chemnitz wurde eine Ansprechperson für Homosexuelle in der Verwaltung verneint, jedoch eine Interessenvertretung - Different People e. V. - benannt. Die Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann aus Dresden ist dem Bereich der Oberbürgermeisterin zugeordnet und Ansprechpartnerin für Belange Homosexueller. Weiteres dazu wird im Kapitel 4.4.4 zur spezifischen Situation ausgeführt.

Von den zehn angeschriebenen Landräten erfolgten Antworten (Anlage 3) aus folgenden fünf Landratsämtern der Landkreise aus unterschiedlichen Struktureinheiten: Görlitz (Büroleiter des Landrates), Nordsachsen (Landratsamt), Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte), Vogtlandkreis (Gesundheitsamt) und Zwickau (gleich zweimal, Sozialamt und Amtsärztlicher Dienst).

Nur in den drei Landratsämtern Görlitz (Gleichstellungsbeauftragte), Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Sozialmedizinischer Dienst in der Abteilung Gesundheit und Gleichstellungsbeauftragte für die Um- bzw. Durchsetzung von Chancengleichheit von Frau und Mann im Bereich Landrat) und Vogtlandkreis (Gesundheitsamt) sind Ansprechpersonen benannt worden.

Hinweise für das Wirken von Interessenvertretungen für Homosexuelle erfolgten aus den drei Landratsämtern Görlitz (Die SchwulLesbische Initiative), Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Aids-Beratung) und Vogtlandkreis (Zwickauer Aids-Hilfe e. V.).

Von den 50 angeschriebenen Oberbürgermeistern und Oberbürgermeisterinnen erfolgten Antworten (Anlage 4) von 24 Großen Kreisstädten (48 Prozent) ebenfalls aus unterschiedlichen Struktureinheiten (Persönlicher Referent des OB, Oberbürgermeisteramt, Gleichstellungsbeauftragte, Pressestelle, Soziales und Wohnen, Öffentlichkeitsarbeit Zentraler Service, Standesamt, Personalamt u. ä.), wobei eine Stadt zweimal aus verschiedenen

Struktureinheiten entgegengesetzt antwortete. Von diesen 24 kreisfreien Städten wurde in sieben Fällen (Bautzen, Brand-Erbisdorf, Delitzsch, Freiberg, Großenhain, Pirna und Riesa) die Gleichstellungsbeauftragte strukturmäßig oder bei auftretenden Problemen als Ansprechperson benannt.

Hinweise auf das Wirken von Interessenvertretungen für Homosexuelle konnten aus den Großen Kreisstädten aktuell nicht gegeben werden. In einem Fall wurde auf die Frage „Sonstige Hinweise zum Sachverhalt Homosexueller aus Sicht der Großen Kreisstadt“ wie folgt geantwortet: „Uns sind keine Auffälligkeiten im Leben zwischen Homosexuellen und Heterosexuellen bekannt. Ich denke, diese Menschen sind ganz normal in alle Lebensbereiche integriert“. In einem anderen Fall wurde die bemerkenswerte Antwort auf die gleiche Frage so formuliert: „Wenn man nicht immer wieder homosexuell veranlagte Menschen zum Mittelpunkt von Forschungsthemen machte und sie schon damit als Exoten abstempelt, wäre ein Stückweit Gleichbehandlung für alle erreicht.“.

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales antwortete nicht auf die Fragen. Hier wird aus Analogiegründen die Ansprechperson in der der Staatsministerin direkt zugeordneten Leitstelle für Gleichstellung von Frau und Mann vermutet (Organigramm unter: <http://www.sms.sachsen.de/2467.html>).

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass in den zuständigen Behörden Sachsens nur zu einem geringen Anteil Ansprechpersonen benannt werden konnten, andererseits jedoch im Ergebnis der Abfragen eingeschätzt werden muss, dass offenbar keine gravierenden Probleme in der Lebensweise homosexuell orientierter Menschen thematisiert werden müssen.

Das Symptom der Homophobie in der bereits vorgestellten Expertise zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (in Kapitel 4.2) sowie die MANEO-Umfrage (in Kapitel 1.4) zeigten jedoch ein anderes Bild für Sachsen.

Die Antworten aus den Abfragen der öffentlichen Verwaltung scheinen hier bezüglich sexuell orientierter Menschen das Ergebnis des Forschungsprojektes „Diskriminierung im Alltag“ zu bestätigen, in dem die Priorität der Gleichbehandlung benachteiligter Gruppen nach den Merkmalen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes nicht sehr hoch ist (vgl. Antidiskriminierungsstelle d. Bundes, 2009, 11). Die Wahrnehmung von Diskriminierung in unserer Gesellschaft brennt bei der Gleichbehandlung benachteiligter Gruppen offenbar „nicht wirklich auf den Nägeln. Die Aufmerksamkeit gegenüber dem Thema und die Betroffenheit in der Bevölkerung sind eher gering (ebd, 8)“.

4.4.2 Ansprechpartner in gesellschaftlichen Organisationen

In Leipzig existiert seit 2004 als zentrale Anlaufstelle im Freistaat für alle Fragen zu Diskriminierung aufgrund rassistischer Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Religion und Weltanschauung, des Geschlechts, sexueller Orientierung, Lebensalter oder Behinderung sowie Mehrfachdiskriminierung das als eingetragener Verein wirkende Antidiskriminierungsbüro (ADB e. V.), das sich darüber hinaus selbst als die bundesweit einzige Anlaufstelle für alle genannten Diskriminierungstatbestände benennt. Sie unterstützen Menschen bei der Durchsetzung ihrer Interessen zum Schutz vor konkreten Benachteiligungen wegen „des Geschlechts, der sexuellen Identität, ...“ (www.adb-sachsen.de).

Im Lesben- und Schwulenverband Sachsen (LSVD Sachsen e. V.) arbeiten Lesben und Schwule zusammen und kämpfen gemeinsam für gleiche Rechte und gesellschaftliche Akzeptanz. Der LSVD leistet Unterstützung und Hilfe bei allen Problemen, die Lesben und Schwule aus Vorurteilen, gesellschaftlicher oder rechtlicher Diskriminierung, Ausgrenzung, Anfeindungen, Gewalt und Rassismus erwachsen. Der LSVD beschränkt sich nicht auf die Arbeit als „Reparaturbetrieb“ für die Beschädigungen, die die herrschenden Strukturen den Menschen zufügen. Er versteht sich als Bürgerrechtsverband, der angetreten ist, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern mit dem Ziel Emanzipation, Partizipation und Integration der lesbischen und schwulen Minderheiten zu erlangen (<http://sachsen.lsvd.de>).

Die Landesstelle für Frauenbildung und Projektberatung in Sachsen ist ein Projekt des FrauenBildungsHaus Dresden e. V., der sachsenweit und in Dresden seit 1990 tätig ist. Diese Einrichtung bietet Begegnungs-, Beratungs- und Bildungsarbeit in sozialen, soziokulturellen und arbeitsmarktorientierten Bereichen für Frauen aller Altersgruppen, unabhängig von ihrer strukturellen Einbindung und sexuellen Neigung an. Ihr Focus liegt auf Verbesserung gesellschaftlicher und individueller Chancengleichheit von Frauen, indem Frauengeschichte wieder entdeckt, der Bildungs- und Selbstfindungsprozess der einzelnen Frau unterstützt sowie ihr individuelles kreatives Potential gefördert wird. Ihre Angebote sind u. a. Weiterbildung zur Fachfrau für Projektarbeit/-management; Coaching/Projektberatung, Vorträge, Vermittlung von Fachreferentinnen, Angebote für Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte, kommunalpolitisches Engagement aus Frauensicht, Arbeit an EU-Projekten und vieles mehr (<http://www.frauenbildung-sachsen.de>).

Der 14. Landesarbeitskreis trans-, bi- und homosexueller Sozialdemokraten/-innen innerhalb der bundesweiten SPD hat sich März 2009 für Sachsen (LAK Schwusos) gegründet. Als Landesarbeitskreis arbeiten sie „für ein unverkrampftes und tolerantes Verhältnis zwi-

schen hetero- und homosexuellen Menschen“
(<http://www.schwusos.de/schwusos/index.html>).

Aus überregionaler Sicht können auch in Sachsen seit Juni 2009 als eine wesentliche Informationsquelle für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LSBT) die online-Version des Verdi Gewerkschaftsmagazins Queer¹¹⁶-Format (www.queer-format.de) genutzt werden. Dieses Magazin informiert u. a. über neueste Studien, Seminare, neue Arbeitskreise, Internationales Engagement für LSBT, der LesBiSchwule Jugendverband in Deutschland, Jugendnetzwerk Lambda e. V., als eine Interessenvertretung der schwulen und lesbischen Jugendlichen, die auch den Eltern beratend zur Seite steht, wenn die Jugendlichen ihr Coming-out haben. Zu ihren weiteren Angeboten gehören Aufklärungsarbeit, Seminare zur Öffentlichkeitsarbeit, Schulprojekte und Freizeitangebote (<http://www.lambda-online.de>) oder der Bundesverband der Eltern, Freunde und Angehörigen von Homosexuellen (BEFAH) e. V., der Rat suchenden Eltern, Angehörigen sowie Freunden Hilfe anbietet, die Bildung von Elternselbsthilfegruppen unterstützt, gemeinsame Wochenenden und Tagungen für Information und Austausch organisiert (www.befah.de).

Der Völklinger Kreis e. V. (VK) – Bundesverband schwuler Führungskräfte – setzt sich für ein diskriminierungsfreies Arbeits- und Lebensumfeld schwuler Führungskräfte ein (www.vk-online.de). Er ist ein Netzwerk auf beruflicher und privater Ebene mit rund 700 Mitgliedern, die sich in 20 Regional- und neun Fachgruppen organisieren. Dort wird ein berufsübergreifender Erfahrungsaustausch sowie gegenseitige Unterstützung im beruflichen und privaten Bereich gelebt. Der VK versteht sich als Forum für den Austausch zwischen schwulen Führungskräften, die ihr gebündeltes Fachwissen den Fachgruppen und seinen Mitgliedern nutzbar machen.

4.4.3 Kirchliche Ansprechpartnerschaften

Die Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK) e. V. arbeitet regional, überregional und international (<http://www.huk.org/regional/index.htm>) und ist ein freier Zusammenschluss von Frauen und Männern, die sich kritisch und konstruktiv mit Homosexualität und Kirche auseinandersetzen. Sie verstehen homosexuelles und heterosexuelles Empfinden und Verhalten als gleichwertige Ausprägung der einen menschlichen Sexualität. Deshalb arbeiten sie am Abbau von Diskriminierung und fordern die volle Teilhabe von Lesben und Schwulen am kirchlichen und gesellschaftlichen Leben. Ihre Ge-

¹¹⁶ Aus dem Englischen mit seltsam oder schwul zu übersetzen. Schenk verwendet diesen Begriff „als Gegensatz zu gesellschaftlichen Normierungen hinsichtlich Geschlecht und Sexus und den sie erzwingenden und reproduzierenden Politiken, deren konstitutives Moment Ausgrenzung bzw. Privilegien von Gruppen entlang eben dieser Normierungen sind“ (2001, 1)

schäftsstelle hat ihren Sitz in Berlin (Tel. 030 - 78 95 45 99) Darüber hinaus existieren Regionalgruppen in Chemnitz, Leipzig (in Gründung) und Dresden.

Für Sachsen steht nach der Verabschiedung des Lebenspartnerschaftsgesetzes die Frage nach einer Segnung homosexuell orientierter Paare verstärkt in der Diskussion und wird unterschiedlich wie in ganz Deutschland betrachtet. Im Amtsblatt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens vom 15. November 2001 findet sich eine „Feststellung der Kirchenleitung“, in der heißt es: „Die Segnung homosexueller Partnerschaften kommt in unserer Landeskirche mit Blick auf das biblische Zeugnis nicht in Betracht. Wohl aber ist die Segnung homosexuell geprägter Menschen im Rahmen der persönlichen Seelsorge möglich.“ (Evang.-Luth. Landeskirche Sachsens, 2001) Einen Beschluss der Landessynode gibt es in dieser Sache nicht (huk.org/aktuell/segnungsübersicht.htm).

Ein Netzwerk für Lesben in der Kirche ist der bundesweite Zusammenschluss Lesben und Kirche (LuK), die die vielfältigen Aktivitäten und Forderungen der jeweiligen Gruppen und Einzelfrauen koordiniert. Das Ziel ist, lesbische Lebensweisen in Kirche und Gesellschaft sichtbarer zu machen und der Ignoranz, Diskriminierung und Ausgrenzung gegenüber Lesben entgegenzuwirken. Aufklärung über lesbische Lebensformen soll helfen, bestehende Vorurteile abzubauen und die Erkenntnis zu vermitteln, dass lesbische Lebensweisen der Vielfalt anderer Lebensformen gleichwertig sind. (<http://www.lesben-und-kirche.de/luk.html>). Eine Regionalgruppe speziell für Sachsen ist nicht nachzuweisen.

4.4.4 Spezifische Situation in der Landeshauptstadt Dresden (LHD)

Die Landeshauptstadt Dresden blickt auf eine umfassende Traditionslandschaft lesbischer, schwuler und transidenter Lebensweisen. Aus dieser Tradition heraus gestaltete sich ein sehr differenziertes, nicht nur homogenes und weit verzweigtes Netzwerk der Gay-Community. Eine Vielzahl von Vereinen und Gruppen leben hier, von denen einige exemplarisch im weiteren Verlauf vorgestellt werden.

Eine ausdrücklich öffentlich Beauftragte bzw. einen öffentlich Beauftragten für die Belange der Lesben, Schwulen und sexuellen Minderheiten bzw. für gleichgeschlechtliche Lebensweisen existierte mit Rückschau in die jüngste Geschichte von 1997 bis 1999 in Dresden. Die Einrichtung dieser Stelle wurde Mitte der neunziger Jahre „durch das engagierte Auftreten der Emanzipationsbewegung der Lesben und Schwulen, vertreten durch „Gerede“ e. V., das Frauenzentrum *sowieso* und die Basis der Dresdner Lesben und Schwulen“ (Franke, 1999, 32) in der Öffentlichkeit befördert und dann politisch umgesetzt. Aufgrund umfangreicher Konsolidierungsmaßnahmen im Dresdner Haushalt, erfolgte die

Streichung der Beauftragten zum 30. September 1999. Umfangreiche bundes- und landesweite Protestreaktionen blieben erfolglos.

Im Jahr 2006 richtete die Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann den Fachbereich gleichgeschlechtliche Lebensweisen ein, der im Wesentlichen seinen Focus auf die Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit für entsprechende Vereine und Gruppen richtet. Die (dritte) Gleichstellungsbeauftragte¹¹⁷ für Frau und Mann wirkt auf die Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung sowie der Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen hin. Neben der Sicherung von Chancengleichheit bei kommunalen Entscheidungen zu verschiedenartigen Fragen¹¹⁸ gehören zu ihren Aufgaben u. a. das Einbringen von gleichstellungsrelevanten Anliegen und Forderungen. Ihr Aufgabenbereich wie auch das der weiteren Beauftragten beschreibt Querschnittsaufgaben mit der sie in Dresden strukturell im Bereich der Oberbürgermeisterin¹¹⁹ angesiedelt ist. In dem Fachbereich gleichgeschlechtliche Lebensweise konnte daher ein erstes Vernetzungstreffen initiiert und durch die Gleichstellungsbeauftragte zu Beginn 2008 durchgeführt werden, das dem gegenseitigen Kennenlernen der unterschiedlich arbeitenden Gruppen homosexuell orientierte Menschen diente und als Beginn einer Netzwerkarbeit durch die Teilnehmenden gewertet wurde. Dieses erste Treffen verdeutlichte die Notwendigkeit einer verstärkten Sensibilisierung der Öffentlichkeit, um Vorurteile und Diskriminierung abzubauen und Toleranz und Integration einzuwerben. Daher lag der Fortführungsgedanke nahe, der die Intentionen des ersten Treffens aufnahm und zur Fortsetzung des Netzwerkgedankens einen Fachtag im Oktober 2009 unter dem Thema „Vielfalt der Lebensweisen“ plant. Er wendet sich an Multiplikatoren, Multiplikatorinnen und Interessierte. Zwischenzeitlich konnte eine Recherche zu den Angeboten der Gay-Community unter

¹¹⁷ Rechtstellung und Aufgaben: Gemeindeordnung des Freistaates Sachsen (SächsGemO), Neufassung in der Bekanntmachung v. 18. März 2003: § 64 Beauftragte: (1) Die Gemeinden können für bestimmte Aufgabenbereiche besondere Beauftragte bestellen. (2) Zur Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Frau und Mann haben die Gemeinden mit eigener Verwaltung Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen. In Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern soll diese Aufgabe hauptamtlich erfüllt werden. Näheres regelt die Hauptsatzung. (3) Die Beauftragten sind in der Ausübung ihrer Tätigkeit unabhängig und können an den Sitzungen des Gemeinderats und der für ihren Aufgabenbereich zuständigen Ausschüsse mit beratender Stimme teilnehmen.

Hauptsatzung der Landeshauptstadt Dresden v. 2. Juni 1994, zuletzt geändert am 21. Juni 2007, (1) Der Stadtrat bestellt eine Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann. Sie ist hauptamtlich tätig und dem Oberbürgermeister zugeordnet. (2) Sie überwacht die Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Frau und Mann im Zuständigkeitsbereich der Stadt. Sie hat Mitwirkungs- und Initiativrecht bei allen Vorhaben, Programmen und Maßnahmen der Stadt, die Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichwertigen Stellung in der Gesellschaft haben. (3) Die Gleichstellungsbeauftragte hat das Recht, an den Sitzungen des Stadtrates und der für ihren Aufgabenbereich zuständigen Ausschüsse mit beratender Stimme teilzunehmen. Alle Dienststellen sind verpflichtet, die Gleichstellungsbeauftragte bei der Erfüllung

ihrer Aufgaben zu unterstützen sowie sie frühzeitig zu beteiligen.

¹¹⁸ der Arbeitswelt, Gesundheit, Erziehung, Familie, Bildung, Kultur, Stadtplanung und so weiter sowie des gesamten sozialen Umfeldes

¹¹⁹ Helma Orosz, CDU, Oberbürgermeisterin seit Juni 2008

dem Titel „Dresden unterm Regenbogen“ beendet, gedruckt und mit einer Auflage von 1.000 Stück 2008 veröffentlicht werden. Zugleich wurden die recherchierten Angebote, den Vernetzungsgedanken unterstützend, auf die Homepage der Dresdner Gleichstellungsbeauftragten (www.dresden.de/frau-mann) gesetzt.

Im traditionellen Vereinsleben der Landeshauptstadt Dresden sind bezüglich der vielfältigen Lebensweisen insbesondere folgende Ansprechpartnerschaften exemplarisch zu benennen:

1983 entstand nach dem Kirchentag (Kenawi, 1995, 114) der Arbeitskreis Homosexualität Dresden. Sein Ziel war Homosexualität bei den Betroffenen und in der Gesellschaft abzubauen und Aufklärungsarbeit zu leisten. Im Laufe der Jahre fanden Ausdifferenzierungsprozesse statt und „1987 entstand der „staatliche“ Klub „Gerede“ im Jugendklub „Scheune“ (ebd., 115). Das Rosa Telefon war 1989 ihre erste Beratungsarbeit (www.gerede-dresden.de). Seitdem hat Gerede e. V. einen festen Platz in der Dresdner Szene entwickelt, der die Interessen von Menschen mit homo-, bisexuellen und transgender Lebensweisen vertritt und sich, wenn notwendig, einmischt. Gerede e. V. klärt unter anderem in der Gesundheitsfürsorge und Jugendernziehung auf. Sie informieren, beraten und unterstützen beispielsweise bei der Identitätsfindung und Entwicklung eines persönlichen Lebensentwurfes. Die Vielfalt seiner Angebote mit Beratung, Bildung und Kultur richtet sich insbesondere an Jugendliche sowie an Multiplikatoren und Multiplikatorinnen in Dresden und Umgebung. Darüber hinaus bietet der Verein umfangreiche Einzelangebote wie: „Bisexuelle, Kinderwunschrunde, Elterngruppe, Christlicher Stammtisch, Tangiert - Frauen mit homo-bisexuellen Partnern, I.u.s.T., Laufgruppe, Coming out Gruppe, transID, Trans-Gerede-Treff, Vätertreff, young Gayneration, Wohnprojekt. Seine Kooperationspartner sind die Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e. V. (agjf) und das Jugendnetzwerk Lambda. Der Gerede e. V. wird vom Jugendamt der Landeshauptstadt Dresden und der „Aktion Mensch“ gefördert. „In den 90er Jahren hatte Gerede e. V. die Verantwortung und Koordination des CSD“ (Christopher Street Day) in Dresden übernommen der in einer eigenen Vereinsgründung Ende 2001 dem CSD Dresden e. V. (<http://www.csd-dresden.de/index.php?page=3>) mündete. Der Dresdner CSD wurde 2009 vom 7. bis 14. Juni mit dem Motto „40. Christopher Street Birthday“ unter der Schirmherrschaft der Dresdner Oberbürgermeisterin, Helma Orosz, zum 16. Mal in Dresden für Sachsen durchgeführt.



Abb. 4 Dresdner Christopher Street Day
Foto: Sabine Pfeiffer, 14. Juni 2009

Die wichtigste Forderung¹²⁰ des diesjährigen CSD lautet: „Aufruf für eine Erweiterung des Gleichheitsartikels des Grundgesetzes (Artikel 3 Abs. 3 GG). Unsere Verfassung muss endlich auch Lesben, Schwulen oder Transgender gleiche Rechte garantieren. Niemand darf aufgrund der sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden! Wir wollen eine Ergänzung des Gleichheitsartikels im Grundgesetz um das Merkmal „sexuelle Identität“. In einem erweiterten Artikel 3 Absatz 3 GG soll es in Zukunft heißen: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seiner sexuellen Identität, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ (<http://www.csd-dresden.de/download/Forderungen2009.pdf>). Ein großer Teil der Aufgaben des CSD Dresden e. V. wird ehrenamtlich bewältigt; darüber hinaus wird er durch die Landeshauptstadt Dresden (Amt für Kultur und Denkmalschutz) gefördert und ist Mitglied im CSD Deutschland e. V.¹²¹

Das Frauenzentrum *sowieso* im Frauen für Frauen e. V. entstand ebenfalls 1987 als Idee beim 3. Dresdner Frauenfest (Kenawi, 1995, 112). Nach der Wende nahm diese Idee Gestalt an mit der Gründung des Frauen für Frauen e. V., der sich als Ort für Frauen und Mädchen jeglicher sexueller Orientierung versteht und bis heute fortgesetzt wird in den Bereichen Beratung, Bildung und Kultur. Das Frauenzentrum *sowieso* (<http://www.frauenzentrumsowieso.de/index2.htm>) wird gefördert durch die Landeshaupt-

¹²⁰ Kompletter Forderungskatalog unter: <http://www.csd-dresden.de/download/Forderungen2009.pdf>

¹²¹ welcher das jährlich (ab 2007 halbjährlich) erscheinende CSD Deutschland Magazin herausgibt sowie seit 2006 auf Initiative des CSD Dresden e. V. bundeseinheitliche politische Forderungen aufstellt.

stadt Dresden (Sozialamt und Gleichstellungsbeauftragte) sowie dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales (Projekte).

Ein weiterer wichtiger Ansprechpartner in der heterogenen Community ist die Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK) e. V. der Regionalgruppe in Dresden. Diese ehrenamtliche Arbeitsgruppe ist ein freier Zusammenschluss von Frauen und Männern, die sich kritisch und konstruktiv mit Homosexualität und Kirche auseinandersetzen. Sie verstehen homosexuelles und heterosexuelles Empfinden und Verhalten als gleichwertige Ausprägung der menschlichen Sexualität und setzen sich für den Abbau von Diskriminierung durch Information und Begegnung ein und fordern die volle Teilhabe von Lesben und Schwulen am kirchlichen und gesellschaftlichen Leben. Ferner setzen sie sich für homosexuell orientierte Menschen ein, die Probleme mit ihrem kirchlichen Arbeitgeber haben und unter dem kirchlichen Missbrauch der Privilegien aus dem Tendenzschutz¹²² leiden.

Die SchLaU Dresden - Schwule und Lesben an der Uni - ist eine Arbeitsgemeinschaft des Studentenrates der Technischen Universität Dresden (TUD). Sie ist eine gemischte Gruppe von Personen im Alter von 18 bis 30 Jahren, die Information und Vergnügen miteinander verbindet und dabei vor allen Dingen möglichst viele interessierte Menschen, auch Nichtstudierende, zusammen bringt und das Spektrum der Universität um eine nicht-heterosexuelle Komponente erweitert. Sie klärt mit Informationsveranstaltungen (Vorträge, Diskussionen, Lesungen) zu lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgender Lebensweisen sowie HIV auf und gibt Unterstützung beim Coming-out. Zu ihren Angeboten gehören ferner Freizeitveranstaltungen zwecks Kennenlernen von Gleichgesinnten und damit verbundenen Integration von „Neu-Dresdnern und Neu-Dresdnerinnen“ (<http://www.schlau-dresden.de>).

¹²² Gesetz über die Beteiligung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in einer Europäischen Genossenschaft (SCE-Beteiligungsgesetz - SCEBG) vom 14. August 2006, Gesetz vom 14. August 2006: Gesetz zur Einführung der Europäischen Genossenschaft und zur Änderung des Genossenschaftsrecht vom 14. August 2006, Bundesgesetzblatt Teil I 2006 Nummer 39 vom 17. August 2006 Seite 1911 - 1957, Anmerkungen: Artikel 2 dieses Gesetzes dient der Umsetzung der Richtlinie 2003/72/EG des Rates vom 22. Juli 2003 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Genossenschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer (ABl. EU Nr. L 207 S. 25). § 39 Tendenzunternehmen.

(1) Auf eine Europäische Genossenschaft, die unmittelbar und überwiegend 1. politischen, koalitionspolitischen, konfessionellen, karitativen, erzieherischen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Bestimmungen oder 2. Zwecken der Berichterstattung oder Meinungsäußerung, auf die Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes anzuwenden ist, dient, findet Abschnitt 2 keine Anwendung. (2) Eine Unterrichtung und Anhörung beschränkt sich auf die Gegenstände des § 28 Abs. 2 Nr. 5 bis 10 und des § 29 und erfolgt nur über den Ausgleich oder die Milderung der wirtschaftlichen Nachteile, die den Arbeitnehmern infolge der Unternehmens- oder Betriebsänderung entstehen.

Anmerkungen: 1. 18. August 2006: Art. 2, 21 Halbs. 1 des Gesetzes vom 14. August 2006.

Das einzige Frauen- und Mädchengesundheitszentrum (FMGZ) MEDEA e. V. in Dresden und Sachsen verbindet gesundheitliche Themen mit dem geschlechtsspezifischen und psychosozialen Lebensweltkontext von Mädchen und Frauen, wobei Arbeitsschwerpunkte in der Mädchenarbeit die Gewaltprävention, die Gesundheitsförderung und die Sexualpädagogik sind. Das FMGZ führt Beratungen und Veranstaltungen zu vielfältigen Themen durch. Neben einem Bibliotheksangebot werden Informationsmaterial und Broschüren (z. B. Lesben und Kinderwunsch) herausgegeben (<http://www.medeia-dresden.de/>). Das FMGZ wird gefördert durch die Gleichstellungsbeauftragte und das Jugendamt der Stadt Dresden, der Leitstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und der Gleichstellungsbeauftragten der Landesdirektion Dresden.

In Dresden ließe sich die Liste der Angebote, Informationen und Unterstützungen für lesbisch, schwule, bisexuelle und transsexuelle Lebensweisen fortführen. Ein genereller Angebotskatalog ist durch die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Dresden erarbeitet worden und auf ihrer Homepage www.dresden.de/frau-mann unter gleichgeschlechtliche Lebensweise abrufbar.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass durch die Landeshauptstadt Dresden vielfältige Initiativen zur Unterstützung von Interessenvertretungen homosexuell orientierter Lebensweisen durchgeführt und zielführende Projekte gefördert werden.

5. Zusammenfassung

Ausgehend von der Geschichte der Homosexualität, die so alt ist wie die Geschichte der Menschheit, werden Ergebnisse zur Lebenssituation homosexuell orientierter Menschen und anderer sexueller Minderheiten aus Sicht der Forschung, insbesondere aus Studien, die wegen ihrer ausgewiesenen Repräsentativität auch für Sachsen genutzt werden können, dargestellt. Dabei wird ein besonderer Schwerpunkt auf homosexuell orientierte Jugendliche sowie homosexuell orientierte Frauen (Lesben) und Männer (Schwule) gelegt und Bezüge zu sächsischen Einordnungen hergestellt.

Mit den drei Grundaspekten des Geschlechtlichen – das biologische Geschlecht als körperliches Geschlecht, das gefühlte Geschlecht als Geschlechtsidentität und die Art der sexuellen Orientierung – wird die Variationsbreite des Geschlechtsbildes des Menschen grafisch dargestellt und anhand typischer Ausprägungen vor dem Hintergrund homosexuell orientierter Menschen diskutiert.

Die Berücksichtigung der drei Grundaspekte des Geschlechtlichen im Menschenrecht wird im Rahmen der Internationalen Völkergemeinschaft und in Europa in ihre Entwicklung benannt sowie für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassungen der 16 Bundesländer mit einem Vergleich zu Sachsen dargestellt.

Der erreichte Stand der rechtlichen Gleichstellung sexueller Minderheiten in Sachsen wird nach den drei Grundaspekten des Geschlechtlichen anhand der Landes- und Bundesbestimmungen für die Geschlechtszuweisung nach der Geburt, dem Transsexuellengesetz, dem Lebenspartnerschaftsgesetz und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ausgewiesen und vergleichend zu Sachsen bewertet.

Die gesellschaftlichen Reflexionen bei der Gleichbehandlung sexueller Minderheiten in Sachsen werden durch die Haltung der Staatsregierung vor allem im Ergebnis von ihr beantworteter Fragen aus dem parlamentarischen Raum und durch die Ergebnisse der Expertise Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) für Sachsen anhand des Symptoms Homophobie im Vergleich zu den neuen und alten Bundesländern festgemacht.

Staatliche Ansprechpartnerschaften für sexuelle Minderheiten in Sachsen wurden im Ergebnis von selbst durchgeführten Anfragen in ausgewählten Behörden der öffentlichen Verwaltung ermittelt und Ansprechpartnerschaften in gesellschaftlichen Interessenvertretungen sowie in den großen kirchlichen Religionsgemeinschaften recherchiert.

Im Ergebnis der Darstellung der spezifischen Situation für Dresden kann festgestellt werden, dass durch die Landeshauptstadt vielfältige Initiativen zur Unterstützung von Interessenvertretungen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen durchgeführt und zielführende Projekte gefördert werden.

Abschließend wird mit dieser Diplomarbeit festgestellt, dass bezogen auf den Zeitpunkt der Herbeiführung der deutschen Einheit vor 20 Jahren die rechtliche Gleichstellung homosexuell orientierter Menschen als ein wesentlicher Teil sexueller Minderheiten in Sachsen durch Bundes- und Landesrecht in verschiedenen Bereichen bereits herbeigeführt worden ist, in spezifischen Sachverhalten diese noch aussteht, die Gleichbehandlung in der gesellschaftlichen Reflexion jedoch weitestgehend ausgeblieben und deshalb weiterhin ursachenbezogen kritisch zu hinterfragen ist, andererseits bei betroffenen Menschen eher eine zurückhaltende Akzeptanz gegenüber eröffneten rechtlichen Möglichkeiten, z. B. Lebenspartnerschaftsgesetz, zu verzeichnen ist.

Literaturverzeichnis

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hg.), 2009, Band 4, Forschungsprojekt, Diskriminierung im Alltag, Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft, DruckVogt GmbH, Berlin

de **Beauvoir**, Simone, 2009, 10. Auflage, Originalausgabe 1949, Paris, Le Deuxième Sexe, Das andere Geschlecht, Sitte und Sexus, Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg

Böger, Klaus, 2006, Vorwort für Zusammenleben in Berlin, Dokumente lesbisch-schwuler Emanzipation Nr. 22, Hg.: Senatsverwaltung für Bildung und Sport

Butler, Judith, 1991, Das Unbehagen der Geschlechter, Gender Studies, Deutsche Erstausgabe, edition suhrkamp 1722

Bruns, Manfred, Kemper, Rainer (Hg.), 2006, Lebenspartnerschaftsrecht, Handkommentar, 2. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

BZgA, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2004, Heterosexuell? Homosexuell? Sexuelle Orientierungen und Coming-out ...verstehen, akzeptieren, leben, K + W, Bad Oeyenhausen

BZgA, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 2006, Jugendsexualität, repräsentative Wiederholungsbefragung von 14- bis 17-Jährigen und ihren Eltern, Repräsentativbefragungen, Forschung und Praxis der Sexualaufklärung und Familienplanung, Ergebnisse der Repräsentativbefragung aus 2005, Warlich, Meckenheim

Degener, Theresa, 2008, Rechtswissenschaftliche Grundlagen, S. 68 – 114, in: Theresa Degener, Susanne Dern, Heike Dieball et al. (Hg.), Antidiskriminierungsrecht, Handbuch für Lehre und Beratungspraxis, Mit Lösungsbeispielen für typische Fallgestaltungen, Fachhochschulverlag, Frankfurt am Main

Duden, Band 5, Das Fremdwörterbuch, 2005, 8. Auflage, Dudenverlag Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich

Fiedler, Peter, 2004, Sexuelle Orientierung und sexuelle Abweichung, Heterosexualität – Homosexualität Transgenderismus und Paraphilien – sexueller Missbrauch – sexuelle Gewalt, Beltz Verlag, Weinheim Basel

Amtsblatt der **Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens**, Jahrgang 2001, Handreichungen für den Kirchlichen Dienst, Nr. 21/B 53 Dresden, <http://www.huk.org/aktuell/segnung-uebersicht.htm> verfügbar 04.05.2009

EWD, Etymologisches Wörterbuch des Deutschen (), 1997, 3. Aufl., C. H. Beck'sche Buchdruckerei, Nördlingen

Fähnders, Walter, 1996, Streitobjekt Homosexualität, Zu Erich Mühsams Streitschrift, in: Erich Mühsam, Die Homosexualität, Eine Streitschrift, belleville Verlag Michael Farin, München

Franke, Karin, 1999, Die soziale Situation von Lesben und Schwulen in Geschichte und Gegenwart und die Chancen und Grenzen der Arbeit der Beauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen im Spannungsfeld von politischer Lobbyar-

beit/Interessenvertretung bis zur Einzelfallberatung, Diplomarbeit an der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit Dresden

Foucault, Michel, 1993, 3. Aufl., Der Gebrauch der Lüste, Sexualität und Wahrheit 2, Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft

Funk, Heide, 2005, Lesbische Lebensformen und Sexualität, S. 151 – 160 in: Sexualitäten, Diskurse und Handlungsmuster im Wandel, Geschlechterforschung, Heide Funk, Karl Lenz (Hg.), Juventa Verlag Weinheim und München

Geißler, Maximilian und Przyklenk, Andrea, 2004, Lesbische Töchter - ganz anders? in: http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Aktuelles/a_Haeufige_Probleme/s_700.html verfügbar 19.03.2009

Haeberle, Erwin J., 1994, Bisexualitäten – Geschichte und Dimensionen eines modernen wissenschaftlichen Problems, Archiv für Sexualwissenschaften, www2.hu-berlin.de/sexology/GESUND/ARCHIV/DEUTSCH/BISEX.HTM verfügbar 5.11.2008

Haeberle, Erwin J., 2005, dtv-Atlas Sexualität, Deutscher Taschenbuch Verlag

Hänsch, Ulrike, 2004, Sozialwissenschaftliche Lesbenforschung im deutschsprachigen Raum, S. 21 – 31, in: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Berlin, Zusammenleben in Berlin, Dokumente lesbisch-schwuler Emanzipation Nr. 21, Die Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen als Gegenstand von Forschung und Lehre, Dokumentation des Symposiums vom 8. Juni 2004, Druck Justizvollzugsanstalt Tegel

Heitmeyer, Wilhelm (Hg), 2009, Deutsche Zustände, Folge 7, Edition Suhrkamp 2552, Frankfurt am Main

Herzer, Manfred, 1997 a, Die Gemeinschaft der Eigenen, III.2, S. 89 – 94, in: Goodbye to Berlin?, 100 Jahre Schwulenbewegung, Eine Ausstellung des schwulen Museums und der Akademie der Künste, 17.Mai bis 17 August 1997, Verlag Rosa Winkel

Herzer, Manfred, 1997 b, Ursprünge der Homosexuellenverfolgung, I.1, S. 19 – 21, in: Goodbye to Berlin?, 100 Jahre Schwulenbewegung, Eine Ausstellung des schwulen Museums und der Akademie der Künste, 17.Mai bis 17 August 1997, Verlag Rosa Winkel

Hexaglot, Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart

Hirschfeld, Magnus, Goetz, Bern,d 1929, Das erotische Weltbild, Avalun Verlag, Hellerau bei Dresden

Hofsäss, Thomas, 1995, Homosexualität und Erziehung, Pädagogische Betrachtung eines Spannungsfeldes in Familie, Schule und Gesellschaft, VWB – Verlag für Wissen und Bildung, Berlin

Hofsäss, Thomas, 1998, Psychosoziale Belastungen von Jugendlichen mit gleichgeschlechtlicher Orientierung, S. 11 – 14, in: ... gar nicht so einfach!, Junge Lesben und Schwule in der Jugendhilfe, Fachtag 15. September 1998, Dokumentation, gleich&gleich e. V.

Kenawi, Samirah, 1995, Frauengruppen in der DDR der 80er Jahre, Eine Dokumentation, Herausgegeben von Grauzone, Dokumentationsstelle zur nichtstaatlichen Frauenbewegung in der DDR, TRIGGER Berlin,

Koalitionsvereinbarung der CDU und SPD Sachsen, 2004,
<http://www.smi.sachsen.de/download/SMI/Koalitionsvereinbarung.pdf> verfügbar
01.09.2009

Kraushaar, Elmar (Hg.), 1997, Hundert Jahre schwul, Chronik, Rowohlt Berlin

Kürschner, Joseph (Hg.), 1892 Pierers Konversationslexikon, siebente Auflage, Elfter Band,

Landtag Sachsen, 2009,
http://www.landtag.sachsen.de/de/landtag/wahlen_gesetzgebung/148.aspx verfügbar
17.06.2009

Landtag Sachsen (LTS), Drucksachen (Drs.) im Text oder in Fußnoten

Lautmann, Rüdiger, 1993, Homosexualität? Die Liebe zum eigenen Geschlecht in der modernen Konstruktion, in: Helmut Puff (Hg.); Lust, Angst und Provokation, Homosexualität in der Gesellschaft, Vandenoek & Ruprecht, Göttingen · Zürich

Lautmann, Rüdiger, 2004, Lesben Schwule, Bisexuelle und Transgenderpersonen (LSBT)- Themen in Forschung und Lehre, S. 32 -39, in: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Berlin, Zusammenleben in Berlin, Dokumente lesbisch-schwuler Emanzipation Nr. 21, Die Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen als Gegenstand von Forschung und Lehre, Dokumentation des Symposiums vom 8. Juni 2004, Druck Justizvollzugsanstalt Tegel

Löwe, Gerhard, Stoll, Heinrich Alexander, 1976, 4. bearbeitete und erweiterte Auflage, Die Antike in Stichworten, Koehler & Amelang, Leipzig

MANEO-Umfrage, 2007, Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland, Ergebnisse der MANEO-Umfrage 2006/2007, MANEO – Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin, (Hg.), <http://www.maneo-toleranzkampagne.de/umfrage-bericht1.pdf> verfügbar 11.06.2009

MGFF NW, Ministerium für Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (), 2004, Mit Vielfalt umgehen. Sexuelle Orientierung und Diversity in Erziehung und Beratung, Ley + Wiegandt, Wuppertal

Morgenthaler, Fritz <http://de.wikipedia.org/wiki/Homosexualit%C3%A4t> verfügbar
17.03.2009

Mpilo Tutu, Desmond, Erzbischof (em.), Südafrika, 2008, Homophobie ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Vorwort, in: Lutz van Dijk & Barry van Driel (Hg.), Sexuelle Vielfalt lernen, Schulen ohne Homophobie, Querverlag GmbH, Berlin

Landeshauptstadt **München**, 2004, Unter´m Regenbogen, Lesben und Schwule in München, Ergebnisse einer Befragung durch die Landeshauptstadt München, Direktorium, Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, 1. Auflage, Druck Staatskanzlei

Nachmann, Sven, 2006, Begrüßung, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, S. 2 – 5 in: Zusammen leben in Berlin, männlich – weiblich – menschlich?, Trans- und Inter-geschlechtlichkeit, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (Hg), Oktoberdruck AG

Oberlies, Dagmar 2008, Diskriminierung wegen Sexueller Identität, S. 187 – 199, in: Theresia Degener, Susanne Dern, Heike Dieball et al. (Hg.), Antidiskriminierungsrecht, Hand-

buch für Lehre und Beratungspraxis, Mit Lösungsbeispielen für typische Fallgestaltungen, Fachhochschulverlag, Frankfurt am Main

Oppermann, Marlis, 1999, Gleichgeschlechtliche Lebensweisen in NRW: Wahrnehmungen, Erfahrungen, Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), Düsseldorf

Pascoe, C. J., 2006, Männlichkeit in der Adoleszenz und der Schwuchteldiskurs, aus dem Amerikanischen von Gunter Schmidt, Hamburg, S. 5 – 14 in: Zeitschrift für Sexualforschung, 2006,19, Georg Thieme Verlag KG Stuttgart · New York

Pagenstecher, Lising, 1993, Homosexualität/Lesben. S. 95 -102 In: S. Dunde (Hg.) Handbuch Sexualität, Weinheim

Pierers Konversations-Lexikon, 1892, 7. Auflage, Elfter Band, Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart

Raasch, Sibylle, 2007, Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) seit August 2006 in Kraft in: Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes – djBZ 2007, Heft 2 S. 3f

Rauchfleisch, Udo, 1994, Schwule Lesben Bisexuelle, Lebensweisen, Vorurteile, Einsichten Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen · Zürich

Schedler, Patrik Ulrich, <http://www.gaystation.info/out/?/out/geschichte.html> verfügbar 17.03.09

Schenk, Christina, 2001, Über die politischen Folgen von Entgrenzungen und Grenzverschiebungen, auf der VIII. Fachtagung des Verbandes lesbischer und schwulerPsychologInnen in Hannover, <http://www.christian-schenk.net/politik/queer-politics/index.html> verfügbar 17.03.2009

Schicklang, Kim Anja, 2007, Alternativbericht, Menschenrecht und Transsexualität, Zum sechsten Bericht der Bundesrepublik zu CEDAW(Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau), Ulm

Schledt, Joachim, 1997, Die Sozialisation zur schwulen Identität, MännerschwarmScript Verlag, Hamburg

Schlich-Dannenberg, Sybille, 2009, Alles kann offen bleiben, Analytische Behandlung eines Kindes mit einer Störung der Geschlechtsidentität S.49 – 66 in: Zeitschrift für Sexualforschung, Heft 1, 22. Jahrgang, März 2009, Georg Thieme Verlag KG Stuttgart · New York

Schönbucher, Verena et al. , 2008, Sexuelle Lebensqualität von Personen mit Intersexualität und 46,XY Karyotyp, S.26 – 55 Heft, 21. Jahrgang 2008 in: Zeitschrift für Sexualforschung Georg Thieme Verlag KG Stuttgart · New York

Schupp, Karin, 1999, „Sie liebt sie, er liebt ihn“: Eine Befragung von lesbischen, schwulen und bisexuellen Jugendlichen, S. 21 – 44 in: Jugendhilfe und gleichgeschlechtliche Orientierung, Thomas Hofsäss (Hg.), Band 4, Soziale Arbeit aktuell in Praxis, Forschung und Lehre, VWB – Verlag für Wissen und Bildung, Berlin

Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in Kooperation mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, 1999, Sie liebt sie, er liebt ihn: eine Studie zur psychosozialen Lage junger Lesben, Schwuler und Bisexueller in Berlin, Gesamtplanung, -begleitung und -durchführung: Lela Lähmann. Auswertung der Fragebögen: Karin Schupp - Berlin

Söderblom, Kerstin, 1996, Grenzgängerinnen, Die Bedeutung christlicher Religion in den Lebensgeschichten lesbischer Frauen, Dissertation zur Erlangung des Grades einer Doktorin der Philosophie am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg, Göttingen

MGFF NW, Ministerium für Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, (Hg), 2003, Grundlagenforschung zu Ursachen und Auswirkungen, Einsamkeit und soziale Isolation schwuler Männer, H. P. Buba und H. Weiß, Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Otto-Friedrich-Universität Bamberg (**SOFOS**), Toennes Satz & Druck GmbH

Stecklina, Gerd, 2002, Geschlecht Jungen, S. 325 – 342 in: Handbuch Kinder- und Jugendhilfe, Wolfgang Schöer, Norbert Struck und Mechthild Wolff (Hg), Juventa Verlag Weinheim und München

Stecklina, Gerd, 2005, Jungen und Sexualität, Pubertät, Aneignung von Sexualität und sexuelle Gewalt, S. 195 – 212 in: Sexualitäten, Diskurse und Handlungsmuster im Wandel, Geschlechterforschung, Heide Funk, Karl Lenz (Hg.), Juventa Verlag Weinheim und München

Steinle, Karl-Heinz, 1997, Homophiles Deutschland - West und Ost, VI.1, S.195 -209, Goodbye to Berlin?, 100 Jahre Schwulenbewegung, Eine Ausstellung des schwulen Museums und der Akademie der Künste, 17.Mai bis 17 August 1997, Verlag Rosa Winkel

Statistisches Jahrbuch Sachsen, 2008, Gebiet und Bevölkerung, Kapitel II., 33 – 46,

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (SLFS) (Hg.),April 2009, Gebietsstand: 1. März 2009, Gemeinden und Gemeindeteile im Freistaat Sachsen, Verzeichnis, Kamenz

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hg.), Ausgabe 2007, Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 1, Bevölkerungs- und Haushaltentwicklung im Bund und in den Ländern

Sternweiler, Andreas, 1997, Terror und Verfolgung, V.2, S. 160 – 168, in: Goodbye to Berlin?, 100 Jahre Schwulenbewegung, Eine Ausstellung des schwulen Museums und der Akademie der Künste, 17.Mai bis 17 August 1997, Verlag Rosa Winkel

Stichs, Anja, 2006, Universität Bielefeld, Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Expertise Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen (2002 – 2005) im Rahmen der Evaluation des Programms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ <http://www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/Heitmeyer.pdf>

Timmermanns, Stefan, 25.3.2006, Lebenssituation lesbischer, bisexueller und schwuler Jugendlicher in Deutschland, Vortrag auf dem LSVD-Verbandstag in Köln

VOX „stern TV-Reportage“, Samstag, 21. Februar 2009, Tausche Brust gegen Bart! - Transsexuelle, 65 Min., Reportage Deutschland

Werner, Reiner, 1987, Homosexualität, Herausforderung an Wissen und Toleranz, VEB Verlag Volk und Gesundheit, Berlin

Werner-Rosen, Knut, 2006, Was ist Intersexualität? Biologische und psychologische Aspekte, S. 29 - 41 in: Zusammen leben in Berlin, männlich – weiblich – menschlich?, Trans- und Intergeschlechtlichkeit, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (Hg)

<http://www.clipfish.de/video/94698/> „Homosexualität – versteckt im Alltag des Lebens“ verfügbar 04.05.2009

<http://www.csd-dresden.de/index.php?page=3> verfügbar 21.Juni 2009

<http://www.gaystation.info/history/199x.html> verfügbar 17.März.2009

http://www.gofelix-consulting.de/popup_gofelix.html

<http://www.frauenzentrumsowieso.de/index2.htm> verfügbar 21. Juni 2009

<http://www.lsvd.de/423.0.html> verfügbar 5. Juli 2009

http://de.wikipedia.org/wiki/karl_Heinrichs_Ulrichs verfügbar 10.März 2009

<http://de.wikipedia.org/wiki/Sodomiterverfolgung> verfügbar 18.März 2009

<http://de.wikipedia.org/wiki/Lesbe> verfügbar 18.März 2009

http://de.wikipedia.org/wiki/Christopher_Street_Day verfügbar 19.März 2009

<http://de.wikipedia.org/wiki/Narzissmus> verfügbar 11.April 2009

<http://de.wikipedia.org/wiki/Pansexualit%C3%A4t> verfügbar 11. April 2009

<http://www.btonline.de/gesetze/icd10/fr-icd.htm> verfügbar 11. April 2009

<http://de.wikipedia.org/wiki/Sachsen> verfügbar 01. Juni 2009

<http://de.wikipedia.org/wiki/Chemnitz> verfügbar 17.März 2009

<http://de.wikipedia.org/wiki/Leipzig> verfügbar 17.März 2009

<http://www.adb-sachsen.de/> verfügbar 17.03.2009

http://www.christlicher-stammtisch.gerede-dresden.de/texte/Brief_an_Synode.pdf verfügbar 23.Mai 2009

<http://de.statista.com/statistik/daten/Studie/2192/umfrage/durchschnittliche-arbeitslose...> verfügbar 21.Mai 2009

<http://www.gegenpol.net/hefte/1999/drucken.php?page=/hefte/1999/10052.html> verfügbar 30.Mai 2005

<http://dejure.org/dienste/hrr/StGB/175/1.html> verfügbar 30.Mai 2009

Anlagen

Bücher zur Homosexualität

Hössli, H.: Eros. Die Männerliebe der Griechen. Band I **1836**, Band II 1838

Moll, A.: Die Conträre Sexualempfindung. Berlin **1891**, ²1893, ³1899

Muehsam, E.: Die Homosexuellen. Berlin **1903**

West, L. E.: Homosexuelle Probleme im Lichte der neuesten Forschung allgemeinverständlich dargestellt. Berlin **1903**

Bloch, I.: Die Perversen. Berlin **1905**

Bloch, I.: Das Sexualleben unserer Zeit in seinen Beziehungen zur modernen Kultur. Berlin **1907**

Hirschfeld, M.: Die Kenntnis der homosexuellen Natur. Berlin **1907**

Michaelis, H.: Die Homosexuellen in Sitte und Recht. Berlin **1907**

Hirsch, M.: Das Geschlechtsleben und seine Abnormitäten. Berlin **1908**

Hirschfeld, M.: Die Homosexualität des Mannes und des Weibes. Berlin (Marcus) **1914**

Hirschfeld, M.: Sexuelle Zwischenstufen. Bonn **1918**

Forel, A.: Die sexuelle Frage. Eine naturwissenschaftliche, psychologische, hygienische und soziologische Studie für Gebildete. München **1923**

Adler, A.: Das Problem der Homosexualität. Leipzig **1930**

Giese, H. (Hg): Die Sexualität des Menschen. Enke, Stuttgart **1955**, ²1971

Schumann, H.-J.: Homosexualität und Selbstmord. Hamburg **1961**

Giese, H.: Psychopathologie der Sexualität. Stuttgart **1962**

Kinsey, A. u.a.: Das sexuelle Verhalten der Frau. Fischer, Frankfurt/M. **1963** (engl. 1953)

Kinsey, A. u.a.: Das sexuelle Verhalten des Mannes. Fischer, Frankfurt/M. **1964** (engl. 1948)

Freund, K.: Die Homosexualität beim Mann. Hirzel, Leipzig **1965**

Klimmer, R.: Die Homosexualität als biologisch-soziologische Zeitfrage. Hamburg **1965**

Morus (Richard Lewinsohn): Eine Weltgeschichte der Sexualität. Rowohlt, Hamburg **1965**

Erikson, E.H.: Identität und Lebenszyklus. Frankfurt/M. **1966**

(Benjamin, H.: The transsexual phenomenon. Julian Press. Publ., New York **1966**

- Churchill, W.: Homosexual behaviour among males. A cross-cultural and cross-species investigation. New York (Hawthorne) **1967**
- Ovesey, L.: Homosexuality and Pseudohomosexuality. New York **1969**
- Ford, C.S. und F.H. Beach: Formen der Sexualität. Das Sexualverhalten bei Mensch und Tier. Reinbek (Rowohlt) **1971**
- Hoffmann, M.: Die Welt der Homosexuellen. Beschreibung einer diskriminierten Minderheit. Frankfurt/M. (Fischer) **1971**
- Socarides, Ch.: Der offen Homosexuelle. Frankfurt/M. **1971**
- Abbot, S. and B. Love: Sappho was a right-one woman. A liberated view of lesbianism. New York (Stein and Day) **1972**
- Martin, D. and L. Phyllis: Lesbian/Women. New York (Bantam) **1972**
- Perry, T.: The lord is my shepherd and he knows I'm gay. Los Angeles (Nash) **1972**
- Altmann, D.: Homosexual. Oppression and liberation. New York (Avon) **1973**
- Martin, D. and L. Phyllis: Lesbian love and liberation. San Francisco (Multi-Media) **1973**
- Weinberg, G.: Society and the healthy homosexual. New York (Doubleday) **1973**
- Wolff, Ch.: Psychologie der lesbischen Liebe. Reinbek (Rowohlt) **1973**
- Dannecker, M. und R. Reiche: Der gewöhnliche Homosexuelle. Eine Untersuchung über männliche Homosexuelle in der Bundesrepublik. Frankfurt/M. (Fischer) **1974**
- Gearhart, S. and W. Johnson: Loving women/Loving men. Gay liberation and the church. San Francisco (Glide) **1974**
- Humphreys, L.: Klappen-Sexualität. Homosexuelle Kontakte in der Öffentlichkeit. Stuttgart (Enke) **1974**
- Schnabl, S.: Die Homosexualität. In: Sexuologie. Hirzel, Leipzig **1974**
- Weinberg, G., S. et. al.: Male homosexuals. Their problems and adaption. New York (Oxford University Press) **1974**
- Tripp, C. A. et. al.: The homosexual matrix. New York (McGraw-Hill) **1975**
- McNeill, et. al.: The church and the homosexual. Mission. Ks. (Sheed Andrews & McMeel) **1976**
- Hohmann, J. (Hg): Der unterdrückte Sexus. Historische Texte zur Homosexualität. Lollar (A-schenbach) **1977**
- Rowse, A. L.: Homosexuals in history. New York (Macmillan) **1977**
- Schwarzer, A.: Der „kleine Unterschied“ und seine großen Folgen. Frankfurt/M. **1977**
- Bell, A.P. und S. Weinberg: Der Kinsey-Institut-Report über weibliche und männliche Homosexualität (dt). München (Bertelsmann) **1978**

Dannecker, M.: Der Homosexuelle und die Homosexualität.
Frankfurt/M. (Syndikat) **1978**

Socarides, Ch.: Homosexuality. New York **1978**

Bleibetrau-Ehrenberg, G.I.: Tabu Homosexualität und die Geschichte eines Vorurteils. Frankfurt/M. (Fischer) **1978**, ²1981

Jekel, H.-G. (Hg.): Ins Ghetto gedrängt. Homosexuelle berichten. Hamburg **1978**

Lüthi, K.: Gottes neue Eva. Wandlungen des Weiblichen. Stuttgart **1978**

Lautmann, R. (Hg): Seminar: Homosexualität und Gesellschaft.
Frankfurt/M. (Suhrkamp) **1980**

Looser, G.: Gleichgeschlechtlichkeit ohne Vorurteil. Ein Theologe stellt Fragen an das gesellschaftliche und kirchliche Menschenbild. Basel **1980**

Siems, M.: Coming out. Hilfen zur homosexuellen Emanzipation.
Reinbek (Rowohlt) **1980**

Talese, G.: Der Talese-Report. Sexualität und Erotik in der Männergesellschaft. München (Molden) **1981**

Grossmann, Th.: Schwul – na und? Reinbek **1981**

Tiefer, L.: Die menschliche Sexualität. Einstellung und Verhaltensweisen.
Weinheim (Beltz) **1981**

Paczensky, S. von: Verschwiegene Liebe. München **1981**

Frings, M. und E. Kraushaar: Männer. Liebe. Reinbek (Rowohlt) **1982**

Wiedemann, H.G.: Homosexuelle Liebe. Für eine Neuorientierung in der christlichen Ethik.
Stuttgart **1982**, ²1989

Haeberle, E.J.: Die Sexualität des Menschen.
Berlin/New York (de Gruyter) **1983**, ²1985

Hausen, K. (Hrsg.): Frauen suchen ihre Geschichte. München **1983**

Kentler, H. (hrsg.): Die Menschlichkeit der Sexualität. Berichte, Analysen, Kommentare, ausgelöst durch die Frage: Wie homosexuell dürfen Menschen sein? München **1983**

Rich, A.: Zwangsheterosexualität und lesbische Existenz. In: Schulz (Hg) Macht und Sinnlichkeit. Berlin **1983**

Schwamborn, W.: Schwulenbuch, Lieben, kämpfen, leben.
Pahl-Rugenstein, Köln **1983**

Brauckmann, J.: Die vergessene Wirklichkeit. Münster **1984**

Grossmann, Th.: Eine Liebe wie jede andere. Mit homosexuellen Jugendlichen leben und umgehen. Reinbek **1984**

Kon, I.: Einführung in die Sexuologie. Berlin **1985**

Schoppmann, C.: „Der Scorpion“. Frauenliebe in der Weimarer Republik. Hamburg **1985**

Dannecker, M.: Der Homosexuelle und die Homosexualität. Frankfurt/M. **1986**

Kokula, I.: Jahre des Glücks, Jahre des Leids. Gespräche mit älteren lesbischen Frauen. Kiel **1986**

Barz, M. und andere: Hättest du gedacht, dass wir so viele sind? Lesbische Frauen in der Kirche. Zürich **1987**

Hakker, H.: Frauen und Freundinnen. Studien zur „weiblichen Homosexualität“ am Beispiel Österreich 1870-1938. Weinheim/Basel () **1987**

Kowalski von, G.: Homosexualität in der DDR. Ein historischer Abriß. Marburg **1987**

Morgenthaler, F.: Homosexualität, Heterosexualität, Perversion. Frankfurt/M. **1987**

Thürmer-Rohr, Chr.: Vagabundinnen. Berlin **1987**

Werner, R.: Homosexualität. Herausforderung an Wissen und Toleranz. Volk und Gesundheit, Berlin **1987**

Campe, J.: Andere Lieben. Homosexualität in der deutschen Literatur. Frankfurt/M. **1988**

Altmann, D. u.a.: Homosexuality. Which Homosexuality? Amsterdam **1989**

Grau, G. (Hg): Und diese Liebe auch. Theologische und sexualwissenschaftliche Einsichten zur Homosexualität. Berlin **1989**

Haus der Gewerkschaftsjugend (Hg): Lesben, Schwule und Gewerkschaft. Oberursel **1989**

Herzer, M. (Hg): 100 Jahre Schwulenbewegung. Berlin **1989**

McDougall, J.: Plädoyer für eine gewisse Anormalität. Frankfurt a.M. **1989**

Stühmke, H.-G.: Homosexuelle in Deutschland. Eine politische Geschichte. München **1989**

Decker, R. und L. van de Pol: Frauen in Männerkleidern. Berlin **1990**

Derks, P.: Die Schande der heiligen Päderastie. Berlin **1990**

Grau, G.: Lesben und Schwule. Was nun? Chronik, Dokumente, Analysen, Interviews. Berlin **1990**

Isay, R.A.: Schwul sein. Die Entwicklung des Homosexuellen. München **1990**

Jellonek, D.: Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung der Homosexuellen im Dritten Reich. Paderborn **1990**

Kokula, I.: Wir leiden nicht mehr, sondern sind gelitten. Lesbisch leben in Deutschland. München **1990**

Sommer, V.: Wider die Natur? Homosexualität und Evolution. München **1990**

Harrison, B.W.: Die neue Ethik der Frauen. Kraftvolle Beziehungen statt bloßem Gehorsam. Stuttgart **1991** (S. 103f: Frauenfeindlichkeit und Furcht vor Homosexualität)

Müller, K.: Aber in meinem Herzen sprach eine Stimme so laut. Berlin **1991**

Hutter, J.: Die gesellschaftliche Kontrolle des homosexuellen Begehrens. Medizinische Definitionen und juristische Sanktionen im 19. Jahrhundert. Frankfurt/M. **1991**

Plant, R.: Rosa Winkel. Der Krieg der Nazis gegen die Homosexuellen. Frankfurt a.M. **1991**

Schellenbaum, P.: Homosexualität im Mann. Eine tiefenpsychologische Studie. München **1991**

Schmidbauer, W.: „Du verstehst das nicht!“ Die Semantik der Geschlechter. Reinbek **1991**

Schoppmann, C.: Nationalsozialistische Sexualpolitik und weibliche Homosexualität. Pfaffenweiler **1991**

Sillge, U.: Un-Sichtbare Frauen. Lesben und ihre Emanzipation in der DDR. Berlin **1991**

Wiedemann, H.G. (Hrsg.): homosexuell lieben. Eltern, Söhne, Töchter. (Gemeinschaft der Selbsthilfegruppen für Eltern homosexuell liebender Söhne und Töchter) Koblenz **1991**

Brucker, S. und andere: Lesbisch-Schwul-Homosexuell. Konzeptionelle Überlegungen zur Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen. Berlin **1992**

Grau, G.: Homosexualität in der NS-Zeit. Dokumente einer Diskriminierung und Verfolgung. Frankfurt/M. **1993**

Puff, H. (Hrsg.): Lust, Angst und Provokation. Homosexualität in der Gesellschaft. Göttingen/Zürich (Vandenhoeck & Ruprecht) **1993**

Rimmele, H.: Schwule Biedermänner? Die Karriere der „schwulen Ehe“ als Forderung der Schwulenbewegung – eine politikwissenschaftliche Untersuchung. Hamburg **1993**

Trible, Ph.: Gott und Sexualität im Alten Testament. Gütersloh **1993**

Hagemann-White, C.: Sozialisation: weiblich-männlich? Opladen **1994**

Lemke, J.: Verloren am anderen Ufer? Schwule und lesbische Jugendliche und ihre Eltern. Berlin (Taschenbuchverlag) **1994**

Rieder, I.: Wer mit wem? Hundert Jahre lesbische Liebe. Wien **1994**

Starke, K.: Schwuler Osten. Homosexuelle Männer in der DDR. Berlin **1994**

Thürmer-Rohr, Chr.: Verlorene Narrenfreiheit. Berlin **1994**

Sasse, B.: Ganz normale Mütter. Lesbische Frauen und ihre Kinder. Frankfurt/M. **1995**

- Wiedemann, H.G.: Homosexuell. Das Buch für homosexuell Liebende, ihre Angehörigen und ihre Gegner. Stuttgart **1995**, 2005
- Blazek, H.: Rosa Zeiten für rosa Liebe. Zur Geschichte der Homosexualität. Frankfurt/M. **1996**
- Gigo, S. und Garber, E.-M.: Lebendig und spannend, Lesbisch leben in der Kirche. Eine Orientierungshilfe aus lesbischer Sicht. Stuttgart **1996**
- Rauchfleisch, U.: Schwule – Lesben – Bisexuelle. Lebensweisen, Vorurteile, Einsichten. Göttingen/Zürich **1996**
- Schupp, K.: Wären Sie lieber ein normaler Mensch? Berliner Jugendliche über lesbische und schwule Lebensweisen. Berlin **1996**
- Thiel, A.: Kinder? Na klar! Ein Ratgeber für Lesben und Schwule. Frankfurt/M. - New York **1996**
- Barz, M. und G.-F. Bolle: Göttlich lesbisch. Facetten lesbischer Existenz in der Kirche. Gütersloh **1997**
- Etgeton, St. Und S. Hark: Freundschaft unter Vorbehalt. Chancen und Grenzen lesbisch-schwuler Bündnisse. Berlin **1997**
- Gissrau, B.: Die Sehnsucht der Frau nach der Frau. Psychoanalyse und weibliche Homosexualität. Zürich **1997**
- Knoll, Chr. und andere (Hg): Grenzgänge. Schwule und Lesben in der Arbeitswelt. München/Wien **1997**
- Kraushaar, E. (Hg): Hundert Jahre schwul. Eine Revue. Berlin **1997**
- Hasenmüller, H. und H.-G. Wiedemann: Warum gerade mein Kind? Interviews mit Eltern homosexueller Kinder. Düsseldorf **1998**
- Schenk, Chr. und A. Niehoff: Auf zu neuen Ufern – Für eine neue Familienpolitik. Antragsentwurf und Überlegungen zur Gleichstellung aller Lebensweisen. Bonn **1998**
- Ford Globe (Hg): Gay, Lesbian Or Bisexual Employees. Köln **1999**
- Hutter, J. und andere: Ausgrenzung macht krank. Homosexuellen-Feindschaft und HIV-Infektionen. Wiesbaden (Westdeutscher Verlag) **2000**
- Ohms, C.: Gewalt gegen Lesben. Berlin (Quer) **2000**
- Jagose, A.: Queer Theory. Berlin (Quer) **2001**
- Schock, A. und M. Kay: Out im Kino! Das lesbisch-schwule Filmlexikon. Berlin (Quer) **2003**
- Fiedler, P.: Sexuelle Orientierung und sexuelle Abweichung. Weinheim-Basel (Beltz) **2004**
- Schock, A. und K.-S. Fessel: OUT! 800 berühmte Lesben, Schwule und Bisexuelle. Berlin (Quer) **2004 (5.Aufl.)**
- Haeberle, E. J.: dtv-Atlas Sexualität (3235). München (Taschenbuch) **2005**

Streib-Brzic, U. und St. Gerlach: Und was sagen die Kinder dazu? Gespräche mit Töchtern und Söhnen lesbischer und schwuler Eltern. Berlin (Quer) **2005**

Castro, S.: Und das ist gut so! Was Promis über Schwule sagen. Berlin (Quer) **2006**

Dennert, G. und andere: In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben. Berlin (Quer) **2007**

Dudek, S. und andere (Hg.): Das Recht, anders zu sein. Menschenrechtsverletzungen. Berlin (Quer) **2007**

Rattay, Th. Und Jugendnetzwerk Lambda: Volle Fahrt voraus. Schwule und Lesben mit Behinderung. Berlin (Quer) **2007**

Gosemärker, A.: Erst Recht! Der Ratgeber zu allen Rechtsfragen rund um das Zusammenleben. Berlin (Quer) **2008**

Stefanie **Krautz**: Lesbisches Engagement in Ost-Berlin 1978-1989. Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag: Reihe: Geschichtswissenschaft; Bd. 5, Tectum Verlag Marburg, **2009**

Rechtsquellen aller 16 Bundesländer:

BW:

Verfassung des Landes Baden-Württemberg vom 11. November 1953 (GBl 1953 S. 173 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 2000 (GBl S. 449)

BE:

Verfassung von Berlin vom 23. November 1995 (GVBl. 1995 S. 779 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. September 2005 (GVBl. S. 494)

Vorgänger: Verfassung von Berlin vom 1. September 1950 einschließlich des Genehmigungsschreibens der Alliierten Kommandantura Berlin (Verordnungsblatt Berlin 1950 Teil I. S. 433 ff), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Juni 1995 (GVBl. S. 329, 339), außer Kraft gesetzt am 30. November 1995 durch die Verfassung vom 23. November 1995

BB:

Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992 (GVBl. I. S. 298), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juni 2004 (GVBl. S. 254)

BY:

Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946 (GVBl. 1946 Nr. 23 vom 8. Dezember 1946, zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. November 2003 (GVBl. S. 817)

HB:

Verfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. Oktober 1947 (GBl. S. 251), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. April 2003 (GBl. S. 167)

HE:

Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 (GVBl. S. 229, ber. 1947 S. 106, 1948 S. 68), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Oktober 2002 (GVBl. S. 628)

HH:

Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 6. Juni 1952 (GVBl. S. 117), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Mai 2001 (GVBl. S. 106)

MV:

Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993 (GVBl. S. 372), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2006 (GVBl. S. 572)

NI:

Niedersächsische Verfassung vom 19. Mai 1993 (GVBl. S. 107), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2006 (GVBl. S. 58)
Vorgänger: Vorläufige Niedersächsische Verfassung vom 13. April 1951 (GVBl. Sb. I S. 5), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27.11.1991 (GVBl. S. 301),

NW:

Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Juni 1950 (GS Gesetzessammlung S. 127), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. März 2002 (GVBl. S. 108)

RP:

Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 1947 (GVBl. S. 209), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2005 (GVBl. S. 495).

SH:

Verfassung des Landes Schleswig-Holstein vom 13. Dezember 1949 in der Fassung des Gesetzes zur Änderung der Landessatzung für Schleswig-Holstein vom 13. Juni 1990 (GVBl. S. 391), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Februar 2004 (GVBl. S. 54).

SL:

Verfassung des Saarlandes vom 15. Dezember 1947 (ABl. S. 1077), zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 1478 vom 5. September 2001 (ABl. S. 1630)

SN:

Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. Mai 1992 (GBl. S. 234)

ST:

Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992 (GVBl. S. 600),
geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2005 (GVBl. S. 43)

TH:

Verfassung des Freistaats Thüringen vom 25. Oktober 1993 (GVBl. S. 625),
zuletzt geändert durch Viertes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen vom 11. Oktober 2004 (GVBl. S. 745).

GMX
Fenster schließen
Von: PfeifferDD@gmx.de
An: info@leipzig.de
Kopie:
Betreff: Anfrage an OB Leipzig
Datum: 04.02.2009 21:03:22

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Rahmen meines berufsbegleitenden Studiums an der Hochschule Mittweida in der Fachrichtung Soziale Arbeit fertige ich derzeit meine Diplomarbeit an. Die Thematik befasst sich mit der Situation Homosexueller in Sachsen und dem erreichten Stand ihrer Gleichbehandlung.

Daher bitte ich Sie herzlichst um Ihre freundliche Unterstützung, mir die nachfolgenden Fragen für Ihre Struktureinheit zu beantworten und diese mir möglichst als Antwortmail bis zum 27. Februar 2009 zurück zu schicken:

1. Gibt es in Ihrer Verwaltungseinheit eine Stelle bzw. Ansprechperson für die Belange Homosexueller?

Antwort: ja oder nein

2. Wenn ja, wo ist diese Stelle bzw. Ansprechperson in Ihrer Struktureinheit angesiedelt?

Antwort:

3. Wirken in Ihrer Stadt Interessenvertretungen für Homosexuelle, z. B. Vereine?

Antwort: ja oder nein, wenn ja welche?

4. Sonstige Hinweise zum Sachverhalt Homosexueller aus Sicht Ihrer Stadt:

Antwort:

Im Voraus herzlichen Dank für die Antworten zu meinen vier Fragen.
Sofern gewünscht, stelle ich das Ergebniss dieser Arbeit Ihnen nach Abschluss gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Pfeiffer

--

Sabine Pfeiffer
Am Steinbruch 33
01458 Hermsdorf bei Dresden

mail: pfeifferdd@gmx.de
fon: 035205-59 708

Gleichlautende E-Mail Abfrage erhielten Chemnitz und Dresden.

Von: PfeifferDD@gmx.de [mailto:PfeifferDD@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 4. Februar 2009 18:28

An: information@lra-bautzen.de; info@kreis-erz.de; info@kreis-gr.de;

info@landkreisleipzig.de; post@kreis-meissen.de; landratsamt@landkreis-mittelsachsen.de; Poststelle; buergerbuero.pirna@landratsamt-pirna.de; presse@vogtlandkreis.de;

presse@landkreis-zwickau.de

Betreff: Anfrage an das Landratsamt

Wichtigkeit: Hoch

Sehr geehrter Herr Landrat,

im Rahmen meines berufsbegleitenden Studiums an der Hochschule Mittweida in der Fachrichtung Soziale Arbeit fertige ich derzeit meine Diplomarbeit an. Die Thematik befasst sich mit der Situation Homosexueller in Sachsen und dem erreichten Stand ihrer Gleichbehandlung.

Daher bitte ich Sie herzlichst um Ihre freundliche Unterstützung, mir die nachfolgenden Fragen für Ihre Struktureinheit zu beantworten und diese mir möglichst als Antwortmail bis zum 27. Februar 2009 zurück zu schicken:

1. Gibt es in Ihrer Verwaltungseinheit eine Stelle bzw. Ansprechperson für die Belange Homosexueller?

Antwort: ja oder nein

2. Wenn ja, wo ist diese Stelle bzw. Ansprechperson in Ihrer Struktureinheit angesiedelt?

Antwort:

3. Wirken im Landkreis Interessenvertretungen für Homosexuelle, z. B. Vereine?

Antwort: ja oder nein, wenn ja welche?

4. Sonstige Hinweise zum Sachverhalt Homosexueller aus der Sicht des Landratsamtes:

Antwort:

Im Voraus herzlichen Dank für die Antworten zu meinen vier Fragen.

Sofern gewünscht, stelle ich das Ergebniss dieser Arbeit Ihnen nach Abschluss gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Pfeiffer

Sabine Pfeiffer
Am Steinbruch 33
01458 Hermsdorf bei Dresden

mail: pfeifferdd@gmx.de
fon: 035205-59 708

Landratsamt	Frage 1	Frage 2	Frage 3	Frage 4	Beantwortung durch
Landesdirektion Leipzig					
Stadt Leipzig	1/2 Stelle als Beauftragte für Menschen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen + 1/2 Stelle als Mitarbeiterin im Referat Gleichstellung = Gleichstellungspolit. Referentin	1. Bürgermeister und Beigeordneter für Allg. Verwaltung	RosaLinde Leipzig e. V.	Antwort 1.	Gleichstellungspolitische Referentin, Dezernat I Refereat Gleichstellung für Frau und Mann
Landkreis Leipzig	Fehlmeldung				

Landkreis Nordsachsen					
Landesdirektion Dresden					
Stadt Dresden	Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann	im Bereich der Oberbürgermeisterin	Siehe Publikation unter www.dresden.de/frau-mann	Antwort 2.	Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann
Landkreis Meißen					
Landkreis Bautzen					
Landkreis Görlitz			Die SchwuLesbische Initiative, PF 300 533, 02810 Görlitz (0162) 671 4634 , kontakt@schwubs.info, http://www.schwubs.info/	Antwort: Sollten Probleme aus dieser Richtung auftauchen, werden diese von der Gleichstellungsbeauftragten bearbeitet.	Büroleiter
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	keine	Mitarbeiterin in Abt. Gesundheit Ref. SMD und Gleichstellungsbeauftragte für Chancengleichheit von Frau und Mann		Antwort 3.	Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte
Landesdirektion Chemnitz					

Stadt Chemnitz	nein		Herr Schubert, Geschäftsführer, different people e. V., Hausboldstraße 10, 09111 Chemnitz, 0371 50094, info@different-people.de	keine	Amtsleiter Sozialamt
Landkreis Mittelsachsen					
Landkreis Zwickau					i. A. Amtsleiterin des Sozialamtes, SGL Grundsatzfragen/Planung
	nein		sind Gesundheitsamt nicht bekannt	keine	Dezernat II Fachärztin für Allgemeinmedizin, Amtsärztlicher Dienst
Landkreis Erzgebirgskreis					
Landratsmat Vogtlandkreis	ja	Gesundheitsamt	Zwickauer Aids-Hilfe e. V		Sekreariat/Zusendung

1. „In Leipzig existiert seit 1982 eine engagierte Homosexuellenbewegung, ausgehend von der evangelischen Studentengemeinde. Diese hat weitreichende Veränderungen für die Situation von Schwulen und Lesben in den 80 er Jahren und in den darauffolgenden Wendejahren erreicht. Von der Gründung des Schwulenverbandes der DDR, später Schwulenverband Deutschlands, aus dem die größte bundesweite Vertretung der Rechte für Lesben und Schwule geworden ist, der LSVD, bis hin zur Implementierung der Beauftragtenstelle in die Leipziger Stadtverwaltung. Falls Sie weiterführende Fragen haben, können Sie mich gern unter der untenstehenden Nummer anrufen.“

2. „Im Januar 2008 erfolgte ein erstes Vernetzungstreffen der Community im Plenarsaal des Dresdner Rathauses. Ein weiteres ist in Vorbereitung und wird als Fachtag genutzt unter dem Thema „Leben in Vielfalt“ im Oktober 2009. Näheres finden Sie zu gegebener Zeit auf der Homepage www.dresden.de/frau-mann“

3. „Die Aids-Beratung des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Abt. Gesundheit, Ref. Sozialmedizinischer Dienst, Sitz in Dippoldiswalde und Nebenstelle in Pirna bieten auch Homosexuellen die Möglichkeit, sich zum Thema Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten anonym und kostenfrei zu beraten, zu testen und ggf. impfen (Hepatitis B) zu lassen. Einen Ansprechpartner ausschließlich für die Belange Homosexueller gibt es

nicht, die Beratung steht allen Ratsuchenden offen. Im Rahmen des Hilfeplanverfahrens wird die sexuelle Selbstbestimmung und Orientierung beachtet."

Von: PfeifferDD@gmx.de [mailto:PfeifferDD@gmx.de]

Gesendet: Mittwoch, 4. Februar 2009 20:40

An: verwaltung@annaberg-buchholz.de; info@ae.de; post@stadt-auerbach.de; pressestelle@bautzen.de; poststelle@bischofswerda.de; stadtverwaltung@borna.de; stadt@brand-erbisdorf.de; stadt@coswig.de; edv@crimmitschau.de; info@delitzsch.de; stadt@dippoldiswalde.de; stadtverwaltung@doebeln.de; webmaster@eilenburg.de; info@floeha.de; stadtverwaltung@freiberg.de; nestler@freital.de; stadt@glauchau.de; buero-ob@goerlitz.de; info@grimma.de; stadtverwaltung@grossenhain.de; info@hohenstein-ernstthal.de; dominick@hoyerswerda-stadt.de; stadtverwaltung@kamenzen.de; post@limbach-oberfrohna.de; info@svloebau.de; post@marienbergn.de; Metzner, Karin; post@stadt-meissen.de; Stadtverwaltung@mittweida.de; post.stadt@niesky.de; info@oelsnitz.de; post@oschatz.org; poststelle@plauen.de; g.lemm@stadt-radeberg.de; presse@radebeul.de; stadt@reichenbach-vogtland.de; stadtverwaltung@stadt-riesa.de; info@rochlitz.de; sv@schkeuditz.de; stadtverwaltung@schwarzenberg.de; info@stadtverwaltung-sebnitz.de; info@stollberg-erzgebirge.de; sv_info@torgau.de; orgdv.stadt@weisswasser.de; oberbuergermeister-sv@werdau.de; stadtverwaltung@wurzen.de; stadt@zittau.de; Stadtmarketing@Zschopau.de; pressebue-ro@zwickau.de

Betreff: Anfrage an Große Kreisstädte

Wichtigkeit: Hoch

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Rahmen meines berufsbegleitenden Studiums an der Hochschule Mittweida in der Fachrichtung Soziale Arbeit fertige ich derzeit meine Diplomarbeit an. Die Thematik befasst sich mit der Situation Homosexueller in Sachsen und dem erreichten Stand ihrer Gleichbehandlung.

Daher bitte ich Sie herzlichst um Ihre freundliche Unterstützung, mir die nachfolgenden Fragen für Ihre Struktureinheit zu beantworten und diese mir möglichst als Antwortmail bis zum 27. Februar 2009 zurück zu schicken:

1. Gibt es in Ihrer Verwaltungseinheit eine Stelle bzw. Ansprechperson für die Belange Homosexueller?

Antwort: ja oder nein

2. Wenn ja, wo ist diese Stelle bzw. Ansprechperson in Ihrer Struktureinheit angesiedelt?

Antwort:

3. Wirken in der Großen Kreisstadt Interessenvertretungen für Homosexuelle, z. B. Vereine?

Antwort: ja oder nein, wenn ja welche?

4. Sonstige Hinweise zum Sachverhalt Homosexueller aus Sicht der Großen Kreis-

stadt:

Antwort:

Im Voraus herzlichen Dank für die Antworten zu meinen vier Fragen.
Sofern gewünscht, stelle ich das Ergebnis dieser Arbeit Ihnen nach Abschluss gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Pfeiffer

--

Sabine Pfeiffer
Am Steinbruch 33
01458 Hermsdorf bei Dresden

mail: pfeifferdd@gmx.de
fon: 035205-59 708

Tabelle Große Kreisstädte					
GKreisstädte	Frage 1	Frage 2	Frage 3	Frage 4	Beantwortung durch
Annaberg-Buchholz	nein		nicht bekannt		Gleichstellungsbeauftragte
Aue	nein		nein		
Auerbach,	entfällt			Ich würde Ihnen raten, sich bezüglich dieser Angelegenheit mit größeren Städten in Verbindung zu setzen.	Gleichstellungsbeauftragte
Bautzen	Gleichstellungsbeauftragte	nein	nicht bekannt	diesbezügliche Antwort noch einmal an Wohlfahrtsverbände stellen	Leiterin Pressestelle
Bischofswerda	nein		nein		Oberbürgermeister
Borna					
Brand-Erbisdorf	Gleichstellungsbeauftragte		nein	Wenn man nicht immer homosexuell veranlagte Menschen immer wieder zum Mittelpunkt von Forschungsthemen machte und sie schon damit als Exoten abstempelte, wäre ein stückweit Gleichbehandlung für alle erreicht.	
Coswig	nein		nicht bekannt		FGL Soziales und Wohnen
Crimmitschau					
Delitzsch	Gleichstellungsbeauftragte			die Stadt Leipzig ist nur 30 km von Delitzsch entfernt, so dass dort Homosexuelle ihre Ansprechpartner und Treffs haben	Gleichstellungsbeauftragte
Dippoldiswalde					
Döbeln				Situation und eventuelle Probleme noch nicht konfrontiert	
Eilenburg	nein		nicht bekannt	keine "Besonderheiten"	Öffentlichkeitsarbeit

	ja	Fachbereich Bürgerservice	keine	keine	Fachbereich Bürgerservice
Flöha					
				Vor mehreren Jahren existierte in Freiberg eine Selbsthilfegruppe Homosexueller, die sich wegen der Nutzung von Räumen für die Selbsthilfegruppe an die Gleichstellungsbeauftragte gewandt hatten. Sie trafen sich aufgrund der Vermittlung über die Gleichstellungsbeauftragte in einer von der Stadt geförderten Begegnungsstätte, wegen Abnahme der Beteiligung finden die Treffen nicht mehr statt.	
Freiberg	ja	Gleichstellungsbeauftragte	nein		
Freital					
Glauchau	nein		nein		Bereichsleiter Zentraler Service
Görlitz					
Grimma	nein		nein		
				es wurden zwei gleichgeschlechtliche Ehen geschlossen. Die Gleichbehandlung von H. ist auch im Arbeitsverhältnis gewährleistet.	Persönliche Referentin des OB
Großenhain	ja	Gleichstellungsbeauftragte	nein		
Hohenstein-Ernstthal					
Hoerswerda					
Kamenz					
Limbach-Oberfrohna					

Löbau					
			Mir sind keine bekannt. Evtl. hat hier die Kreisverwaltung ebenfalls einen Überblick, da Aufgaben der Sozialverwaltung in erster Linie den Kreisen und kreisfreien Städten zugeordnet sind.	Zu dieser Thematik sind meines Wissens noch nie Aufgaben/ Problemstellungen an uns herangetragen worden.	Leiter Hauptamt
Marienberg	nein			Ihre Fragen können wir nur zusammenfassend beantworten. Uns sind in der Stadt Markkleeberg keine Vereine oder Institutionen bekannt, die Unterstützung für Homosexuelle anbieten.	Leiterin Sachgebiet Soziales
Markkleeberg	nein				
Meißen					
Mittweida					
Niesky					
				Für unsere Stadt muß ich leider in allen Punkten Fehlmeldung machen. Ich denke, daß die Erfolgschancen bei kreisfreien Städten und bei Landkreisen weitaus höher ist. Viel Erfolg!	Oberbürgermeisteramt
Oelsnitz					
Oschatz	nein		keine		

			Die Arbeit von Interessengruppen in unserer Stadt ist mir nicht bekannt. Ich bin auch von dieser Klientel noch nicht zur Beratung herangezogen worden.		
Pirna	Ansprechpartnerin für Probleme Homosexueller bin ich (Gleichstellungsbeauftragte Stadt Pirna, Roswitha Dreßel). Die Stelle ist angesiedelt bei dem Oberbürgermeister.				Gleichstellungsbeauftragte
Plauen					
Radeberg					
Radebeul					
Reichenbach					
	Eine direkte Stelle oder einen Ansprechpartner für die Belange Homosexueller gibt es nicht. Mir sind auch keine Anfragen oder Situationen bekannt, die auf Probleme hindeutet haben. Natürlich stehe ich Frau oder Mann in Sachen Gleichbehandlung gern als Ansprechpartnerin zur Verfügung.		Mir sind aber auch Vereine in anderen Städten bekannt, auf die ich bei Nachfrage verweisen kann		
Riesa		nein			Gleichstellungsbeauftragte
Rochlitz					
				Die negative Beantwortung Ihrer Fragen hängt mit dem nicht vorhandenem Bedarf, sicherlich durch die Nähe zu Leipzig mit den dort arbeitenden Interessenvertretungen, zusammen. Sollten sich Homosexu-	
Schkeuditz	keine		keine		

				elle mit Problemen an unsere Verwaltung wenden, werden wir selbstverständlich mit Rat und Tat zur Seite stehen.	
				Uns sind keine Auffälligkeiten im Leben zwischen Homosexuellen und Heterosexuellen bekannt. Ich denke, diese Menschen sind ganz normal in alle Lebensbereiche integriert.	
Schwarzenberg	nein		nein		Oberbürgermeisterin
Sebnitz					
Stollberg					
Torgau					
Weisswasser					
Werdau					
Wurzen					
				Die Fragen kann ich leider nicht beantworten, da wir ja "nur" für die Eintragung von Lebenspartnerschaften zuständig sind und nicht für andere Belange von Homosexuellen. Wir haben bisher noch keine Lebenspartnerschaften begründet.	
Zittau					Referatsleiterin Standesamt Zittau
Zschopau	nein		nein		Hauptamt/Personal
Zwickau					

Von: PfeifferDD@gmx.de
An: poststelle@sms.sachsen.de
Kopie:
Betreff: Anfrage
Datum: 03.06.2009 19:33:51
Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen meines berufsbegleitenden Studiums an der Hochschule Mittweida in der Fachrichtung Soziale Arbeit fertige ich derzeit meine Diplomarbeit an. Die Thematik befasst sich mit der Situation Homosexueller in Sachsen und dem erreichten Stand ihrer Gleichbehandlung im Jahr 2009.

Daher bitte ich Sie herzlichst um Ihre freundliche Unterstützung, mir die nachfolgenden Fragen für Ihre Struktureinheit zu beantworten und diese mir möglichst als Antwortmail bis zum 17. Juni 2009 zurück zu senden:

1. Gibt es in Ihrer Verwaltungseinheit eine Stelle bzw. Ansprechperson für die Belange Homosexueller?

Antwort: ja oder nein

2. Wenn ja, wo ist diese Stelle bzw. Ansprechperson in Ihrer Struktureinheit angesiedelt?

Antwort:

3. Sonstige Hinweise zum Sachverhalt Homosexueller aus der Sicht des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales:

Antwort:

Im Voraus herzlichen Dank für die Antworten zu meinen drei Fragen.
Sofern gewünscht, stelle ich das Ergebniss dieser Arbeit Ihnen nach Abschluss gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Pfeiffer

--

Sabine Pfeiffer
Am Steinbruch 33
01458 Hermsdorf bei Dresden

mail: pfeifferdd@gmx.de
fon: 035205-59 708

Selbständigkeitserklärung

Die vorliegende Arbeit wurde von mir selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Hilfsmittel angefertigt. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten oder unveröffentlichten Schriften entnommen sind, habe ich als solche gekennzeichnet.

Rosswein,

Unterschrift